3 1761 07363395 0

Haenisch, Konrad
Die deutsche Sozialdemokratie

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 6/7 Mark 2.50

Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.

Von

Konrad Haenisch
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Zu neuen Ufern
Lockt ein neuer Tag.
Goethe.

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Kriegspolitische Einzelschriften:

Heft 1: **Die Kriegsverschwörung und die Kriegsverschwörer.** Von Salvator. M. 1.—
Iswolsky / Poincaré / Grey / Nikolaus der Große / Nikolaus der Kleine / Delcassé / Victor Emanuel / Italiens Verrat Salandra und Sonnino / Die Entente der Presse u. a.

Heft 2: **Das Land der Balten und der Krieg.** Von **Dr. Otto Helmut Hopfen.** M. 1.—
„Diese Baltenschrift gehört zu den Gipfelwerken der Kriegsliteratur." Dr. M. G. Conrad.

Heft 3: **Die deutschen Juden und der Krieg.** Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. L. **Geiger.** M. 1.20
I. Die Zeit bis 1813. II. Die Befreiungskriege von 1813/15. III. 1815—1870. IV. 1870/71. V. 1871—1915.

Heft 4: **Kriegslehren zur äußeren Politik.** Von **Dr. Otto Helmut Hopfen.** M. 1.50
Reichsvertretung und Aufgaben der äußeren Politik. / Klarheit oder Blindheit gegenüber Frankreich? / Mehr Würde (Italien). Dira necessitas (Belgien). / Die Schweiz und die Neutralität. Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?

Heft 5: **Die nationale Organisation Oesterreichs.** Von **E. v. Zenker,** Mitgl. d. österr. Reichsrates. M. 1.20
In vollendeter Klarheit der Sprache ein trotz aller Kürze umfassendes Bild der nationalen Landkarte.

Heft 6/7: **Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.** Von **Konrad Haenisch,** Mitgl. d. preuß. Abg.-Hauses. Preis M. 2 50

Heft 8: **Volkscharakter und Kriegspolitik in Frankreich, Rußland und England.** Von **Robert W. Horn.** (Im Druck) M. 1.20

Weitere Hefte in Vorbereitung.

Vaterlandsgefühl und Gottesbewußtsein.

Eine zeitgemäße Abhandlung von **Julius K. von Hoeßlin.** M. —.60

Ratgeber für die deutsche Kriegerfrau.

Was muß ich tun / wenn mein Mann eingezogen / verwundet / in Gefangenschaft geraten / wenn er gefallen ist. Nach amtl. Quellen herausg. von **P. Riedel.** Preis 60 Pfg.

Oesterreich-Ungarn als Großmacht.

Von Dr. **Alexander Redlich.** (Im Druck) M. 2.50

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 6/7

Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.

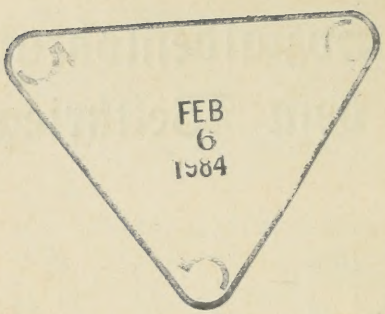
Von

Konrad Haenisch,
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Zu neuen Ufern
Lockt ein neuer Tag.
Goethe.

Mit einem Anhang;
Zur Bibliographie der sozialistischen Kriegsliteratur.

Berlin 1916
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729



HX
276
H3
1916

Alle Rechte vorbehalten.

I. Teil.

Die äußeren Erlebnisse der Sozialdemokratie im Krieg.

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/diedeutschesozia00haen

1. Ein paar Vorbemerkungen.

Es ist allmählich ein Gemeinplatz geworden, daß der Krieg, in dem wir stehen, sich als der gewaltigste Revolutionär aller Zeiten erwiesen hat. Auf seinem eigensten Gebiete hat er tausende von alteingewurzelten Glaubensartikeln wie Kartenhäuser über den Haufen geworfen. Strategische wie taktische Grundsätze hat er umgestürzt, militärische Möglichkeiten hat er erschlossen, die man vor zwei Jahren noch ganz allgemein für krasse Unmöglichkeiten gehalten hatte. In der Bewertung sowohl einzelner Waffengattungen wie in der Bewertung der Offensiv- und Defensivkraft ganzer Länder hat er das Unterste zu oberst gekehrt. Die in aller Geschichte ganz beispiellosen Marschleistungen der Truppen, die vorher nie für denkbar gehaltene seelische und körperliche Widerstandskraft, die die Soldaten den furchtbaren Erlebnissen des Schützengrabenkrieges, dem Grauen des Trommelfeuers entgegen zu setzen vermögen, der Minenkrieg tief drunten im Schoße der Erde, der Alpenkrieg hoch auf den schneebedeckten Berggipfeln, der Krieg unter Wasser und der Krieg in den Höhen der Luft, die Bewegung und Verpflegung ungeheurer Millionenheere: das alles widerspricht so sehr jeder bisherigen Erfahrung, daß man wahrlich schon genug damit zu tun hätte, nur diese ungeheure Revolutionierung unserer ganzen Vorstellungswelt auf dem rein militärischen Gebiete geistig zu verarbeiten.

Nun aber wirken von allen Seiten her derartige Erschütterungen gewaltigster Art auf uns ein. So auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Folgeerscheinungen des Krieges wie auf dem seiner weltwirtschaftlichen Auswirkungen. Man denke nur an die weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation Englands im Beginne des Krieges und an die Lage, in der es — dank nicht zum Wenigsten dem kleinen U-Boot, dem

großen Revolutionär — aus dem Kriege hinausgehen wird. Man denke an die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Lande, die eine geradezu beispiellose Revolutionierung aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des Inselreiches bedeutet.

Nicht geringer sind die Erschütterungen alles Altgewohnten auf dem Felde der diplomatischen Verwickelungen und Entwickelungen, die — auf dem Balkan und anderswo — der Weltkrieg gezeitigt hat — und so könnten wir die Liste fortsetzen ins Unendliche hinein! Vielleicht am stärksten sind die Ausstrahlungen des gewaltigen Erdbebens da, wo seine psychologischen Wirkungen auf die im Felde Stehenden und auf die daheim Gebliebenen, auf das Inland und auf das Ausland, das verbündete, das feindliche wie das neutrale, in Frage kommen.

Es versteht sich von selbst, daß von diesem ungeheuren Prozeß der allgemeinen Umwälzung *auch die innere Politik und das Parteiwesen* nicht unberührt bleiben konnten. Die seelische Grundstimmung der einzelnen Parteien, ihre Stellung zu einer ganzen Reihe von wichtigen Problemen, ihr Verhältnis zu einander und zur Regierung: das Alles mußte der Krieg mächtig beeinflussen. Er tat das in allen Ländern und er tat es nicht in letzter Linie auch in Deutschland. Keine Partei aber wurde gewaltiger durch den Krieg aufgewühlt als die *Sozialdemokratie*. Und zwar gilt das von den sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt.

Dabei weist nun diese innere Krise des internationalen Sozialismus, die weitaus schwerste, die er je durchlebt hat, in den sozialdemokratischen Parteien fast aller kriegführenden Staaten eine höchst verblüffende Aehnlichkeit auf; bis in unscheinbare Einzelheiten hinein wiederholen sich, äußerlich ganz unabhängig von einander, besonders in der französischen und in der deutschen Sozialdemokratie gewisse psychologische und die ihnen entsprechenden politischen Vorgänge — neue interessante Belege für das bekannte Gesetz von der Parallelität der Ereignisse, das in Wirklichkeit natürlich nichts anderes

bedeutet als die Bestätigung des alten Erfahrungssatzes, daß ähnliche Ursachen auch ähnliche Wirkungen zu haben pflegen.

Es wäre höchst interessant, diese Ursachen und Wirkungen in den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder im Einzelnen miteinander zu vergleichen. Doch dazu ist heute die Zeit noch nicht gekommen. Das zu einer gründlichen vergleichenden Betrachtung aller dieser Vorgänge und zu ihrer Beurteilung notwendige Tatsachenmaterial liegt erst sehr lückenhaft vor. So müssen wir uns denn hier darauf beschränken — und zu dieser Begrenzung des Themas zwingt auch der uns zugemessene Raum — uns ausschließlich mit der deutschen Sozialdemokratie zu beschäftigen. In gewissem Sinne und mit gewissen Einschränkungen dürfte sich dabei übrigens ganz von selbst ein Spiegelbild der inneren Krise des internationalen Sozialismus überhaupt ergeben. Denn wie die deutsche Sozialdemokratie seit Jahrzehnten an der Spitze der sozialistischen Arbeiterbewegung aller Länder marschierte, so hat auch diese Krisis sie mit doppelter und dreifacher Wucht gepackt. Nirgends sind ihre Symptome so heftig, nirgends wird der Parteikörper von so wilden Fieberschauern durchschüttelt wie hier. Und deshalb darf man die Vorgänge in Deutschland — mit einem gehörigen Körnchen Salz — zugleich auch als eine Art Schulbeispiel betrachten.

Warum ein Sozialdemokrat überhaupt im Rahmen dieser in einem nichtsozialdemokratischen Verlage erscheinenden Schriftenfolge und damit in erster Linie wohl auch zu einem nichtsozialdemokratischen Publikum über diese Dinge reden will? Nun, er will es, weil es sich um alles andere eher handelt als um Interna einer politischen Partei, die keinen Draußenstehenden etwas angehen. Solche „Interna" spielen bei einer Krisis von so weltgeschichtlicher Größe überhaupt nur eine ganz untergeordnete Rolle. Und auch soweit es wirklich derartige „Interna" gibt, haben sie in dieser Schrift — das versteht sich von selbst — nicht das Mindeste zu suchen. Es ist ganz und garnicht der Ehrgeiz des Verfassers, „Enthüllungen" irgend welcher Art zu geben und wer etwa allerlei Personalklatsch oder sonstige Pikanterien ähnlicher Art auf den

folgenden Blättern suchen sollte, wird bitter enttäuscht sein. Es kommen hier nicht in erster Linie die äußeren Begleitumstände der sozialistischen Krise in Betracht, sondern der innere Gehalt dieser Krise selbst. An ihm aber sind keineswegs nur die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei interessiert, sondern in letzter Linie das ganze deutsche Volk. Handelt es sich doch nicht um die Krisis irgend einer gleichgültigen Sekte, sondern um die Krisis der weitaus stärksten politischen Partei Deutschlands, die zugleich die stärkste und am besten organisierte politische Partei der Welt ist. Das Wohl und Wehe dieser Partei und ihre Schicksale greifen weit hinaus über den Kreis ihrer Mitglieder, sie gehen schließlich jeden Mann und jede Frau in Deutschland, sie gehen die ganze Nation an. Von dem Ausgang der Krise, in der sich heute die deutsche Sozialdemokratie befindet, wird in den nächsten Jahrzehnten zu einem guten Teil die Gestaltung der inneren und äußeren Politik Deutschlands abhängen. Hat bisher schon — es sei hier nur an ein bekanntes Wort des zweiten Reichskanzlers erinnert — die Sozialdemokratie den Gang der Politik direkt und indirekt stark beeinflußt, so wird sich dieser Einfluß nach dem Kriege noch vervielfachen. Ohne Ueberhebung darf der Sozialdemokrat es sagen: mit der Zukunft der deutschen Sozialdemokratie fällt im gewissen Sinne die Zukunft des deutschen Volkes zusammen. Und eben deshalb hat dieses deutsche Volk geradezu ein Recht darauf, auch soweit es nicht sozialdemokratisch ist, über das Wesen und den Verlauf der gegenwärtigen Krisis in der Sozialdemokratie unterrichtet zu werden. Zu dieser Orientierung genügen aber die Polemiken der Tageszeitungen und der Zeitschriften mit ihrem Hin und Her von Erklärungen und Gegenerklärungen, mit ihrem wirren und verwirrenden Durcheinander der Details keineswegs. Dem außenstehenden Leser wird begreiflicherweise von alledem oft so dumm als ging' ihm ein Mühlrad im Kopfe herum . . . Deshalb wird eine zusammenfassende Darstellung, die sich von aller Polemik nach Möglichkeit frei hält, willkommen sein. Einen Versuch nach dieser Richtung hin stellt die vorliegende Schrift dar. Ihr

Verfasser wird sich bemühen, so leidenschaftslos zu berichten, wie es einem Manne nur immer möglich ist, der selbst an den Kämpfen innerhalb der Partei starken Anteil genommen hat. Daß diese durch den Zweck des Schriftchens gebotene Objektivität den Verfasser nicht dazu zwingen kann und nicht dazu zwingen wird, mit seiner eigenen Beurteilung der Dinge scheu hinter dem Berge zu halten, versteht sich von selbst.

2. Die deutsche Sozialdemokratie im Augenblick des Kriegsausbruchs.

Betrachten wir zunächst ganz kurz die politische Situation, in der sich die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit des Kriegsausbruchs befand. Seit langen Jahren waren die innerpolitischen Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie auf der einen und der Gesamtheit der übrigen Parteien und der Regierung auf der anderen Seite nicht so scharf zugespitzt gewesen wie in den Monaten, die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorangingen. Man erinnere sich nur der Vorgänge, mit denen im Frühsommer 1914 der Schluß des Reichstages vor sich gegangen war! Gerade damals hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als Antwort auf die schroff sozialistenfeindliche Haltung der Regierung eine besonders starke Hervorkehrung ihrer oppositionellen Gesinnung für notwendig gehalten. Statt sich wie bisher bei dem Schlußakt des Kaiserhochs zu entfernen, war zum ersten Mal die große Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion im Saale verblieben, um durch ihre demonstrative Nichtbeteiligung an dieser Kundgebung der Regierung und ihrer monarchischen Spitze das Mißtrauen in schroffster Form zum Ausdruck zu bringen. Diese Demonstration hatte das preußische Herrenhaus wiederum zu lebhaften antisozialdemokratischen Kundgebungen veranlaßt und der preußische Justizminister Beseler tat der Welt kund und zu wissen, daß die Justizbehörden allen Ernstes den Plan eines Riesenprozesses gegen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — auf Grund des Majestätsbeleidigungsparagraphen erwogen hätten!

Mit noch ungleich heftigeren Sturmszenen als die Reichstagstagung hatte die Tagung des preußischen Abgeordnetenhauses geendet. In seiner letzten Sitzung noch hatte dies Parlament entgegen allem Herkommen die Auslieferung

eines sozialdemokratischen Abgeordneten zur Disziplinarverfolgung beschlossen, ein Vorgang, der die sozialdemokratische Fraktion zu stürmischen Gegenkundgebungen herausgefordert hatte. Kurz vorher hatte Herr von Löbell, der neue Minister des Innern, eine schroffe Absage an den Gedanken der preußischen Wahlreform ins Land hinausgehen lassen. Die Antwort darauf waren riesige Protestkundgebungen in allen Teilen des Landes gewesen. Viel ernsthafter als je zuvor wurde damals überall der Gedanke erwogen, nun endlich zur Anwendung der letzten, schneidigsten Waffe im Wahlrechtskampf, zum politischen Massenstreik zu greifen. Der Kampf der Polizei und sonstigen Verwaltungsbehörden gegen die freie Jugendbewegung hatte Formen angenommen, die an Schärfe kaum noch zu überbieten waren. Ein vom preußischen Kriegsministerium angestrengter politischer Monstreprozeß gegen eine sozialistische Führerin, zu dem Tausende von Zeugen vorgeschlagen waren, hatte in Berlin zu spielen begonnen und war wenige Wochen vor dem Kriegsausbruch vertagt worden. Andere politische Prozesse hatten mit schweren Verurteilungen der Angeklagten geendet.

Zu alledem kamen, sowohl in den Parlamenten wie draußen, die Nachwirkungen der Affäre von Zabern. — Durch Verwaltungsmaßnahmen aller Art war das Koalitionsrecht der Arbeiter immer mehr eingeengt worden und in den Kreisen der Gewerkschaften, auch ihrer Führer, hatte eine so verbitterte Stimmung Platz gegriffen, wie sie seit den Tagen der Zuchthausvorlage, das heißt seit dem Jahre 1899, nicht mehr erlebt worden war. Auf der ganzen Linie rüstete man sich in der Arbeiterwelt zu schweren Zusammenstößen mit Unternehmertum und Staatsgewalt. Diese Radikalisierung in der Stimmung der deutschen Gewerkschaften kam zum deutlichsten Ausdruck auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß vom Hochsommer 1914. — Die Nachwahlen zum Reichstage im Frühling und Sommer 1914, besonders die in Jerichow, Borna-Pegau und Coburg waren mit einer gegenseitigen Erbitterung durchgekämpft worden, wie schon seit Jahr und Tag keine Wahlkämpfe mehr in Deutschland.

Es versteht sich, daß wir an alle diese Dinge nicht deshalb erinnern, um alte Wunden aufzureißen, sondern nur weil wir dem Leser die schwüle Stimmung ins Gedächtnis zurückrufen möchten, die unmittelbar vor dem Beginn des großen Völkerringens über der inneren Politik Deutschlands lagerte. Es war eine ausgesprochene Konfliktstimmung. Alle Zeichen standen auf Sturm und Gewitter.

Und in diese Stimmung hinein schlug nun die plötzliche Zuspitzung aller Verhältnisse der äußeren Politik! Eben noch hatten Friedensglocken geläutet, deutsch-englische Verbrüderungsfeste waren gefeiert worden, das Kolonialabkommen zwischen Deutschland und England stand unmittelbar vor seiner Unterzeichnung und die deutsche Sozialdemokratie glaubte in dieser Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden stammverwandten Völkern einen ersten großen Erfolg ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Verständigungsaktionen buchen zu dürfen. Denn je mehr der Weltfrieden seit den ersten großen Marokkokrisen um 1905 herum gefährdet schien, desto mehr war die Verhinderung des Krieges zum Angelpunkt der ganzen sozialdemokratischen Politik geworden. Die internationalen Sozialistenkongresse in Stuttgart vom Jahre 1907 und in Kopenhagen vom Jahre 1910 hatten durchaus unter diesem Zeichen gestanden — ganz zu schweigen von dem Baseler Friedenskongreß vom Herbst 1912, der, als außerordentlicher Sozialistenkongreß, zusammentrat, als die Balkankrise einen besonders gefährlichen Höhegrad erreicht und — schon damals — den Frieden Europas auf die Schneide des Messers gestellt hatte. Auch für den Wiener Internationalen Kongreß, der für den September 1914 geplant war, hatte man die internationale proletarische Friedensaktion als Hauptstück der Verhandlungen vorgesehen. Ebenso hatten sich auch die Maikundgebungen der internationalen Arbeiterschaft in jenen letzten Jahren immer mehr zu großen Friedensdemonstrationen ausgewachsen und hinter diesem ihren neuen Charakter war ihre eigentliche Bestimmung, der Herbeiführung des gesetzlichen Achtstundentages zu dienen, allmählich ganz in den Hintergrund getreten. So war der internationale Sozia-

lismus und wahrlich nicht zum Wenigsten die deutsche Sozialdemokratie, vor dem Kriege immer mehr zur eigentlichen Friedensbewegung geworden. Die Parole: „Krieg dem Kriege!" war von Jahr zu Jahr mehr in den Vordergrund des ganzen politischen Denkens aller Sozialisten getreten.

Auch jetzt noch, als sich im letzten Drittel des Juli 1914 das schwarze Gewölk im Südosten Europas zusammenzuziehen begann, tat die Sozialdemokratie Alles, was nur irgend in ihren Kräften stand, um noch in letzter Stunde das drohende Unheil von Europa abzuwenden. In Brüssel trat das Internationale Bureau, dem Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder angehörten, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, an Stelle des Internationalen Kongresses, der, wie eben erwähnt, Mitte September in Wien hatte zusammentreten sollen, wurde schon für die ersten Augusttage ein Kongreß nach Paris hin eingeladen, dessen einziger Verhandlungsgegenstand die sozialistische Aktion zur Verhinderung des Krieges sein sollte. Sozialistische Friedensdemonstrationen gewaltigsten Umfanges fanden überall in Europa, fanden vornehmlich auch in allen Gauen Deutschlands statt. Von Tag zu Tag steigerte sich diese Aktion gegen den drohenden Krieg, immer leidenschaftlicher wurden in Presse und Versammlungen die Anklagen gegen Diejenigen, in denen man die Schuldigen oder doch die Mitschuldigen an dem kommenden Verhängnis sah.

Da nahm — über Nacht gleichsam — das Gespenst furchtbarstes Leben an. Was eben noch bange Ahnung gewesen war, was man — trotz alledem — für möglich zu halten sich bis zum letzten Augenblick gesträubt hatte, in zweimal vierundzwanzig Stunden war es blutige Wirklichkeit geworden. Die Kosaken hatten die Grenze Ostpreußens überschritten — der Krieg war da.

3. Die große Frontänderung.

Angehörige der bürgerlichen Parteien können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, welche ungeheure seelische Erschütterung die Sozialdemokratie in jenen Tagen zwischen dem ersten und vierten August 1914 zu durchleben hatte. Aus der denkbar schroffsten innerpolitischen Kampfstellung gegen die Regierung und gegen alle übrigen Parteien, wie wir sie eben kurz zu skizzieren suchten, mußte sie sich im Sturmgebraus wildester Ereignisse innerhalb weniger Stunden hineinfinden in die gemeinsame Kampffront des ganzen deutschen Volkes. Und auf der anderen Seite: noch waren Papier und Federn nicht trocken von den flammenden Aufrufen für den Frieden, noch war die Luft durchzittert von den leidenschaftlichsten Protestreden der Arbeiterführer gegen die Krieg, als das furchtbare Gebot des Augenblicks dieselben Federn, dieselben Redner zwang, das deutsche Volk in nicht weniger feurigen Worten aufzurufen zum Kampfe gegen die von Osten wild heranflutenden Horden des Zarismus. Kaum jemals in der Geschichte hat die zermalmende Wucht einer welthistorischen Tatsache in so kurzer Zeit das ganze Denken und Fühlen von Millionen von Menschen so von Grund aus revolutioniert, wie in diesem Falle. An einer späteren Stelle dieser Schrift wird untersucht werden, ob der vielfach erhobene Vorwurf berechtigt ist, daß mit diesem in seiner Art schlechterdings beispiellosen Frontwechsel der ersten Augusttage die deutsche Sozialdemokratie sich selbst untreu geworden sei, daß sie schnöden Verrat geübt habe an ihren heiligsten Grundsätzen, daß sie die besten Ueberlieferungen ihrer Vorkämpfer, daß sie ihre ganze Vergangenheit mit Füßen getreten habe. Hier soll nur gezeigt werden, welches Moment in erster Linie die ungeheure Kraft und die Schnelligkeit dieses Stimmungs- und Frontwechsels erklärt, den in jenen Augusttagen die deutsche Sozialdemokratie

durchmachte. Es war, um es mit einem Worte zu sagen, die Tatsache, daß die Gefahr von Osten her drohte, daß dem gesamten deutschen Volke Rußland als der Angreifer und Hauptfeind erschien. Wäre etwa drei Jahre früher, im Hochsommer 1911, als die Marokkokrise im Zeichen des Pantherspunges nach Agadir ihren letzten Höhepunkt erreicht hatte und der Friede Europas an einem Haare hing, wäre, sagen wir, damals der Krieg ausgebrochen, so hätte sich seine Hauptfront gegen Westen gerichtet. Ein Krieg aber, der vornehmlich aus kolonialen Konflikten mit den Westmächten herausgewachsen wäre, hätte nimmermehr in ähnlicher Weise gezündet wie dieser Krieg, bei dem von Osten her die Lebensinteressen Deutschlands unmittelbar bedroht erschienen, bei dem der Stahl des Feindes gegen das Herz des Landes selbst gezückt war.

Wie war die Stimmung der deutschen Arbeitermassen den drei als Feinden hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern gegenüber? In England verehrte bis zum Beginn des Krieges nicht nur der deutsche Liberalismus, sondern auch die deutsche Sozialdemokratie, die zum guten Teil sein geistiges Erbe angetreten hatte, das alte Mutterland der Demokratie, die Geburtsstätte des modernen Parlamentarismus, den Hort aller persönlichen Freiheit — kurz den liberalen Musterstaat schlechthin. Mit Frankreich aber verband uns deutsche Sozialisten seine große revolutionäre Tradition. Wir sahen bis zum Kriege in Frankreich in erster Linie das Land von 1789 und 1793, das Land des Bastillensturmes und des Ballhausschwures, das Land der Julirevolution von 1830, des Februarsturmes von 1848 und das Land der Pariser Kommune. Wir liebten und wir lieben in Frankreich — jawohl, wir lieben in ihm auch heute noch! — das Land Voltaires und Rousseaus und das Land der großen Enzyklopädisten, das Land Robespieres und Dantons, das Land Emile Zolas und das Land Jean Jaurès, des Unvergeßlichen. Wir liebten und wir lieben in Frankreich das Land der schönen Form und des klaren logischen Geistes, dessen kristallene Reinheit sich der gährenden und drängenden Unrast unseres eigenen Wesens so wunderbar vermählt. Wir

liebten und wir lieben in Frankreich das Land der reichen Plastik, das Land der wärmenden Flamme und des leuchtenden Feuers. Gewiß kennen wir die schwere Mitschuld der in der französischen Republik Regierenden an dem furchtbaren Unheil, das jetzt den Erdball heimsucht; wir wissen, wie sie ihr schönes und stolzes Land, das Vaterland der Revolution und der Republik, mit goldenen Ketten an das zaristische Rußland fesselten, bis es dessen gehorsamer Sklave wurde. Aber ohne für das Alles blind zu sein, ohne blind zu sein auch für die großen Schwächen des französischen Volkscharakters und für die schlimmen Mängel der staatlichen Organisation des Landes liebten und lieben wir in Frankreich alles das, was uns selbst fehlt. Wir liebten und lieben in ihm die harmonische Ergänzung unseres Ich. Wir sahen es und wir sehen es trotz all der Bitternis dieser letzten beiden Jahre auch heute noch mit den Augen Heinrich Heines und den Augen Wilhelm Liebknechts. In unser Aller Herz stand und steht tief die Sehnsucht geschrieben nach jener Zeit, von der Arno Holz in seinem prächtigen „Buch der Zeit" vor 30 Jahren schon sang:

„. . . Dann schlägt kein Tambour mehr Alarm
Dann steht die Welt voll goldner Halme
Und Frankreich ringt dann Arm in Arm
Mit Deutschland um dieselbe Palme!
Drum juble, juble: Vive la France!
Honny soit, qui mal y pense!"

Und das erscheint uns die furchtbarste Aussicht, die im Hintergrunde dieses entsetzlichen Krieges lauert, daß er vielleicht für weitere Generationen noch die Kluft offenhalten, sie wahrscheinlich sogar noch ungeheuer vertiefen wird, die zum Unheil der Menschheit zwischen diesen beiden größten und so tausendfach aufeinander angewiesenen Kulturnationen des europäischen Festlandes klafft. Eine Kluft, an deren Ueberbrückung die Besten diesseits wie jenseits der Vogesen das beste Stück ihrer Lebensarbeit gesetzt hatten, ein Heinrich Heine, der Bürger beider Länder, ein Jean Jaures, ein Ludwig Frank, den ein

tragisches Geschick nun gerade durch eine französische Kugel den Heldentod finden ließ.

Doch das Alles führt uns schon weit hinaus über das, was wir in diesem Augenblick kennzeichnen wollten. Hier kam es uns nur darauf an, die Grundstimmung zu skizzieren, mit der am Vorabend des Krieges die sozialdemokratischen Massen in Deutschland jenen Mächten gegenüberstanden, mit denen unser Vaterland nun die Klinge kreuzen mußte. Den Westmächten gegenüber war, um das Gesagte noch einmal kurz zusammenzufassen, diese Stimmung so: Bewunderung und Hochachtung, wenn auch etwas kühle Bewunderung und Hochachtung, gegenüber England, wärmste Sympathie, das Gefühl innigster Wahlverwandtschaft gegenüber den Franzosen, Liebe zu dem schönen Genius ihres Volkstums.

Ganz anders war die Stimmung gegenüber Rußland. Wir werden später noch zeigen, wie alle großen Sozialisten der Vergangenheit, Karl Marx und Friedrich Engels nicht weniger als Wilhelm Liebknecht und August Bebel, in Rußland von jeher den eigentlichen Feind der europäischen Demokratie im allgemeinen und der deutschen Demokratie, zumal der deutschen Arbeiterbewegung im Besonderen gesehen hatten. Ein Jahrhundert lang, seit den Tagen der Heiligen Allianz, hatte Rußland wie ein Alp auf dem Deutschland gelastet, das unablässig nach Fortschritt und Freiheit rang. Jede Errungenschaft der deutschen Demokratie schien auf Sand gebaut, jeder noch so bescheidene Schritt nach vorwärts schien bedroht, solange der finstere Hort des Despotismus jenseits der Weichsel unerschüttert dastand. In Rußland verkörperte sich Alles, was uns bekämpfenswert und des tiefsten Hasses würdig erschien. Grade darum verfolgten wir deutschen und österreichischen Sozialisten vor einem Jahrzehnt die Heldenkämpfe der russischen Revolutionäre mit so heißem inneren Anteil, weil jeder einzelne von uns fühlte: auch unsere Sache ist es, um die da gerungen wird! Und weit tiefer als die Sozialisten der Weststaaten empfanden deshalb wir mitteleuropäischen Sozialisten den Schmerz und die Enttäuschung darüber,

daß die revolutionären Kräfte damals wohl stark genug gewesen waren, die Zwingburg des Zarismus ins Wanken zu bringen, daß sie sich aber noch als viel zu schwach erwiesen hatten, diese Zwingburg ein für alle Male zu stürzen. So blieb auch nach den Jahren 1905 und 1906 noch trotz aller seiner „Modernisierung," trotz Duma, Agrarreform und großkapitalistischer Entwicklung, Rußland für uns der Todfeind der europäischen Demokratie, dem in zahllosen Versammlungen, in ungezählten Artikeln, auf den Tribünen unserer Parlamente und unserer Kongresse Worte der Verachtung, des Hasses und des Abscheues ins Antlitz geschleudert wurden, wie sie schärfer nicht gedacht werden konnten. Und Keinem unter uns sind solche Worte aus tieferem Herzen gekommen, Keiner unter uns hat solche Worte in früheren Tagen schärfer und schneidiger zu formen gewußt als Karl Liebknecht . . . .

Also: so innig uns die Bande heißester Sympathie mit den russischen Revolutionären vereinigten, so sehr wir die Leiden der unglücklichen Völker mitfühlten, die unter der Knutenherrschaft Nikolais des Zweiten dahinkeuchten, so tiefe Achtung wir vor manchen schätzungswerten Eigenschaften der russischen Volksseele empfanden, so sehr wir die Kunst eines Dostojewsky und eines Gogol, eines Tolstoi und eines Gorki bewunderten und so hoch wir den Einfluß dieser Großen Rußlands auf die Entwicklung der deutschen Literatur auch stellten: politisch und kulturell blieb uns Rußland dennoch der Feind. Und all der Haß und all der Abscheu, den wir seit Jahrzehnten gegen dies Rußland des fluchwürdigsten Despotismus in uns aufgespeichert hatten und der immer von Neuem genährt worden war durch die grauenvollen Schilderungen, die aus den Grüften der Peter-Paulsfestung, der Schlüsselburg, der Warschauer Citadelle, aus den Eiswüsten Sibiriens, aus der Kartorga zu uns gedrungen waren, all die wilde Empörung, die immer wieder aufgepeitscht worden war durch die zahllosen Nachrichtenn über die Herrschaft des weißen Schreckens im Zarenreiche, der nur noch mit Standrecht und Galgen, mit Meuchelmord und mit den Schurkereien seiner Agents provocateurs sich seiner lieben Untertanen zu

erwehren gewußt hatte: alles das machte sich nun gewaltsam Luft, als in den ersten Augusttagen 1914 vielmillionenstimmig der Ruf durch die deutschen Lande brauste: Es geht gegen Rußland! Nieder mit dem Zarismus!

Diese Parole war es, die damals den Krieg mit einem Schlage in unserem ganzen Lande so ungeheuer volkstümlich machte. Sie war es, die auch Millionen sozialdemokratischer Volksgenossen mit heller Begeisterung zu den Fahnen trieb, die in dem Zeitraum weniger Stunden alles Das bei uns tief ins Unterbewußtsein hinabdrängte, was uns eben noch von den anderen Klassen und Parteien des Reiches getrennt hatte.

---

4. In den ersten Augusttagen.

Dieser gewaltige und zugleich gewaltsame Umschwung, der sich in jenen Augusttagen in der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeitermassen vollzog, und der am 4. August seinen klassischen Ausdruck in der Bewilligung des von der Regierung geforderten Kriegskredits von fünf Milliarden durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fand, wird gut illustriert in einem Artikel, den der westfälische Bergarbeiterführer Johann Leimpeters in Heft 12 der Zeitschrift „Die Glocke" vom 15. Februar 1916 veröffentlicht hat. In diesem Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Was uns die Politik des vierten August brachte" heißt es:

> „Ich habe am zweiten Mobilmachungstage Söhne, Freunde und Bekannte, alles gute Parteigenossen, zu ihren Sammelstellen begleitet und alle stellten an mich die bange Frage: Wie wird unsere Fraktion morgen stimmen? Wenn wir nur wüßten, daß sie die Kredite bewilligte, könnten wir beruhigt hinausfahren; nicht unseretwegen, sondern euretwegen und wegen unserer Frauen und Kinder. Man bat mich, befreundete Abgeordnete noch schriftlich zu bitten, ja für die Kredite zu stimmen, und was damals fast einmütig von allen Genossen im ganzen Lande mit Sehnsucht gewünscht wurde, hat die Fraktion getan!"

Dieselbe Erfahrung, die Leimpeters hier aus dem Ruhrgebiet berichtet, haben in jenen Tagen überaus zahlreiche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in allen Teilen des Reichs gemacht. Ganz allgemein war die Ueberzeugung und sie traf auch zweifellos das Richtige: wenn sich jemals die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in vollster Uebereinstimmung mit dem Fühlen und Denken der Massen befunden hat,

dann an jenem in der Geschichte unseres Volkes unauslöschlichen vierten August.

Aus der Erklärung, mit der, unter jubelnden Kundgebungen des gesamten deutschen Reichstages, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion damals durch den Mund ihres Vorsitzenden Hugo Haase ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten begründen ließ, mögen die markantesten Sätze auch hier eine Stelle finden:

„Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicher zu stellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich."

Nach außen hin ist es damals nicht bekannt geworden, daß dem Beschlusse, die Kredite zu bewilligen, am dritten August im Schoße der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stundenlange heftige Kämpfe vorangegangen waren und daß schließlich 14 Abgeordnete in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatten. Im Plenum des Reichstages kam dieser Widerspruch nicht zum Ausdruck. Alle anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten — und es waren mit zwei oder drei Ausnahmen sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten zur Stelle — stimmten, entsprechend dem Beschlusse der Fraktion einmütig für die von der Regierung geforderten Geldmittel. Auch Karl Liebknecht. Nur ein einziger Abgeordneter, Fritz Kunert-Halle, entfernte sich im Augenblick der Abstimmung aus dem Saale, um ihn unmittelbar nach der Abstimmung wieder zu betreten. Der Vorgang blieb damals völlig unbemerkt, erst mehr als anderthalb Jahre später hat Kunert selbst ihn erzählt und erklärt, seine sozialistische Gewissenspflicht habe es ihm schon am 4. August verboten, auch nur einen Pfennig für kriegerische Zwecke zu bewilligen.

Wie die Massen draußen im Lande, und besonders auch die Millionen der ins Feld rückenden Sozialdemokraten, so bil-

lichte auch das wichtigste Sprachrohr der Partei, die sozialdemokratische Presse, fast ohne Ausnahme das Verhalten der Fraktion. Nur der „Vorwärts" und zwei oder drei andere Blätter hielten sich wenn auch nicht oppositionell, so doch reserviert, in allen übrigen sozialdemokratischen Tageszeitungen und auch in der gesamten Gewerkschaftspresse kam jubelnde Zustimmung zu dem Beschluß der Fraktion zum Ausdruck, zu einem Beschlusse, den noch eine Woche vorher kaum ein Mensch für möglich gehalten hätte. Es wird weitere Kreise, denen die sozialdemokratische Presse nicht zugänglich ist, interessieren zu hören, welche Stimmung damals in den deutschen Arbeiterzeitungen machtvoll emporbrandete. Auch für den Geschichtsschreiber künftiger Tage wird es wertvoll sein, wenn wir hier eine Reihe von Aeußerungen der sozialdemokratischen Presse aus den Tagen des Kriegsbeginnes wiedergeben. Was wir hier anführen, ist nicht zu einem polemischen Zweck sorgfältig ausgesucht, es bietet vielmehr ein durchaus typisches Stimmungsbild aus den sozialdemokratischen Zeitungen jener Tage. Soweit von einer Tendenz in dieser Auswahl überhaupt die Rede sein kann, so besteht sie höchstens darin, daß wir solche Blätter bevorzugt haben, die seit Jahren, teilweise sogar seit Jahrzehnten, auf dem linken Flügel der Partei, auf der Seite der sogenannten „Radikalen", gefochten hatten. Daneben haben wir nur drei oder vier Aeußerungen aus dem Lager des alten „Revisionismus" Raum gegeben.

Das „Hamburger Echo" vom 6. August erklärte:

„. . . In Allen lebt das Bewußtsein des furchtbaren Ernstes der Situation, in der es sich tatsächlich eventuell um Sein oder Nichtsein des Reiches, um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes und um die Erhaltung oder Vernichtung deutscher Kultur handelt. Das sind Güter, an deren Erhaltung und Schutz auch die Arbeiterklasse und mit ihr die Sozialdemokratie ein lebhaftes Interesse hat, die sie nicht vernichten lassen darf, wenn sie nicht auch ihr eigenes Klasseninteresse schwer schädigen will."

Die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung" vom 5. August schrieb:

„Es ist berechtigt, und es ist notwendig, und es ist gut, wenn Deutschland sein Schwert zieht, wenn Deutschlands Söhne nun überall bereitstehen, um das Land ihrer Väter, das Fortbestehen ihres Volkes zu verteidigen. Entweder untergehen, nachdem wir das Letzte gewagt haben, oder siegen und ganz Europa befreien, das ist nunmehr die Losung ....

Unter solchen Umständen tritt die deutsche Sozialdemokratie rückhaltlos auf die Seite der Regierung, an die Seite des übrigen Volkes . . ."

Die „Essener Arbeiterzeitung" vom gleichen Datum sagte:

„Verteidigung unseres Landes! Niederschlagen seiner Feinde! Zwar ist es eine grausame Ironie der Weltgeschichte: Wir Sozialdemokraten, die „vaterlandslosen Gesellen", wir, die wir die grimmigsten Gegner des Krieges sind, wir, die wir gern alles aufgeboten hätten, ihn zu verhüten, wir sind heute die Hoffnung, der Stolz, die Freude unserer Patrioten! Froh und stolz verkünden die leitenden Männer im Reichstag, daß auch die grundsätzlichen Gegner des Krieges alle erforderlichen Mittel bewilligen. . ."

Die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg äußerte sich so:

„Es gilt, alles daran zu setzen, die vielen Feinde unseres Landes niederzuringen, jeden Fußbreit deutschen Bodens zu sichern, daß er nicht in die Gewalt eines fremden Machthabers komme. Wer nicht will, daß Königsberg und Danzig, daß Stettin und Breslau russisch, daß Köln und Düsseldorf, daß Mainz und Speyer französisch werden, der muß, so sehr er auch ein Feind des Krieges sei, alles daran setzen, den Feind so weit als möglich von unseren Grenzen fernzuhalten."

Und das gleiche Blatt an einer anderen Stelle:

„Unser Volkstum wollen wir uns bewahren, den Boden, auf dem wir kämpfen für ein besseres und freieres Deutschland, wollen wir dem deutschen Proletariat sichern. Das erfüllt uns in diesen bitteren Stunden . . . Wir wollen nicht, daß der Zar, an dessen Friedensliebe selbst am Tag des Erlasses seines Friedensmanifestes die Sozialdemokratie nicht geglaubt hat, der der ärgste Feind des russischen Volkes ist, über einen gebietet, der deutschen Stammes ist."

Das „Volksblatt für Halle" sagte unter dem 5. August:

„. . . . Wenn es richtig ist, daß wir von Rußland angegriffen wurden — und alle Meldungen haben das bisher so zu erkennen gegeben —, so ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie alle Mittel für die Verteidigung bewilligt. Der Zarismus muß mit aller Kraft aus dem Lande geworfen werden! Das ist bei aktueller Bedrohung die wichtigste Aufgabe der Nation."

Die „Königsberger Volkszeitung", die fast unmittelbar vor den Toren Rußlands erscheint, brachte damals an leitender Stelle Tag für Tag donnernde Sturmrufe gegen den Zarismus. Eine Stelle (vom 5. August) statt vieler:

„. . . . . Jetzt wäre die Verweigerung der Mittel zur Kriegführung gleichbedeutend mit einer Eroberung deutscher Landesteile, vor allem Ostpreußens, durch die Truppen Nikolaus des „Herzlichen" gewesen . . ."

Die „Reußische Tribüne" in Gera sagte am 6. August:

„ . . . In dieser ernsten Stunde hat der Reichstag bewiesen, daß das ganze deutsche Volk einig und geschlossen gegen seine Feinde zusammensteht. Jetzt handelt es sich darum, die deutsche Kultur, die deutsche Ehre, auch alle organisatorischen Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft gegen die Feinde zu verteidigen. Das

wird und muß jedem Soldaten zum Bewußtsein kommen und sein Vertrauen heben . . ."

Und an einer anderen Stelle der gleichen Nummer:

„In der Not des deutschen Volkes denken wir nicht an die Unbill und Ungerechtigkeit, die wir zu dulden hatten; wir stehen treu zu den Volksgenossen bis zum Tod. Das Wehen eines neuen Geistes geht durch Deutschland! Es liegt in der Luft, es liegt im Gefühl. Anders ist es schon jetzt, und mehr noch wird kommen, muß kommen."

Der „Stettiner Volksbote" vom gleichen Tage erklärte:

„ . . . Ein Wald von Feinden, bis an die Zähne bewaffnet, umgibt uns. Da gilt es denn, nicht die Haut einfach zu Markte zu tragen, sondern einen energischen Abwehrkampf aufzunehmen, der unsere Gegner in Angst und Schrecken versetzt. Gut und Blut unserer Brüder und Klassengenossen, das Wohl und Wehe unserer Familien, ja die gesamte deutsche Kultur, die den Neid mancher unserer Feinde schon erregt hat, steht jetzt auf dem Spiele. Sollen wir da Gewehr bei Fuß stehen, sollen wir das drohende Unglück in seiner großen, schrecklichen Gestalt ruhig über uns kommen lassen? Das kann und darf nicht sein!!"

Und die „Chemnitzer Volksstimme":

„Uns alle beherrscht jetzt nur die eine Frage: Wollen wir siegen? Und unsere Antwort lautet: Ja! . . . Deshalb verteidigen wir in diesem Augenblick alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind. Nicht mit Hurra und nicht mit Haß gegen die russischen Arbeiter, nicht mit Gott für den König, aber für

die deutsche Freiheit und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes werden unsere Genossen in den Kampf ziehen!"

Die „Weimarische Volkszeitung" (6. August) stellt die Sachlage so dar:

„Der Sachverhalt ist von entsetzlicher Einfachheit. Das Unfaßbare ist Wirklichkeit geworden. Die Bewilligung der notwendigen Verteidigungsmittel durch die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse ist nur die selbstverständliche Konsequenz dieser ungeheuren Tatsache."

Die „Münchner Post" schrieb (6. August):

„ . . . Nun ist die zarte, von den Freunden des Volkes und der Freiheit gehegte Pflanze des Rechts und der Freiheit, nun ist das Volk selbst bedroht von den Horden des Blutzaren, denen sich das irregeführte Frankreich, das kapitalistische England zugesellt. Ein Kampf auf Leben und Tod hat begonnen. Wir müssen, wir werden ihn mit Ehren bestehen."

In der „Rheinischen Zeitung" in Köln vom 5. August heißt es im Leitartikel:

„ . . . Gegen diesen Zarismus kämpfen wir. Mit seinen Bärentatzen will er die Kultur ganz Westeuropas zerstampfen und seine barbarischen Völkerschaften auf unsere Frauen und Kinder hetzen. Jahre hindurch hat er auf der Lauer gelegen und den Ueberfall vorbereitet. Ohne die Hilfe Frankreichs, dessen Anschluß an Rußland sich vielleicht hätte vermeiden lassen, würde er sich niemals getraut haben. Der Zweifrontenkrieg sollte uns aufgezwungen werden und der gekrönte Henker scheute nicht davor zurück, den ruchlosen Mord von Serajewo in den Dienst seiner Verbrecherpläne zu stellen.

Ueber Nikolaus den Zweiten komme das Blut der Opfer dieses entsetzlichen Krieges! Er hat den höllischen Brand gewollt und soll dafür gestraft werden. Der russische Bär lastete auf Westeuropa wie ein fürchterlicher Alp. Wenn unsere Soldaten in den Kampf ziehen und ihr Blut

vergießen, wenn unsagbares Elend Millionen von Menschen heimsucht, so wissen wir doch, daß all dieses Fürchterliche getragen werden muß um der endlichen Erlösung willen. Tut eure Pflicht, ihr Freunde, gleichviel, wohin das Geschick euch stellt! Ihr kämpft für die Kultur Europas, für die Freiheit eures Vaterlandes und euer eigenes Wohlergehen."

Und Tags darauf schließt dasselbe Blatt einen „Dafür kämpfen wir" überschriebenen Artikel mit den Worten:

„Das Volk bringt jetzt furchtbare Opfer, aber es bringt sie nicht für Einzelne oder für eine Minderheit, es kämpft für sich selbst, für seine Freiheit nach außen und innen. Die schlimmste Gefahr droht jetzt seiner Freiheit aus dem barbarischen Osten und solange diese Gefahr nicht abgewehrt ist, gibt es nur einen Willen, nur eine Pflicht: Wir wollen keine Knechte sein, am wenigsten aber Knechte des Zaren und seiner Vasallen!"

Zwei Wochen nach Kriegsausbruch, am 16. August schrieb die „Magdeburger Volksstimme":

„Das politische wie wirtschaftliche Interesse der Arbeiterschaft verlangt, daß Deutschland in dem fürchterlichen, blutigen Ringen Sieger bleibt. Deshalb erfüllen die mehr als zwei Millionen Sozialdemokraten, die ins Feld gezogen sind, ihre Pflicht bis zum letzten Atemzuge!"

In der „Mannheimer Volksstimme" vom 5. August war zu lesen:

„ . . . So umschloß denn auch Kaiser, Regierung, die Vertreter des Bürgertums und nicht zuletzt das Proletariat zum erstenmal das gemeinsame Band der restlosen Einmütigkeit und des ernsten Willens das Letzte dranzugeben für Deutschlands Freiheit, Deutschlands Größe."

Das „Norddeutsche Volksblatt" in Rüstringen schrieb am 8. August:

> „Rückhaltlos setzen wir alles ein für unser bedrohtes Vaterland. Wir haben gezeigt und werden zeigen, daß wir internationale Sozialisten Patrioten sind im besten Sinne des Wortes."

Den gleichen Artikel druckte am nächsten Tage noch eine ganze Anzahl weiterer sozialdemokratischer Blätter ab, auf deren Aufzählung wir verzichten.

Zwei Tage vorher, am 6. August, las man im Leitartikel der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung":

> „Wir sprechen die feste Zuversicht aus, daß sich in den nächsten Tagen die ganze Größe und Macht Deutschlands der Welt offenbaren möge."

Aus der vorhin schon zitierten „Rheinischen Zeitung" in Köln sei noch ein etwas späteres Zitat (vom 17. September 1914) hier eingefügt, da es sehr charakteristisch für das Friedensziel ist, wie es sich damals fast die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands vorstellte und wie es auch heute noch in den Herzen zahlloser deutscher Proletarier lebt. Die Stelle lautet:

> „Auch die deutsche Arbeiterklasse kann einen Frieden nicht wünschen, der nichts anderes sein würde als bloßer Waffenstillstand. Die Unsicherheit Europas würde fortdauern, das Wettrüsten noch verschärft weitergeführt werden, die Staaten würden gierig auf den Augenblick der endgültigen blutigen Abrechnung warten. Nach wie vor würde Europa einem Pulverfaß gleichen. Einen solchen Frieden kann niemand wünschen. Dem deutschen Volke hat bittere Notwendigkeit das Schwert in die Hand gedrückt. Dieser Krieg ist grausam über alle Maßen, er fordert furchtbare

Opfer von uns allen, aber das Blut unsrer Volksgenossen wäre umsonst hingegeben worden und alle Opfer wären vergebens gebracht, wenn jetzt ein fauler Friede zustande käme.

Erst muß Rußland niedergerungen werden. Solange das Moskowitertum nicht gefesselt am Boden liegt, darf ein Krieg nicht beendet werden, der Europa von Asien befreien, Rußland aus der europäischen Politik ausschalten soll und eine Annäherung der wirklichen Kulturstaaten anbahnen muß. Das Antlitz Europas muß gründlich verändert werden. Wenn Frankreich einen ehrlichen Frieden will, so wird Deutschland die dargebotene Hand um so weniger ausschlagen, als dem westlichen Kulturvolk dieser Krieg nur als Verbündeter Rußlands gilt. In die französischen Sozialisten innerhalb des Ministeriums, namentlich in einen Mann wie Marcel Sembat, setzen wir das Vertrauen, daß dort noch früh genug das erlösende Wort gefunden und wuchtig in die Wagschale geworfen wird. Mit Rußland jedoch muß die blutige Abrechnung unerbittlich vollzogen werden."

Endlich noch eine Stelle aus einem Artikel der „Erfurter Tribüne" aus den ersten Augusttagen:

„Es gibt in Deutschland keine Partei, keine Gruppe und keinen Menschen, der in diesem Krieg eine Niederlage Deutschlands will. Niederlage wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosem Elend für uns alle. Und unser aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Unsere Vertreter im Reichstag haben es unzählige Male für eine Verleumdung erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Land im Augenblick der Gefahr im Stich lassen könnten. Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die vater-

landslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den „Patrioten" in keiner Weise übertreffen lassen."

Damit sei es genug. Hinderte uns nicht der beschränkte Raum daran, so könnten wir viele Seiten lang in dem gleichen Sinne weiter zitieren.

So bot also die deutsche Arbeiterbewegung zu Kriegsbeginn ein ganz einheitliches, geschlossenes Bild: so gut wie restlos hatten sich die Massen, ihre parlamentarischen Vertreter und ihre Wortführer in der Presse eingeordnet in die große Schlachtreihe des für seine Existenz und für seine Zukunft kämpfenden deutschen Volkes.

Die Wirkung dieser großen historischen Tatsache war ungeheuer: sie war gleich groß in moralischer wie politischer und militärischer Hinsicht. Alle Staatsmänner und Heerführer stimmen darin überein: mit einer sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Rücken, die — und sei es auch nur durch mürrisch-passives Beiseitestehen — dem Kriege Schwierigkeiten bereitet hätte, oder die gar die Flamme der Zwietracht in das zum Kampf auf Leben und Tod herausgeforderte deutsche Volk geworfen hätte: mit einer solchen sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Rücken hätten nun und nimmermehr jene ungeheuren Leistungen vollbracht werden können, die vollbracht worden sind. Man überlege nur: in welcher Stimmung, unter was für Gewissensqualen wären die sozialdemokratischen Arbeiter ins Feld gezogen, wenn sie sich hätten sagen müssen: wir sollen die ungeheuersten Anstrengungen erdulden, wir sollen bluten, wir sollen unser Leben einsetzen für eine Sache, die dort in der Heimat von den Unseren mit dem Aufgebot aller Kraft bekämpft wird! Wie hätte solche Stimmung von Millionen von Kämpfern daheim und wie hätte sie auf den Geist der Ausmarschierten gewirkt! Nimmermehr hätte jene wundervolle, Alles mit sich fortreißende Augustbegeisterung, die Keiner jemals wieder vergessen wird, der sie miterleben durfte, durch das ganze deutsche Volk gehen können, jene Stimmung, die, einer gewaltigen Woge gleich, unsere Heere bis dicht vor die

Tore von Paris trug, wenn die Sozialdemokratie damals teilnahmslos bei Seite gestanden hätte!

Wir sagen das Alles hier keineswegs, um daraus für die Sozialdemokratie einen besonderen Ehren- und Ruhmestitel herzuleiten, oder für das deutsche Volk eine besondere Dankespflicht gegenüber der Sozialdemokratie daraus zu folgern. Was die Sozialdemokratie damals und was sie während des ganzen Krieges getan hat, das tat sie nicht ihren Gegnern, das tat sie nicht der Regierung und den herrschenden Parteien zu Liebe, das tat sie in erster Linie im Interesse der von ihr vertretenen deutschen Arbeiterklasse selbst, das unauflöslich verbunden ist mit dem Interesse des ganzen deutschen Volkes. Doch darüber, über all diese inneren Zusammenhänge, wird an anderer Stelle dieser Schrift noch Manches zu sagen sein. Hier kommt es uns nur auf die Darstellung der Vorgänge selbst an. Und da ist es einfach die Konstatierung einer historischen Tatsache, wenn wir aussprechen: wäre damals nicht die deutsche Sozialdemokratie so einmütig und so vorbehaltlos auf den nationalen Boden getreten, so wäre das große Augusterlebnis des deutschen Volkes, dessen Zeugen wir Alle waren, niemals möglich geworden.

Selbstredend ist es eine abgeschmackte Verleumdung, wenn in gewissen Zeitungen des deutschfeindlichen Auslandes im Herbst 1914 zu lesen war, die deutsche Sozialdemokratie habe sich die Zustimmung zu den Kriegskrediten von Herrn Bethmann Hollweg durch allerlei Zugeständnisse auf innerpolitischem Gebiete gleichsam abkaufen lassen. Davon ist natürlich keine Rede. Für einfache Pflichterfüllung läßt man sich nicht bezahlen. Wohl aber zogen die Behörden und die bürgerlichen Parteien aus der durch den vierten August geschaffenen neuen Lage von selbst eine Reihe von Konsequenzen: der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie stellte sofort nach Kriegsausbruch seine Tätigkeit ein, der Militärboykott über sozialdemokratische Lokale wurde aufgehoben, die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse sowie alle anderen Erzeugnisse der sozialdemokratischen Literatur durften von Ende August 1914 an un-

gehindert im Heere verbreitet werden. Preußische Minister und Polizeipräsidenten (sogar Herr von Jagow in höchsteigener Person!) statteten sozialdemokratischen Volkshäusern, Gewerkschaftszentralen und Konsumvereinseinrichtungen feierliche Besuche ab, sozialdemokrtaische Schuldeputierte und Beigeordnete wurden bestätigt, in den Betrieben der Eisenbahnverwaltungen wurden stillschweigend zu Tausenden auch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter eingestellt, in Preußen wurde die berüchtigte lex Arons de facto außer Kraft gesetzt und Württemberg erlebte den ersten sozialdemokratischen Hochschullehrer; der Kampf gegen die freie Jugendbewegung wurde eingestellt, alle gegen die Gewerkschaften schwebenden Prozesse wurden niedergeschlagen, eine, wenn auch zunächst noch recht schwächliche Teilrevision des Vereinsgesetzes von 1908 wurde in die Wege geleitet, eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts kündigte man wenigstens formell an und eine Neuorientierung unserer gesamten inneren Politik wurde zwar noch nicht durchgeführt, wohl aber mehrfach vom Bundesratstische im Reichstage und von der Ministerbank des Preußenparlaments her in Aussicht gestellt.

Auf der anderen Seite wieder stellten die Arbeiterorganisationen, vornehmlich die Gewerkschaften, ihren ganzen Apparat und einen sehr beträchtlichen Teil ihres Vermögens in den Dienst der Kriegsfürsorge und des wirtschaftlichen Durchhaltens. Nach vielen Millionen zählen die Summen, die sie als Unterstützungen an die Familien ihrer ins Feld hinausziehenden Berufsangehörigen auszahlten. Ohne ihre tätige Mithülfe hätte sich die Neuordnung des beim Ausbruch des Krieges in volle Desorganisation geratenen Arbeitsmarktes, die Bergung der Ernte von 1914 und die Umstellung unserer ganzen Industrie auf die Zwecke des Kriegsbedarfs nimmermehr so verhältnismäßig glatt vollzogen, wie wir es erlebt haben. Daß die Gewerkschaften sofort beim Ausbruch des Krieges alle im Gange befindlichen Streiks und Lohnbewegungen abbrachen und — trotz stärkster Anreize, die die wirtschaftliche Konjunktur vielfach ergab, — neue Bewegungen dieser Art nicht einleiteten, versteht sich nach dem Gesagten von selbst.

5. Die positive Arbeit der Sozialdemokratie in der Kriegszeit.

Bevor wir auf den äußeren Verlauf und das innere Wesen des sozialistischen Parteikonfliktes im Einzelnen eingehen, möchten wir hier in aller Kürze wenigstens auch der bedeutungsvollen positiven Arbeit in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht gedenken, die trotz aller Lähmung durch die innere Krise die sozialdemokratische Partei in engster Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften während des Krieges geleistet hat. Denn was wir davon am Schlusse des vorigen Kapitels andeuteten, (Mithülfe bei der Sicherung der Ernte von 1914, bei der Regelung des Arbeitsmarktes nach seiner ersten großen Erschütterung, bei der Umorganisierung unserer gesamten Industrie): das war nur die Einleitung zu einer umfassenden inneren Kriegspolitik größten Stils, die die deutsche Sozialdemokratie während dieser verflossenen anderthalb Jahre getrieben hat. Nur einiges Wenige sei aus dieser inneren sozialistischen Kriegspolitik, die ihr Gebiet ständig und konsequent erweiterte, hier herausgegriffen: Allerorts traten sozialdemokratische Frauen und Männer in die bei Kriegsausbruch sogleich gebildeten Kriegshilfskommissionen ein. Sie leisteten dort nicht nur durch Kritik und unablässiges Vorwärtstreiben sondern auch durch regste Mitarbeit die wertvollsten Dienste, Dienste, die naturgemäß nicht nur den Parteiangehörigen selbst sondern den weitesten Schichten der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung zugute kamen. Sozialdemokratische Gemeindevertreter, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsbeamte, Parteisekretäre usw. konnten da infolge ihrer langjährigen Praxis und ihrer intimen Kenntnis

des Lebens und der Lebensnöte der kleinen Leute ihren Mitarbeitern aus bürgerlichen Kreisen in den Kommissionen in wirksamster Weise mit Rat und Tat an die Hand gehen.

Was in dieser Richtung nicht nur in den Großstädten sondern auch in vielen tausenden von kleineren Orten und auch weit draußen auf dem flachen Lande von Sozialdemokraten geleistet worden ist widerlegt — wenn es einer solchen Widerlegung überhaupt noch bedürfte — aufs Wirksamste das alte törichte Märchen von der lediglich negierenden, zersetzenden Tätigkeit der modernen Arbeiterbewegung. Hier ist, unbemerkt von der großen Oeffentlichkeit, in der Stille kleiner Beratungszimmer, in zahllosen Einzelakten sozialer Hilfstätigkeit überaus Wertvolles geleistet worden.

Und was überall im Reiche im Kleinen geschah, das taten die leitenden Körperschaften der Partei und der Gewerkschaften, der Parteivorstand und die Generalkommission, im Großen. Von den ersten Kriegswochen an bis auf den heutigen Tag haben sie in ständiger Fühlung mit der Regierung und den leitenden Behörden gestanden, um dort mit aller ihrer großen Sachkenntnis und zugleich mit stärkster Energie die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Volksmassen wahrzunehmen. Immer wieder haben sie in ausführlich begründeten Eingaben, mit deren Abdruck wir ganze Bogen dieser Schrift füllen könnten, wie in persönlichen Vorstellungen ausreichende und durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung, zur zweckmäßigen Verteilung der vorhandenen Vorräte, zur Verhütung des verbrecherischen Wuchers mit Lebensmitteln gefordert. An der zu Beginn des Jahres 1915 durchgeführten Beschlagnahme der Getreidevorräte und der Einführung von Brot- und Mehlkarten, d. h. an einer der wenigen inneren Kriegsmaßnahmen der Regierung, mit denen man vollauf zufrieden sein kann, gebührt den leitenden Körperschaften der Arbeiterbewegung ein nicht geringer Teil des Verdienstes und nicht ihre Schuld (übrigens ebensowenig die Schuld des Bundes der Landwirte) ist es, wenn diese Maßregeln um etwa ein halbes Jahr zu spät ergriffen wurden. Von den führenden Männern der Arbeiter-

bewegung sind in diesem Zusammenhange, ohne die Verdienste der anderen irgendwie schmälern zu wollen, in erster Linie Fritz Ebert und Robert Schmidt zu nennen. Leider haben ihre Bemühungen in der Kartoffelfrage, in der Frage der Fettverteilung und der Fleischversorgung, in der Zuckerfrage, in den Fragen der Verteilung von Kohlen an die minderbemittelte Bevölkerung, der Erhöhung und besseren Regelung der Kriegsunterstützung und in manchen anderen Dingen nicht den gleichen Erfolg gehabt, wenn sie auch keineswegs ganz erfolglos geblieben sind. Denn hier waren zum Teil die Widerstände der Interessenten so groß, zum Teil arbeitete der bureaukratische Apparat so schwerfällig und unsicher, daß auch der größte Eifer der sozialistischen Vertreter rechtzeitige und gründliche Maßnahmen nicht durchzusetzen vermochte. — Wie in solchen Eingaben und in zahllosen Konferenzen, so haben die sozialistischen Wortführer auch in den Kommissionen des Reichstages und in seinem Plenum, nicht weniger auch in allen einzelstaatlichen Parlamenten Alles was in ihrer Macht stand getan, um den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Massen Geltung zu verschaffen.

Selbstredend haben auch in allen Angelegenheiten, die das Wohl der zu den Fahnen Einberufenen selbst betreffen (Behandlung, Besoldung, Verpflegung, Urlaubserteilung usw.) die sozialdemokratischen Vertreter sich der Interessen der Feldgrauen aufs Wärmste angenommen.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß auch überall dort — und diese Fälle waren wahrlich nicht vereinzelt — wo die Zensur über die Schranken hinaus ging, die ihrer Tätigkeit durch die Interessen der militärischen Sicherheit des Reiches gezogen waren, oder wo andere auf Grund des Belagerungszustandes verhängte Maßnahmen zu Unzuträglichkeiten geführt hatten, die sozialdemokratische Parteileitung mit Eingaben und persönlichen Vorstellungen bei den Regierungsvertretern eingriff. Auch Blätter wie die „Tägliche Rundschau" haben wiederholt rückhaltlos anerkannt, daß keine andere politische Partei sich im Parlament wie außerhalb des Parlaments so energisch der staatsbürgerlichen Rechte

nicht nur ihrer eigenen Parteigenossen angenommen hat, wie die Sozialdemokratie.

Endlich noch eins: der Endzweck des Krieges kann nur einer sein — *die möglichst rasche Herbeiführung eines ehrenvollen und gesicherten Friedens*. Diese Aufgabe fällt — das liegt im Wesen des Krieges — in erster Linie der bewaffneten Macht zu. Aber nicht *ihr allein*! Wie der Krieg nach Clausewitzens seit dem August 1914 zu Tode gehetzten Wort nichts anderes ist als die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, so muß die Politik auch dem Kriege selbst Richtung und Ziel geben. Das hat die sozialdemokratische Partei in ihren leitenden Körperschaften vom August 1914 an keinen Moment aus dem Auge verloren. Unaufhörlich und ohne sich durch die zahlreichen Mißerfolge, die ihr dabei beschieden waren, irgendwie entmutigen zu lassen, hat die deutsche Sozialdemokratie schon während des Krieges sich bemüht, die Grundlagen für die kommende Verständigung der Völker zu schaffen. Sie hat deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit angekämpft zwar nicht gegen etwa notwendige Grenzsicherungen, wohl aber gegen die phantastischen Welteroberungspläne gewisser Kreise, die nicht nur den Kampfeswillen der Feinde trotz aller ihrer schweren militärischen Niederlagen immer wieder bis zum Aeußersten aufstachelten, sondern auch im neutralen Auslande der deutschen Sache den denkbar schwersten Schaden zugefügt haben. Immer wieder hat ferner die deutsche Sozialdemokratie auch nach Wegen gesucht, um mit den sozialistischen Parteien des feindlichen Auslandes zu einer Verständigung über die Grundlagen des kommenden Friedens zu gelangen und um eine gemeinsame Aktion für die schnelle Herbeiführung dieses Friedens ins Werk zu setzen. Wie der deutsche Parteivorstand sich noch in den Tagen des Kriegsausbruchs selbst durch die Entsendung eines seiner Mitglieder, des Parteisekretärs Hermann Müller, nach Paris bemüht hatte, ein einheitliches Vorgehen der deutschen und französischen sozialistischen Parlamentsfraktionen sicherzustellen, so beginnen schon im September 1914, also wenige Wochen nach Kriegsausbruch, seine Anstrengungen, die nun doch zerrissenen Fäden zwischen

der deutschen und französischen Sozialdemokratie wieder anzuknüpfen und damit zugleich wenigstens die Grundlagen für die kommende Verständigung auch der ganzen Völker zu schaffen. Diese Bemühungen, die im Einzelnen zu schildern uns hier viel zu weit führen würde sind später dann immer von neuem aufgenommen worden, so schroffer Ablehnung sie auch besonders auf französischer Seite begegnet sind. Ebenso sind alle von den Sozialisten neutraler Staaten ausgegangenen Versuche, eine Verständigung zwischen den Arbeiterparteien der kriegführenden Länder anzubahnen, von der deutschen Sozialdemokratie stets mit der gleichen freudigen Bereitwilligkeit unterstützt worden, während sie bei den Sozialisten der Weststaaten, besonders bei den französischen Sozialisten, keinerlei Echo fanden. Auch in zahlreichen sonstigen Kundgebungen — wir erinnern nur an ihr bekanntes Friedensmanifest vom 23. Juni 1915 — hat die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie, teils für sich allein, teils in Gemeinschaft mit der österreichischen Bruderpartei, sich für eine möglichst rasche Beendigung des furchtbaren Krieges eingesetzt. Und weder die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses haben irgend eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne in der deutlichsten Weise dem Friedenswillen des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, der keineswegs einer Stimmung der Schwäche entstammt, sondern nichts anderes ist als der selbstverständliche Ausdruck des mit dem Gefühl der sicheren Stärke und Ueberlegenheit gepaarten Abscheues vor einer zwecklosen Fortsetzung des entsetzlichen Blutvergießens. Ihren vorläufigen Höhepunkt dürfte diese nicht nur im Interesse unseres deutschen Volkes sondern damit zugleich auch im Interesse der ganzen Menschheit liegende Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie in der großen Interpellationsdebatte des Reichstages vom 9. Dezember 1915 gefunden haben. In mustergiltiger und für die Sozialisten aller Länder geradezu vorbildlicher Weise haben da die Abgeordneten Scheidemann und Dr. Landsberg in ihren Reden die Bekundung des ernstesten Friedens-

willens mit der Bekundung des Willens zum unerschütterlichen Durchhalten — wenn es denn nun einmal sein muß — zu vereinigen gewußt.

Also auch nach dieser Richtung hin, in der Arbeit für die schnelle Herbeiführung eines Friedens, wie er den Lebensinteressen des deutschen Volkes und damit zugleich auch den höchsten Interessen der ganzen Kulturmenschheit entspricht, hat die deutsche sozialdemokratische Partei getan, was nur irgend in ihren Kräften stand. Will man ihr durchaus hier einen Vorwurf machen, so könnte man höchstens die Frage aufwerfen, ob sie nicht — angesichts der unaufhörlichen schroffen Zurückweisungen ihres Strebens durch die Sozialisten des feindlichen Auslandes — die äußerste Grenze des Möglichen und Zulässigen schon überschritten hat. Aber schließlich: etwas zu viel ist in diesem Falle immerhin besser als zu wenig! Niemand soll dereinst der deutschen Sozialdemokratie nachsagen und niemand wird es ihr nachsagen können, daß es an ihr gelegen habe, wenn das schauerliche Morden auch nur einen Tag länger fortgesetzt wurde als die bittere Notwendigkeit es gebot.

Auch den kommenden großen Aufgaben, besonders der unumgänglich notwendigen Neuregelung unseres ganzen deutschen Steuerwesens, der Schaffung von Staatsmonopolen usw. arbeitet heute schon die sozialdemokratische Partei literarisch wie in Konferenzen von wissenschaftlichen und parlamentarischen Fachleuten und in anderer Weise vor. Ganz besonders hat sie ihr Augenmerk auch auf die Neugestaltung unserer wirtschaftspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, auf die Frage: „Mitteleuropa" gerichtet. So fand am 9. Januar 1916 im Reichstage eine etwa achtstündige, diesen Fragen gewidmete und in ihrem Verlaufe hochbedeutsame Konferenz statt, an der auch hervorragende Vertreter der österreichischen Arbeiterbewegung beteiligt waren.

6. Der äußere Verlauf der sozialistischen Krisis.

Im vierten Kapitel schilderten wir, wie sich nicht künstlich, sondern ganz natürlich, aus der Notwendigkeit der Dinge selbst herauswachsend beim Beginn des Krieges in Deutschland das durchsetzte, was wir seitdem den „Burgfrieden" nennen. Burgfrieden herrschte damals nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien, sondern auch innerhalb jeder Partei selbst. Der Richtungsstreit, der, was die bürgerlichen Parteien angeht, früher besonders unter den Nationalliberalen und den Zentrumsleuten getobt hatte schwieg ebenso wie der alte Konflikt zwischen „Radikalen" und „Revisionisten" in der Sozialdemokratie. Waren doch in jenen Tagen, als die ganze Zukunft des deutschen Volkes aufs Schwerste gefährdet erschien, alle diese innerpolitischen und innerparteilichen Streitfragen weit in den Hintergrund gedrängt worden von der einen großen Notwendigkeit der nationalen Selbstbehauptung. In anderen Ländern, besonders in Frankreich, war es genau so; was man bei uns den Burgfrieden nannte, nannte und nennt man dort die „heilige Einigkeit".

Es ist hier nicht der Ort, im Einzelnen zu schildern, wie es kam und wie es wohl auch kommen mußte, daß jener Burgfrieden unter den einzelnen Parteien und zwischen ihnen und der Regierung, der in den ersten Kriegswochen herrschte, nicht in der absoluten Weise von damals aufrechterhalten werden konnte. Es war zu viel schöner Ueberschwang, zu viel an sich ja recht lobenswerte Ideologie und auch zu viel Utopismus dabei, als daß es so hätte bestehen bleiben können. Die Gegensätze der Klassen, aus denen sich verschiedene politische Interessen und damit auch gegensätzliche politische Anschauungen von selbst ergeben, treten während des Krieges gewiß weit zurück hinter die allen Klassen und allen Parteien gemeinsamen nationalen Notwendigkeiten, sie sind dadurch aber natürlich durchaus nicht restlos ausgeschaltet. Man denke nur an die Gegensätze

zwischen Erzeugern und Verbrauchern in der Frage der Lebensmittelversorgung, Gegensätze die keineswegs ausschließlich in Raffgier und Wuchergelüsten der einen Seite begründet zu sein brauchen sondern zu einem guten Teil im Wesen der Sache selbst liegen!

Außerdem schafft der Krieg auch allerlei neue Gegensätze. Neue Gegensätze zwischen den Parteien, neue Gegensätze zwischen ihnen und der Regierung (man denke an die Frühjahrskämpfe 1916 zwischen der Regierung und der Rechten!) und auch neue Gegensätze innerhalb der Parteien.

Und schon in der Einleitung zu diesem Schriftchen wiesen wir darauf hin, daß diese neuen Gegensätze nirgends so schroffe Formen angenommen haben und irgends mit so großer Erbitterung durchgefochten werden wie in der deutschen Sozialdemokratie. In diesem Kapitel soll nun zunächst der Verlauf dieser Kämpfe innerhalb der Sozialdemokratie in großen Umrissen rein äußerlich geschildert werden. Wir werden uns dabei auf das beschränken, was zum Verständnis des inneren Wesens der Krise, von dem später ausführlich geredet werden wird, absolut erforderlich ist.

* * *

In den ersten zwei, drei Kriegsmonaten war in der Partei der Widerstand gegen die Politik der Reichstagsfraktion und der Parteileitung nur sehr gering und nach außen fast garnicht bemerkbar. Der Schreiber dieser Zeilen kann aus eigener Erfahrung mitteilen, daß damals selbst bei der Arbeiterschaft Groß-Berlins die Zustimmung zu der offiziellen Parteipolitik durchaus überwog. Es waren nur ganz kleine vornehmlich von Literaten gebildete Kreise, die schon in jenen Tagen in bitteren Worten ihrem Unmut und ihrer Empörung über die Politik der leitenden Parteikörperschaften Luft machten. Dagegen kam in der Sitzung des Parteiausschusses, einer aus Vertretern der Parteiorganisationen des ganzen Reiches zusammengesetzten Körperschaft, und bei den Verhandlungen einer Konferenz von Redakteuren aller sozialdemokratischen Zeitungen des Reiches die Opposition nur ganz schwach zum Ausdruck. Und wie bei diesen beiden Tagungen, die noch in den September 1914

hinein fielen, so war es auch bei der Tagung der preußischen Parteivertreter, der preußischen Landeskommission, im Oktober 1914. Abgesehen von einigen der sozialistischen Landtagsabgeordneten selbst herrschte auch dort nur eine Stimme über die absolute Notwendigkeit der Politik des vierten August und ihrer Fortführung.

Erst mit Ende Oktober setzt in weiteren Parteikreisen allmählich ein Umschwung ein. Die Ereignisse in Frankreich, die der Schlacht an der Marne gefolgt waren, die langwierigen Kämpfe in Nordflandern, die zeitweiligen Rückschläge in Russisch-Polen hatten die Hochstimmung und den Siegesrausch der ersten Kriegswochen verfliegen lassen, sie hatten gezeigt, daß die einfache Uebertragung des Schemas eines ununterbrochenen Siegeslaufs aus den Jahren 1870 und 1871 auf die gigantischen Verhältnisse dieses Weltkrieges denn doch nicht angängig gewesen war. Der Eintritt der Türkei in den Krieg, die unerwartet große Widerstandskraft der Russen und auch der Serben und viele anderen Beobachtungen ließen eine sehr lange Dauer des Krieges immer wahrscheinlicher werden. Alle diese und manche anderen Momente trugen dazu bei, den Boden vorzubereiten, auf dem eine stärkere Opposition weiterer Arbeiterschichten gegen die Haltung der Partei erwachsen konnte, in der Kurzsichtige ja nun eine „Mitschuldige" an dem ganzen Kriegselend erblicken zu dürfen glaubten. Diese Opposition machte sich im Laufe des Herbstes zuerst wohl in einer ganzen Reihe von Sitzungen und Versammlungen in Berlin und seinen Vororten bemerkbar, sie erhob ihr Haupt dann in Gotha, Bremen, Leipzig, einigen Orten am Niederrhein und Hamburg, wo etliche Literaten, ohne allerdings viel Anklang bei den Massen zu finden, das Banner der Opposition entrollten. Der „Vorwärts", das Zentralorgan der Partei, das sich anfänglich recht reserviert gehalten hatte, schwenkte immer erkennbarer in das Lager der Opposition ab. Der kurzen Herbsttagung des preußischen Abgeordnetenhauses gingen innerhalb der kleinen Zehn-Männer-Fraktion sehr harte Kämpfe voraus, bei denen sich zunächst ein Gleichgewicht der Kräfte ergab.

Zum offenen Ausbruch kam der Konflikt zuerst in Würt-

temberg, wo jahrelange außerordentlich schwere innere Parteikämpfe eine besonders starke gegenseitige Verbitterung erzeugt hatten. Der Landesvorstand, der rückhaltlos die Politik der Reichstagsfraktion verfocht, stand hier im unversöhnlichem Gegensatz zu dem führenden Parteiorgan des Landes, der „Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart. Der Konflikt nahm schließlich im November 1914 so schroffe Formen an, daß der Landesvorstand sich zu einer Art Staatsstreich genötigt sah: er entfernte die oppositionellen Redakteure Crispin, Hoernle und Walcher kurzerhand von ihren Posten und besetzte die politische Redaktion mit Anhängern der Mehrheit.

Im Reichstage trat die Opposition zum erstenmal während der Dezembertagung ans Licht. Innerhalb der Fraktion allerdings war die Minderheit seit dem August kaum gewachsen, sie hatte sich nur um drei Mann, von 14 auf 17 Stimmen, vermehrt. Dagegen wagte sie sich jetzt auch im Plenum des Reichstages an die Oeffentlichkeit: einem ausdrücklichem Fraktionsbeschlusse zuwider stimmte Karl Liebknecht am 2. Dezember als einziger Abgeordneter gegen die geforderten neuen Kriegskredite von fünf Milliarden. Zugleich reichte er dem Präsidenten des Reichstages eine schriftliche Motivierung seiner Abstimmung ein, in der er den Krieg als einen imperialistischen Eroberungskrieg in den schärfsten Worten brandmarkte. Herr Kaempf weigerte sich, diese Erklärung in die Akten des Reichstages aufzunehmen; sie wurde dafür von Liebknechts Freunden in großen Massen im Lande verbreitet. Der Fraktionsvorstand und kurz darauf auch die Reichstagsfraktion selbst veröffentlichten einen fast einstimmig gefaßten Tadelsbeschluß gegen Liebknecht. Auch die Parteipresse ließ es in ihrer übergroßen Mehrheit an scharfen Zurückweisungen von Liebknechts Vorgehen nicht fehlen, das allgemein als schwerer und in der Partei bisher ganz unerhörter Disziplinbruch gekennzeichnet wurde.

Der Schauplatz des nächsten Aktes im inneren Parteikrieg war zwei Monate später das preußische Abgeordnetenhaus. In seiner Sitzung vom 9. Februar gab der Fraktionsvorsitzende Abgeordneter Paul Hirsch eine Erklä-

rung ab, die in der Fraktion nur mit einer Stimme Mehrheit zu Stande gekommen war. So unbedingt selbstverständlich alle Fraktionsmitglieder den politischen und wirtschaftlichen Forderungen zustimmten, die in dieser Erklärung aufgestellt worden waren, so war es doch jenen Abgeordneten, die fest auf dem Boden der Politik des vierten August standen, unmöglich gewesen, die Gesamterklärung zu akzeptieren, weil sie sich ihrem ganzen Geist und ihrem Tone nach sehr wesentlich von den Kriegskundgebungen der Reichstagsfraktion unterschied. Ein vom Verfasser dieser Schrift ausgearbeiteter Erklärungsentwurf, der ein rückhaltloses Bekenntnis zu dieser Politik des vierten August zum Ausdruck brachte, hatte nicht die Zustimmung der Fraktion gefunden. Die Gegensätze nahmen allmählich eine solche Schärfe an, daß sie auch auf offener Parlamentstribüne hervortraten, zumal in den Reden, die am 2. März 1915 der Abgeordnete Liebknecht zum Etat des Ministeriums des Innern und Tags darauf, am 3. März, der Schreiber dieser Zeilen zum Etat des Kultusministeriums hielt. Zur Frage der Zensur und des Belagerungszustandes konnte der in Aussicht genommene Redner, der Abgeordnete Ströbel, schließlich überhaupt nicht sprechen, weil die Fraktion sich über die Grundzüge seiner Rede beim besten Willen nicht zu einigen vermochte.

Auch die Märztagung des Reichstages brachte neue innere Parteikämpfe. Diesmal forderte die Regierung nicht fünf sondern zehn Milliarden Mark Kriegskredite. Im Gegensatz zu den beiden früheren Kreditforderungen, die die Form von Nachtragsetats gehabt hatten, war diesmal die verlangte Summe in den Reichsetat selbst hineingearbeitet worden. Die Zustimmung zu diesem Etat aber war durch frühere Parteitagsbeschlüsse der Fraktion streng untersagt. Und zwar war dies Verbot, das in der ganzen Partei bis dahin als selbstverständlich gegolten hatte, im Wesentlichen immer damit begründet worden, daß der Reichsetat im Gegensatz zu den Etats der Bundesstaaten nur geringe Aufwendungen für Kulturausgaben enthalte, daß die in ihm geforderten Summen vielmehr fast ausschließlich von den Aufwendungen für Militärzwecke verschlungen würden. Und nun auf einmal sollte die

Fraktion gerade wegen dieser selben Militärausgaben, die zudem durch den Krieg noch ins Phantastische gesteigert waren, dem Etat zustimmen! Es war durchaus kein Wunder, daß dieser Schritt, der rein äußerlich betrachtet in der Tat einen schroffen Bruch mit der ganzen Vergangenheit der Partei und mit den Beschlüssen ihrer obersten Instanz bedeutete, manchem alten Kämpen sehr sauer werden mußte. Obgleich der wieder zusammengetretene Parteiausschuß vorher die Zustimmung zu diesem Kriegsetat mit gewaltiger Majorität ausdrücklich gebilligt hatte, stieg denn auch die Opposition innerhalb der Fraktion im Vergleich mit der Dezembertagung des Reichstages stark an. Ein Antrag, statt der geforderten 10 Milliarden auch diesmal nur 5 Milliarden Kriegskredite zu bewilligen, vereinigte 34 gegen 64 Stimmen auf sich. Die gesonderte Bewilligung der gesamten 10 Milliarden wurde dann mit 77 gegen 23 Stimmen beschlossen. Gegen die Zustimmung zum Etat selbst aber sprachen sich 30 gegen 69 Stimmen aus. Bei der Abstimmung im Plenum am 20. März stimmte außer Liebknecht auch der Abgeordnete Otto Rühle gegen den Etat, 30 andere Abgeordnete, denen sich später noch ein 31. durch eine besondere Erklärung anschloß, verließen vor der Abstimmung demonstrativ den Sitzungssaal. Liebknechts und Rühles Verhalten wurde von der Fraktion mit 67 gegen 17 Stimmen scharf getadelt.

Auch in den der Abstimmung vorhergehenden Debatten hatte es am 20. März im Reichstage noch einen innerfraktionellen Zusammenstoß gegeben, die Desavouirung einiger Aeußerungen des Abgeordneten Ledebour durch die Fraktion, in deren Namen Scheidemann sprach.

Im Laufe der nächsten Monate gestaltete sich die Lage unseres Vaterlandes noch ernster, da der Hinzutritt Italiens zum Bund der Feinde in immer bedrohlichere Nähe rückte. Die unmittelbar bevorstehende Kriegserklärung Italiens an Oesterreich war denn auch das Zeichen, unter dem die kurze Maitagung des Reichstages stand. Das kam auch in der Rede zum Ausbruch, die damals, am 28. Mai, der Partei- und Fraktionsvorsitzende Ebert hielt. Ein paar

charakteristische Sätze aus dieser Rede mögen auch hier Raum finden. Ebert sagte:

„In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns rückhaltlos zu dem, was wir am vierten August und später hier erklärt haben. Wir stehen zu unserm Volk! Einmütig wird das deutsche Volk seine ganze Kraft einsetzen, um dieser neuen Gefahr Herr zu werden und unser Land zu schützen."

Nachdem der Redner dann in markanten Worten den innerpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie Ausdruck gegeben hatte, erklärte er:

„Entschlossen, unser Vaterland in diesem Sinne zu einem wohnlichen Hause für alle auszubauen, wehren wir jede Gefahr von außen mit allen Kräften ab. Niemals haben wir Sozialdemokraten einen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit unserem Volke für unsere wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung Alles einsetzen werden. Das gilt besonders heute, wo durch den Beitritt der letzten europäischen Großmacht zur Koalition unserer Feinde dieser Krieg ein Riesenkampf für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes geworden ist."

Hatte die durch den Abfall Italiens gesteigerte Gefahr für einen Augenblick die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie in den Hintergrund treten lassen, so erhob sie im Laufe des Juni ihr Haupt umso ungestümer. Um die Mitte dieses Monats herum wurden in ganz Deutschland Unterschriften gesammelt zu einem Offenen Brief an Parteileitung und Reichstagsfraktion. In diesem Offenen Brief, der bald an tausend Unterschriften zählte, forderte man in schärfsten Worten den sofortigen Bruch mit der Politik des vierten August. Diese Politik, so hieß es da, bedeute nicht nur „das Versagen der Partei in einem unvergleichlichen geschichtlichen Augenblick", sondern zugleich auch eine „immer schroffere Abkehr von ihren bisherigen Grundsätzen". Die Partei treibe

heute „eine Hintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel." Die Anerkennung des Burgfriedens sei „das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfs" gewesen. Die Maitagung des Reichstages habe „die Vollendung des Zusammenbruchs" gebracht. Die Politik des Durchhaltens bedeute nichts anderes als das Gutheißen der „hemmungslosen Völkerzerfleischung." Die Reichstagsfraktion habe jeden Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben. Es sei höchste Zeit, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion nun endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen, und auf der ganzen Linie den Klassenkampf wieder eröffnen. Geschehe das nicht, so falle die Verantwortung für alles was sonst komme, denen zu, „die die Partei auf die abschlüssige Bahn getrieben haben und sie ferner darauf erhalten wollen." Die Alternative laute schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung.

Diesem massenhaft im Lande verbreiteten Offenen Briefe folgte unmittelbar das berühmte Pronunciamento der drei Parteiführer Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky mit dem sensationellen Titel: „Das Gebot der Stunde." Wenn auch weniger schroff in der Form so kam doch in der Sache dies Pronunciamento ungefähr auf dasselbe hinaus wie jener Offene Brief. Die Verfasser des Pronunciamentos stützten sich vornehmlich auf gewisse höchst unkluge Redewendungen bekannter politischer Persönlichkeiten und auf die viel beredete Eingabe der sechs großen Wirtschaftsverbände. Der Grundgedanke ihres Manifestes war, daß der Krieg aus einem Verteidigungskrieg nunmehr zu einem Eroberungskriege vom reinsten Wasser geworden sei und daß deshalb die Sozialdemokratie zu ihm jetzt eine grundsätzlich andere Haltung einzunehmen habe als am vierten August.

Diese beiden Kundgebungen erregten die politische und gewerkschaftliche Arbeiterpresse aufs Tiefste. Auch die Parteiorganisationen im ganzen Reiche nahmen zu ihnen Stellung. Am 30. Juni und 1. Juli trat abermals der Parteiausschuß in Berlin zusammen und hieß mit überwältigender Mehrheit

von Neuem die von der Partei seit dem vierten August innegehaltene Politik gut. Er brandmarkte die „offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit", die darauf hinauslaufe, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Haases Unterzeichnung des Gebotes der Stunde stehe „nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei." —

Der August brachte eine hochwichtige gemeinsame Tagung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß. An drei aufeinander folgenden Tagen, vom 14. bis 16. August, beschäftigten sich diese beiden Körperschaften mit der Frage der Kriegsziele. Für die Mehrheit hatte David, für die Minderheit Bernstein Leitsätze ausgearbeitet, die sie ihren einleitenden Referaten zu Grunde legten. Mit sehr großer Mehrheit wurden die Leitsätze Davids unter geringen Aenderungen zum Beschlusse erhoben. Die wichtigsten Thesen daraus mögen hier wiedergegeben sein; es heißt da:

„Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner.

Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird. . . .

Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebeuterecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen."

In einer anderen These wurde die Annektion volksfremder Gebiete verworfen, da durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen schwer geschädigt würden. Ein weiterer Absatz des Davidschen Entwurfs, in dem Garantien dagegen gefordert wurden, daß Belgien auch künftig ein militärisches Vorwerk und politisches Machtinstrument Englands bleibe, wurde, da über diese Fragen in der Fraktion vor-

läufig noch keine Klärung zu erzielen war, vom Referenten vor der Abstimmung zurückgezogen.

Am 20. August bewilligte die Fraktion abermals, nach einer warmherzigen, von starkem nationalen Empfinden durchglühten Rede Davids, die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Es waren wiederum zehn Milliarden. Neunundzwanzig Abgeordnete der Partei hatten diesmal vor der Abstimmung demonstrativ den Sitzungssaal verlassen, Liebknecht blieb als einziger auf seinem Platz sitzen. In den Fraktionsverhandlungen, die der Plenarsitzung des Reichstags vorausgegangen waren, hatten diesmal sechsunddreißig Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt.

Auf die lebhaften Kämpfe in der Tagespresse der Partei, ihren Zeitschriften und ihrer Broschürenliteratur, die alle diese parlamentarischen Aktionen begleiteten, werden wir im nächsten Kapitel im Zusammenhange zurückkommen. Hier sei zunächst die Darstellung der parlamentarischen Vorgänge selbst zu Ende geführt.

Der Dezembertagung des Reichstages, deren erstes Hauptstück, die sozialdemokratische Friedensinterpellation, wir schon im vorigen Kapitel behandelten, ging ein außerordentlich lebhaftes Vorspiel voraus: Der Herausgeber der „Neuen Zeit", des wissenschaftlichen Wochenblattes der Partei, Karl Kautsky, veröffentlichte in dieser Zeitschrift in den Nummern 5 und 6 vom 29. Oktober und 5. November zwei Artikel, in denen er rundheraus zu einer parlamentarischen Sonderaktion der Minderheit aufforderte. Nicht mehr wie bisher solle die Minderheit sich dem Mehrheitsbeschlusse entweder fügen oder doch nur durch Verlassen des Saales gegen ihn stillschweigend protestieren, sie solle jetzt vielmehr durch gesonderte Erklärung und Abstimmung zu einer offenen Auflehnung gegen die Politik der Mehrheit übergehen. Das sei gewiß etwas Außergewöhnliches, aber auch die Situation der Partei sei ganz außerordentlich. Zudem sei unter den gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnissen die Reichstagstribüne der einzige Ort, von dem aus noch frei geredet werden könne. Es würde eine schwere Unterlassungs-

sünde der Minderheit sein, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen.

Dieser Vorschlag Kautskys wurde von der Parteipresse und den Parteiorganisationen je nach ihrer Stellung mit lebhafter Genugtuung oder mit Aeußerungen des stärksten Unwillens aufgenommen. Aus dem Bureau der Parteivorstandes, in dem man sehr wohl erkannte, daß eine solche in der bisherigen Parteigeschichte ganz beispiellose parlamentarische Schilderhebung der Minderheit gegen die Mehrheit die ernstesten Gefahren auch für die Einheit der Partei im Lande nach sich ziehen könne, erging noch in letzter Stunde ein eindringlicher Appell an die Genossen im Reiche, ihre Vertreter von einem derartig verhängnisvollen Schritte abzuhalten. Es war umsonst: am 21. Dezember kam es im Reichstage in der Tat zu dem Schauspiel getrennter Aktionen von Mehrheit und Minderheit. Im Namen der ersten gab wiederum Ebert die vorher von der Fraktion formulierte Erklärung ab. Ihre wichtigsten Sätze heißen:

„Die leitenden Männer der gegen uns Krieg führenden Staaten haben noch bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie jeden Gedanken an Frieden ablehnen, solange nicht die deutsche Wehrmacht zerschmettert und die gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsziele erreicht sind. Gegenüber diesen Tatsachen ist es unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest und geschlossen zu erhalten und die zu dieser Abwehr erforderlichen Mittel bereitzustellen. Sie dienen dem Schutze von Haus und Herd, sie befähigen unsere Brüder und Söhne, die Wacht an der Front auch weiterhin zu halten . . . .

Der Reichskanzler hat in der Sitzung vom 9. Dezember ausgesprochen, daß er jederzeit bereit ist, in die Diskussion über Friedensangebote einzutreten, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen. Er hat die Verantwortung abgelehnt für die Fortsetzung des ent-

setzlichen Elends, das Europa und die Welt erfüllt. Wir wünschen aufs Dringlichste, daß die deutsche Regierung jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen bereitwilligst wahrnimmt. Deutschland ist durch seine Stärke über jede Mißdeutung seiner Friedensbereitschaft erhaben. Indem wir so den unveräußerlichen Geboten der Menschlichkeit dienen, dienen wir zugleich den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes."

Die weder ihrer Form noch ihrem Inhalte nach irgendwie aufregende Gegenerklärung von zwanzig sozialdemokratischen Abgeordneten der Minderheit trug Fritz Geyer, der Abgeordnete für Leipzig-Land, vor. In ihr wurde unter Hinweis auf das verhängnisvolle Treiben der Annektionspolitiker, dem der Reichskanzler indirekt Vorschub leiste, die Kreditablehnung kurz begründet.

Die Fraktion ließ es zwar an einer entschiedenen Verurteilung dieses Sondervorgehens der Zwanzig nicht fehlen, ein aus ihrer Mitte gestellter Antrag jedoch, diese zwanzig Mitglieder künftig als außerhalb der Fraktion stehend zu betrachten, vereinigte nur achtzehn Stimmen auf sich. Die große Mehrheit wollte eine Aktion von so schwerwiegenden Folgen der höchsten Parteiinstanz, dem Parteitage, vorbehalten wissen.

Diesen Vorgängen im Reichstage folgte in der Presse und in den Organisationen des ganzen Landes eine außerordentlich erregte Debatte. Zustimmungserklärungen zu der Sonderaktion der Zwanzig und herbe Tadelnsvoten wechselten mit einander ab. Ihrem vorläufigen Abschluß fand die Erörterung durch die Beschlüsse des Parteiausschusses, der am 7. und 8. Januar 1916 von Neuem in Berlin zusammentrat. Mit etwa Dreiviertel-Mehrheit faßte er den folgenden Beschluß:

„Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keinerlei Geneigtheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutsch-

land und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen.

Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der zwanzig Fraktionsmitglieder, die, entgegen dem Fraktionsbeschluß, die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist aufs schärfste zu verurteilen.

Diese Sonderaktion ist zugleich ein schroffer Bruch mit den besten Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtfraktion unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Interessen der Arbeiterklasse in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis.

Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde" gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteiorganisation auferlegt.

Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts" seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts" die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit verwirkt der „Vorwärts" jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten."

Erwähnt sei schließlich noch, daß infolge der Dezembervorgänge im Reichstage die beiden der Minderheit angehörenden Abgeordneten Haase und Hoch ihre Aemter im Fraktionsvorstande niedergelegt hatten. Der Abgeordnete Ledebour war ihnen darin schon im Januar 1915 vorangegangen.

Die Abgeordneten Liebknecht und Rühle sind inzwischen aus dem sozialdemokratischen Fraktionsverbande des Reichstages ausgeschieden. Sie gehören zur Zeit keiner Fraktion an. Gegen die von Liebknecht entgegen wiederholten Frak-

tionsbeschlüssen in Szene gesetzte Aktion der Ueberschüttung des Reichstages mit sogenannten Kleinen Anfragen über alle möglichen und unmöglichen mit dem Kriege in loserem oder engerem Zusammenhange stehenden Dinge hatte die Fraktion vorher schon mehrfach aber stets vergeblich Verwahrung eingelegt und zugleich jede Mitverantwortlichkeit für diese Aktion weit von sich gewiesen.

Auch die Eröffnung der neuen Session des preußischen Abgeordnetenhauses im Januar 1916 sollte nicht ohne schwere abermalige Zusammenstöße innerhalb der Partei von statten gehen. Die bei der ersten Lesung des Etats abgegebene Fraktionserklärung war erst nach heftigsten Kämpfen innerhalb der kleinen Fraktion und innerhalb der preußischen Landeskommission zu Stande gekommen. Sie unterschied sich ihrem ganzen Geiste nach so sehr von den bei ähnlichen Anlässen abgegebenen Erklärungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß die Landeskommission ausdrücklich und mit gewaltiger Mehrheit beschloß, gegen die Abgabe dieser Erklärung öffentlichen Protest zu erheben. Ebenso lehnten die vier unterlegenen Fraktionsmitglieder, die Abgeordneten Braun, Hué, Leinert und der Verfasser dieser Schrift, in öffentlichen Kundgebungen jede Gemeinschaft mit dieser Erklärung ab. Die Mehrheit der Fraktion ihrerseits, der, im Gegensatz zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Karl Liebknecht nach wie vor angehört, ließ für die Dauer der laufenden Tagung meine Wenigkeit zu keinerlei Mitarbeit im Plenum und in den Kommissionen des Hauses zu.

Im Partei-Vorstande der deutschen Sozialdemokratie stehen drei Vertretern der Opposition neun Anhänger der Mehrheit gegenüber.

* * *

Zur Ergänzung und zum Abschluß dieser dem äußeren Verlauf des sozialistischen Parteikampfes gewidmeten Schilderung muß noch auf die internationale sozialistische Konferenz der Opposition hingewiesen werden, die in den Tagen vom 5. bis 8. September 1915 zu Zimmer-

wald bei Bern in der Schweiz getagt hat. Außer der italienischen war die Partei keines der kriegführenden Länder auf der Konferenz offiziell vertreten. Die deutsche Delegation, hinter der nur verhältnismäßig schwache Gruppen aus einigen Großstädten standen, umfaßte im Gegensatz zu der nur aus zwei Genossen bestehenden französischen Delegation zehn Mitglieder und spaltete sich auch ihrerseits wieder in zwei einander scharf befehdende Fraktionen. Wie denn überhaupt die Minderheit alles andere eher als ein einheitlich-geschlossener Körper ist! Schließlich einigte sich die Zimmerwälder Konferenz auf ein Anti-Kriegsmanifest, das in der Folge in Deutschland sehr stark verbreitet wurde und das im Namen der deutschen Delegationsmehrheit Ledebour und Adolf Hoffmann unterzeichnet hatten. Das Manifest fordert in scharfen Worten zur sofortigen Aufnahme des internationalen Klassenkampfs gegen den Krieg auf.

Die Zimmerwälder Linke, die unter der geistigen Leitung Karl Radeks steht, trat auch an ihrem Teile mit einem Sondermanifest an die Oeffentlichkeit. Ihre Anhänger haben sich in Deutschland auch zu einer Sonderorganisation zusammengetan; sie nennen sich: Internationale Sozialisten Deutschlands. Als das Organ dieser Sondergruppe innerhalb der Opposition wurden in der Presse die Borchardtschen „Lichtstrahlen" genannt, von denen weiter unten noch die Rede sein wird.

7. Der literarische Aufmarsch und die augenblickliche Gruppierung.

Seit dem Frühjahr 1914 hatte der Kampf innerhalb der Sozialdemokratie nicht nur in den Parlamenten, in Versammlungen und in geschlossenen Sitzungen sondern auch in der Presse, in den Zeitschriften und in der Broschürenliteratur immer schärfere Formen angenommen. In einem Anhang zu dieser Schrift werden wir eine möglichst vollständige Uebersicht der bisher vorliegenden sozialistischen Kriegsliteratur zu geben versuchen. An dieser Stelle sei zunächst nur auf drei besonders wichtige Schriften zur Vertretung des Mehrheitsstandpunktes aufmerksam gemacht: wir meinen Eduard Davids im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienenes Buch: „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg", Heinrich Cunows Schriftchen: „Parteizusammenbruch" und die Studie von Dr. Paul Lensch: „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg". Auch diese beiden zuletztgenannten Arbeiten sind im Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgekommen. Daneben gaben die Parteiverlage in Hamburg, Chemnitz, Dresden und einige andere eine Reihe von Broschüren zur Verteidigung der Mehrheitspolitik heraus. Auch ein besonderer Verlag wurde zu diesem Zwecke gegründet: Der Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister in Berlin-Kalshorst). In diesem überaus rührigem Verlage erscheinen außer der sehr reichhaltigen Halbwochenzeitschrift „Internationale Korrespondenz" zwei fortlaufende Serien aktueller und populärer Zehn-Pfennig-Broschüren; die eine heißt: „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse", die andere: „Sozialistische Dokumente des Weltkriegs." Der Herausgeber der zuletzt genannten Serie ist der bekannte langjährige englische Korrespondent der deutschen sozialistischen Presse, M. Beer, an der erstgenannten Broschürenfolge arbeiten Carl

Severing, Hermann Kranold, August Winnig, Hugo Poetzsch, Richard Woldt, M. Beer, Anna Blos, der Schreiber dieser Zeilen und zahlreiche andere Autoren mit. In diesem Verlage der Internationalen Korrespondenz erschien auch ein sehr bemerkenswertes von Wilhelm Janssen herausgegebenes gewerkschaftliches Kriegsbuch: „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis." Hier untersuchen sechzehn hervorragende Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung an der Hand eines überaus reichen Tatsachenmaterials aus ihrer jeweiligen Berufsgruppe, was für die deutsche Arbeiterklasse bei diesem Kriege auf dem Spiele steht. Dieses „Buch der Sechzehn", wie man es genannt hat, gibt Veranlassung auch das berühmte „Buch der Zwanzig" wenigstens zu nennen, ein im Verlage von S. Hirzel in Leipzig erschienenes Sammelwerk, das „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" heißt und zu dessen Herausgabe sich Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und Friedrich Thimme, der Bibliotheksdirektor des preußischen Herrenhauses, vereinigt haben. Je zehn hervorragende deutsche Hochschullehrer und sozialdemokratische Arbeiterführer haben sich da zusammengefunden, um das gestellte Thema von den verschiedensten Seiten her zu beleuchten. Ein Zusammenwirken, das noch vor zwei Jahren völlig undenkbar gewesen wäre!

Erwähnt sei schließlich noch — als bemerkenswerteste Aeußerung der heutigen extremsten Rechten in der Partei — die in Karlsruhe erschienene Schrift des bekannten badischen Revisionistenführers Wilhelm Kolb: „Die Sozialdemokratie am Scheidewege". In ihr fordert der temperamentvolle Autor kurzerhand die „reinliche Scheidung" nicht nur der Geister innerhalb der Sozialdemokratie sondern auch des Parteikörpers selbst.

Als Gegenstück von der äußersten Linken, die naturgemäß in ihren literarischen Kundgebungen zur Zeit weit weniger frei ist als die Mehrheit, nennen wir die in deutscher Sprache in der Schweiz erschienene Schrift des auch in Deutschland allgemein bekannten und geachteten russischen Sozialisten Leo N. Trotzky „Der Krieg und die Internationale". Diese

Schrift stellt eine zweifellos aus echter Ueberzeugung geborene und mit flammender Leidenschaft vorgetragene Anklagerede an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie dar.

Soeben, bei Abschluß dieser Arbeit, kommt noch eine zweite programatische Schrift der Minderheit heraus: „Die Krise der Sozialdemokratie". Ihr Autor, der sich Junius nennt, geht davon aus, daß der vierte August den vollendeten Bankerott der bisherigen Politik der Sozialdemokratie bedeute. Es ist ihm unzweifelhaft, daß dieser Krieg ein wohlüberlegter und wohlvorbereiteter Eroberungskrieg des deutsch-österreichischen Imperialismus ist. Indem die Sozialdemokratie diesen Krieg unterstütze, habe sie ihren eigenen tausendfach beschworenen programmatischen Verheißungen schamlos ins Gesicht gespieen. Nur ein Mittel noch gebe es: sofortige Wiederaufnahme des rücksichtslosesten internationalen Klassenkampfes. Die Schrift gipfelt in der Formulierung eines besonderen sozialistischen Aktionsprogramms.

Daß die Sozialdemokraten der anderen kriegführenden Länder garnicht an die Wiederaufnahme des rücksichtslosesten Klassenkampfes jetzt mitten im Kriege denken, das ficht unseren Autor nicht weiter an. Und glaubt er daran — nun, so glaubt er eben an eine Fiktion. Wie sich denn überhaupt seine ganze Schrift auf einer einzigen großen Fiktion aufbaut — auf jener alten Fiktion von der gewaltigen, unmittelbar in revolutionäre Taten unaussetzbaren Macht der Arbeiterklasse; eine Fiktion, die, sollten wir meinen, seit dem August 1914 doch allseitig eben als — Fiktion erkannt sein müßte. In einem historischen Faktum sieht Junius eine wieder gut zu machende historische Schuld. Im Uebrigen ist die mit großer dialektischer Schärfe und leidenschaftlichem Ernste niedergeschriebene Arbeit sehr lesenswert. Sie bietet die beste bisher vorliegende Begründung des Minderheitsstandpunktes.

Diese knappen Hinweise auf die sozialistische Kriegsliteratur, die an dieser Stelle genügen müssen, leiten über zu einem Hinweise auf die Gruppierung der sozialistischen Zeitschriften und Tageszeitungen in diesen Kämpfen. Die Sache der Mehrheit wird literarisch in erster Linie von den

wie stets musterhaft redigierten „Sozialistischen Monatsheften" unter der Führung Joseph Blochs und der ständigen Mitarbeiterschaft von Wolfgang Heine, Wilhelm Kolb, Max Schippel, Paul Kampfmeyer u. a., und dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" unter der Leitung von Paul Umbreit und Wilhelm Janssson verfochten. Zu diesen beiden Zeitschriften hat sich seit dem letzten Spätsommer noch die in München erscheinende Halbmonatsschrift „Die Glocke" gesellt, die demnächst Wochenschrift werden, später auch nach Berlin übersiedeln soll. Ihr Herausgeber ist der bekannte sozialistische Publizist Dr. A. Helphand (Parvus), ihr Redakteur der Verfasser dieser Schrift. In der „Glocke" kommen neben vielen anderen Autoren besonders Paul Lensch, Wilhelm Janssson und August Winnig zum Wort, von denen der erste die Politik der Parteimehrheit vom großen historischen Standpunkte aus vertritt, während die beiden anderen das gleiche vornehmlich vom Standpunkte der gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen aus tun. Das Programm der neuen Zeitschrift besteht im Wesentlichen in dem Bestreben, alle wirklich lebendigen Kräfte sowohl der früheren Linken wie der früheren Rechten in der Partei auf dem durch den 4. August geschaffenen Boden zu positiver sozialistischer und demokratischer Reformarbeit zusammenzufassen.

Eine äußerst wertvolle Ergänzung aller dieser Zeitschriften stellt die schon kurz erwähnte „Internationale Korrespondenz" (kurz J. K. genannt) dar. Sie bringt ein reiches Tatsachenmaterial über die Verhältnisse und Stimmungen des sozialistischen Auslandes und will die deutschen Sozialisten die Dinge jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzen endlich einmal so sehen lehren wie sie wirklich sind.

Die Minderheit wird publizistisch in erster Linie von der „Neuen Zeit" vertreten, in welcher deren Redakteure Karl Kautsky und Gustav Eckstein mit großem Eifer und rücksichtsloser Konsequenz die These verfechten, daß die Politik des vierten August einen schroffen Bruch mit allen Traditionen der Sozialdemokratie bedeute und für die Arbeiterklasse die verhängnisschwersten Folgen nach sich ziehen werde. Möge sie auch

den nächstliegenden Interessen insbesondere der deutschen Arbeiterklasse dienen, so schädige sie doch umso mehr die dauernden Interessen des Gesamtproletariats. Der Schaden überwiege also den Nutzen ganz ungeheuer. Vor Allem hat es sich die „Neue Zeit" zur Aufgabe gestellt, die sozialistische Internationale auch im Kriege und über den Krieg hinaus lebensfähig zu erhalten oder doch sie wieder lebensfähig zu machen. In der gleichen Richtung wie die „Neue Zeit" ist die reichhaltige Monatsschrift der österreichischen Sozialisten, „Der Kampf" in Wien tätig. In ihr wirken in teilweise sehr lesenswerten Aufsätzen die klugen sogenannten „Austro-Marxisten" Rudolf Hilferding, Max und Friedrich Adler, Strasser und andere. Noch einen guten Schritt weiter links stand die im Frühjahr 1915 gegründete Zeitschrift: „Die Internationale", zu deren Herausgabe sich der jetzt siebenzigjährige aber immer noch jünglinghaft streitbare Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und einige begabte Schüler dieser hervorragenden Marxisten zusammengefunden hatten. Leider ist von dieser literarisch sehr bedeutenden Zeitschrift nur das erste Heft erschienen. Dann setzte die Zensur den Schlußpunkt. In außerordentlich scharfer, in der Form aber glänzender Polemik hatte jenes erste Heft der „Internationale" den Kampf gegen die von ihr so genannte „Instanzenpolitik" und deren Wortführer eröffnet und auch wer wie der Schreiber dieser Zeilen und so mancher andere in diesem Heft mit kräftigen Hieben bedacht worden war freute sich auf den Fortgang der schneidigen Fehde. Das zweite Heft wird, wie die Herausgeber ankündigen, erst am Tage nach dem Friedensschlusse erscheinen. . . . .

Als eine Art Ersatz für die „Internationale" geben seit dem Januar 1916 der bekannte kluge, leider aber reichlich weltfremde Sozialist Anton Pannekoek aus Holland (bis zum Kriegsausbruch war er in Deutschland tätig) und seine sehr gescheite Landsmännin Henriette Roland-Holst die Monatsrevue „Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau", heraus, die zu Bern in deutscher Sprache erscheint. Wenn auch in allerlei Nuancen von der „Internationale" scharf unterschieden, so tummeln

doch auch die Herausgeber und Mitarbeiter des „Vorboten" ihr polemisches Schlachtroß mit Geschick und Feuer. Am Besten kennzeichnet man den „Vorboten" wohl, wenn man ihn als das Organ der Linken der Zimmerwälder Konferenz auffaßt, von der im vorigen Kapitel schon kurz die Rede war.

Schließlich müssen noch die von dem neuerdings in Schutzhaft genommenen früheren preußischen Landtagsabgeordneten Julian Borchardt in Berlin herausgebebenen „Lichtstrahlen" genannt werden, eine ganz „radikale" kleine Monatsschrift, deren Artikel sich allerdings mehr durch allzuweit getriebene (sagen wir:) Gemeinverständlichkeit als durch wissenschaftliche Tiefe auszeichnen. Lesenswert sind in den „Lichtstrahlen" fast nur die Beiträge des kenntnisreichen, klugen und sehr scharfsinnigen aber maßlos fanatischen polnischen Sozialisten Karl Radek.

Daneben geben beide Richtungen noch Leitartikelkorrespondenzen, Informationsmaterial und Aehnliches heraus.

Was die sozialistischen Tageszeitungen betrifft, so wird die Sache der Mehrheit am konsequentesten, zähesten und schneidigsten vom „Hamburger Echo" und von der „Chemnitzer Volksstimme" verfochten. Neben ihnen sind als führende Blätter der „Volksfreund" in Karlsruhe, die „Volksstimme" in Mannheim, die „Volkswacht" in Bielefeld, die „Volkswacht" in Breslau, die „Schwäbische Tagwacht" in Stuttgart, die „Schleswig Holsteinische Volkszeitung" in Kiel, die „Arbeiterzeitung" in Dortmund und das „Volksblatt" in Bochum zu nennen. Von anderen größeren Blättern kämpfen, wenn auch weniger polemisch zugespitzt, so doch der Sache nach die „Münchener Post", die „Volksstimme" in Magdeburg, die „Rheinische Zeitung" in Cöln und die „Volksstimme" in Frankfurt a/M. in derselben Schlachtreihe.

Auf der Seite der Minderheit fechten im Vordertreffen außer der von Grimm und Radek (Parabellum) geleiteten, „Berner Tagwacht", Ströbels „Vorwärts", das nominelle Zentralorgan der Partei, die „Leipziger Volkszeitung" unter Hans Block, die „Bremer Bürgerzeitung" unter Leitung des links-

radikalen Reichstagsabgeordneten Alfred Henke, der „Braunschweiger Volksfreund", dessen Redaktion ein anderer Wortführer der äußersten Linken, A. Thalheimer, innehat, die Duisburger Volkszeitung" und die sozialistischen Blätter von Elberfeld und Solingen (leitender Redakteur der Reichstagsabgeordnete Dittmann!). Weniger pointiert vertreten die Blätter von Erfurt, Essen und Halle, ganz im Gegensatz zu ihrer Haltung beim Ausbruch des Krieges, denselben Standpunkt. Eine vermittelnde Haltung sucht durch ihre sehr ruhige Tonart, wenn auch mit deutlicher Hinneigung zur Minderheit, die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg, das Organ des klugen Marxisten Dr. Adolf Braun, einzunehmen.

Was nun die Haltung der Parteiorganisationen selbst betrifft, so ist ein völlig klares Bild in diesem Augenblick unter den einschnürenden Verhältnissen des Belagerungszustandes natürlich nicht zu gewinnen, zumal ein sehr großer, vielfach der größte Teil der organisierten Parteimitglieder zur Fahne einberufen ist. Und gar Manches wird sich da noch ändern. Im Allgemeinen aber wird man sagen dürfen, daß in Groß-Berlin, am Niederrhein und in großen Teilen Thüringens und Sachsens die Opposition zur Zeit wenigstens über eine starke Mehrheit in den Parteimitgliedschaften verfügt. Gut ausgebaute Positionen besitzt sie auch in Bremen, einzelnen Teilen Württembergs und vielleicht auch noch Nordbayerns. Im ganzen übrigen Reich aber steht die Mehrheit auch heute noch unerschüttert. Ihre Hochburgen sind Hannover, das östliche Westfalen mit dem Vorort Bielefeld, das westliche Westfalen mit Dortmund und Bochum, ferner Hamburg und nahezu das ganze Süddeutschland.

Fast durchweg ist zu beobachten, daß die Haltung der Parteimitgliedschaften korrespondiert mit der Haltung der Parteiblätter der in Frage kommenden Bezirke. Besonders drastisch zeigt sich das im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet mit seinen gewaltigen Arbeitermassen: während in den Wahlkreisen Hamm-Soest, Dortmund-Hörde und Bochum-Gelsenkirchen entsprechend der Haltung der örtlichen Parteiorgane die Partei-

mitglieder fast ausschließlich auf dem Boden der Mehrheit stehen, ist es in den benachbarten beiden Wahlkreisen Essen und Duisburg-Mühlheim mit ihren radikalen Parteiorganen genau umgekehrt. Und dabei weisen alle die genannten fünf Wahlkreise in ihrer ganzen sozialen und politischen Struktur (abgesehen von einem kleinen Teile des Wahlkreises Hamm-Soest) die denkbar größte Uebereinstimmung auf! Diese Beobachtung ist ein neuer Beweis für die ungeheure Macht, die in unseren Tagen die Presse über die Gemüter der Menschen ausübt . . . .

Weit weniger als die Haltung der örtlichen Parteiblätter hat die Haltung ihrer eigenen Reichstagsabgeordneten Einfluß auf die Stellungnahme der Parteiorganisationen. Hüben wie drüben gibt es eine ganze Reihe von Abgeordneten, die nicht auf die Gefolgschaft ihrer Wahlkreise zählen können. Von Wahlkreisen, die auf dem Boden der Minderheit stehen, während ihre Abgeordneten zur Mehrheit halten, nennen wir Düsseldorf, Hagen-Schwelm, Solingen, Braunschweig, Berlin II, Berlin III, und Berlin V, die durch die Abgeordneten Haberland, König, Scheidemann, Blos, Richard Fischer, Pfannkuch und Robert Schmidt vertreten sind. Dasselbe gilt von dem Verhältnis der in Groß-Berlin gewählten preußischen Landtagsabgeordneten Hué, Braun und Haenisch zu ihren Wahlkreisen. Auf der anderen Seite stehen den zur Minderheit haltenden Abgeordneten Eduard Bernstein, Herzfeld, Erdmann und Hofrichter ihre auf dem Boden der Mehrheit stehenden Wahlkreise Breslau-West, Rostock, Dortmund und Köln gegenüber. Unsicher und unübersichtlich scheinen die Mehrheitsverhältnisse vorläufig noch zu liegen in Elberfeld-Barmen und Erfurt, deren Abgeordnete Fritz Ebert und Heinrich Schulz zu den Führern der Mehrheit gehören und in Bremen, dessen Abgeordneter Henke bei der Minderheit tonangebend ist. Hier in Bremen hat die sehr starke örtliche Minderheit, die auf dem Boden der Parteimehrheit steht, sich seit Anfang dieses Jahres entschlossen, ein Gegenorgan gegen die radikale „Bürgerzeitung" herauszugeben, das unter dem Titel: „Bremer Korrespondenz" wöchentlich einmal erscheint. Das böse Beispiel

hierzu war übrigens von der andern Seite gegeben worden: in Stuttgart läßt seit Jahr und Tag schon unter Crispins und Westmeyers Führung die Opposition ein Wochenblatt „Der Sozialdemokrat" gegen die seit dem November 1914 fraktionstreu geleitete „Schwäbische Tagwacht" erscheinen. Das kampfdurchwühlte Württemberg ist auch der Boden, auf dem zuerst eine formelle Spaltung der Parlamentsfraktion eingetreten ist, die eine gleichartige Spaltung in der sozialistischen Stuttgarter Rathausfraktion nach sich gezogen hat. Die ausgeschiedenen Dissidenten firmieren als „sozialistische Vereinigung."

Neuerdings ist die Opposition leider mit besonderem Eifer in die Kreise der noch wenig urteilsfähigen aber desto leichter entflammten proletarischen Jugend hineingetragen worden. Dieser unheilvollen Aufgabe widmen sich vornehmlich zwei eigens zu diesem Zwecke gegründete Zeitschriften, das „Morgenrot" in Stuttgart und die in Zürich herausgegebene „Jugend-Internationale."

Außer den Jugendlichen sind es besonders die Frauen, die zu dem Heere der Opposition ein beträchtliches Kontingent stellen. Kein Wunder! Sind sie es doch, die durch den Verlust ihrer Nächsten zu allermeist unter dem Kriege zu leiden haben! Wozu dann das Vorherrschen des Gefühls und der Stimmung bei ihnen das Uebrige tut. Das politische Organ der sozialistischen Frauen, die „Gleichheit", ficht denn auch entschieden auf dem äußersten linken Flügel. Erst in jüngster Zeit ist ihr in der gewerkschaftlichen „Arbeiterinnenzeitung" ein Gegengewicht erstanden.

Von einer Scheidung der Mehrheit und Minderheit nach Berufsgruppen wird man im Großen und Ganzen nicht reden dürfen. Höchstens könnte man sagen, daß die infolge der Kriegskonjunktur sehr gut beschäftigten Bergleute und Metallarbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit die Haltung der Reichstagsfraktion unterstützen, während umgekehrt die Textilarbeiter, die besonders in Sachsen schwer unter der durch Rohstoffmangel, Exportunterbindung, Herstellungsverboten, Beschlagnahmen und dergl. hervorgerufenen

wirtschaftlichen Krisis zu leiden haben, stark zur Opposition hinneigen. Auch ihre parlamentarischen Vertreter, die Reichstagsabgeordneten Jäckel und Krätzig, sind neuerdings zur Minderheit abgeschwenkt.

Was die Haltung weniger der organisierten Parteigenossen als die der *Massen der sozialdemokratischen Wähler* betrifft, so ist über sie naturgemäß noch sehr viel schwerer ein einwandfreies Urteil zu gewinnen. Einen Fingerzeig gibt höchstens die Tatsache, daß diejenigen *sozialistischen Tageszeitungen*, die von Anfang an eine auch später konsequent durchgeführte nationale Haltung eingenommen haben, unter den Wirkungen des Krieges in ihrer Abonnentenziffer im Allgemeinen weniger gelitten haben als die anderen. Als solche gut abschneidenden Blätter, die zum Teil sogar erfreuliche Abonnentengewinne zu verzeichnen haben, zum Teil relativ nur geringe Verluste, nennen wir die Blätter von Breslau, Chemnitz, Hamburg, Magdeburg, Dortmund und Bochum. Einen *sicheren* Maßstab für die Massenstimmung geben diese Beobachtungen aber, wie gesagt, nicht.

* * *

Unvollständig wäre das von uns in diesem und dem vorhergehenden Kapitel entworfene Bild von den inneren Parteikämpfen, die zur Zeit den Körper der deutschen Sozialdemokratie durchwühlen, wenn wir nicht ganz kurz wenigstens auch *die anonyme und pseudonyme Flugblattliteratur* erwähnen wollten, die von den Anhängern der Opposition in großen Massen gegen die Parteimehrheit verbreitet wird. Da haben wir die in der Form einer fortlaufenden Kontroverse zwischen links und rechts gehaltene Flugblattsammlung: „Was sagt die Mehrheit?" „Was sagt die Minderheit?", da haben wir die Folge der Spartakusbriefe, die vom Standpunkt der alleräußersten Linken aus (Liebknecht, Rühle) nicht nur die Parteimehrheit, sondern kaum weniger schroff auch die „schwankenden Gestalten" der Parteiminderheit (von der Richtung Ledebour, Geyer u. s. w.) angreift, da haben wir die Borchardtbriefe, die sich nicht minder schroff die allzu

weichmütigen Opponenten wie Haase, Kautsky und Bernstein vornehmen. Da ist weiter das Flugblatt: „Friede auf Erden," ferner ein „An die Frauen des arbeitenden Volkes" gerichtetes Flugblatt, eine Flugschrift: „Krieg und Proletariat," eine weitere, die den Titel trägt: „Unter dem Belagerungszustand" und verschiedene andere, die sich ganz allgemein: „An die Parteigenossen" wenden. Das berühmte Zimmerwalder Manifest wird unter der Aufschrift „Proletarier Europas!" in großen Massen als Flugblatt verbreitet. Eine besondere Gruppe dieser Oppositionsflugblätter bilden diejenigen, die sich mit den Ursachen des Krieges befassen („Wer hat die Schuld am Kriege?" „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" u.a.) Eine weitere Gruppe beschäftigt sich mit den Kriegszielen („Gegen den Annexionswahnsinn!") Wieder ein anderes Flugblatt stellt die Forderung auf: „Ein Ende dem Winterfeldzuge!" (verbreitet im Januar 1916).

Ganz neuerdings beginnt eine größere oppositionelle Flugblattfolge unter dem Titel „Lose Blätter" zu erscheinen.

Die Form der Flugschriften geht vom kleinen Handzettel über das vier-, acht- und sechzehnseitige Flugblatt hinweg bis zu stattlichen Brochüren, von denen die umfangreichste: „Klassenkampf gegen den Krieg!" betitelt ist. Dutzende sind durch den Rotari-Apparat oder auf ähnliche Weise vervielfältigt, eine mindestens ebensogroße Zahl aber ist gedruckt. Das Verbreitungsgebiet dieser Literatur dürfte im wesentlichen zusammenfallen mit dem vorhin geographisch flüchtig umrissenen Herrschaftsgebiet der Parteiopposition.

Es gibt unter diesen Flugschriften einige, die im Ton zwar leidenschaftlich, aber trotzdem anständig und sachlich gehalten sind, die weniger verhetzen als überzeugen wollen. Das gilt z. B. von einem in den letzten Wochen in Berlin und im Reiche draußen vielfach verbreiteten Flugblatt, das die Ueberschrift trägt: „Parteigenossen" und das die Organisationen im Lande auffordert, das Vorgehen der zwanzig Dissidenten im Reichstage kräftig zu unterstützen. Dies Flugblatt beginnt mit den Worten: „Es häufen sich die Anzeichen, daß die internationale Arbeiterbewegung, nach einem schweren Zusammen-

bruch, wieder ihren historischen Pflichten gerecht wird." Die Schlußsätze des Flugblattes lauten:

„Und nun frisch ans Werk, Parteigenossen! Nutzt in euren Organisationen die Abstimmung der Minderheit aus, um den proletarischen Klassenkampf zur alten Höhe und einstigen Schärfe zu erheben. Denn vor dem Richterstuhl der Geschichte seid am letzten Ende *ihr* verantwortlich und nicht eure Vertreter."

Andere Flugblätter dagegen leisten an Gehässigkeit des Tons und Inhalts das Menschenmögliche. So heißt es am Schlusse einer dieser gegen einige namhaft gemachte Mehrheitsführer gerichteten Schmähschriften:

„*Ist denn kein Arbeiter in Deutschland, der diesen Lumpen ins Gesicht speit, hat man keine Hundepeitsche, um solche Verräter zu allen Teufeln zu jagen?* Sind die Proletarier so aller Selbstachtung und Würde bar, daß sie sich solche *Judasleistungen* von ihren Führern auch nur einen Tag, nur eine Stunde noch gefallen lassen?"

Wieder andere Flugblätter ergehen sich in mehr oder minder geschmacklosen Reimereien gegen die Mehrheit. Besonders stark verbreitet wurde eine übrigens keineswegs ungeschickt gemachte Parodie auf den Sozialistenmarsch.

Den Gipfel der Gehässigkeit erreicht wohl das illustrierte Flugblatt „Bilder ohne Worte." Oben sieht man da zwei düstere Gefängniszellen abgebildet. In der einen schmachtet Rosa Luxemburg, in der anderen Klara Zetkin bei Wasser und Brot. Der untere Teil des Flugblattes aber stellt eine Momentaufnahme aus der bekannten Reise der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten David, Ebert, Scheidemann und Schöpflin an die Westfront dar. Man sieht sie dort im Gespräch mit einigen (entsetzlich!) Offizieren und im Hintergrunde steht (man denke!) ein — Automobil. Das Ganze ist sehr dumm, aber in der denkbar gehässigsten Weise aufgemacht.

Es ist gewiß nicht erfreulich, auch diese wenig angenehmen sozialdemokratischen „Familienangelegenheiten" hier vor

einem größeren Kreise zu behandeln. Aber einmal sind die weitaus meisten der hier zuletzt berührten Einzelheiten doch schon in der einen oder in der anderen Form durch die Tagespresse bekannt geworden, zweitens aber ist diese ganze Auseinandersetzung, wie wir schon in dem einleitenden Kapitel darlegten, im Grunde eben durchaus keine reine Familienangelegenheit der Sozialdemokratie, sondern eine Angelegenheit, an deren Verlaufe und an deren Ausgang das ganze deutsche Volk im höchsten Maße interessiert ist.

II. Teil.

Das innere Erlebnis.

8. Keine Mißverständnisse!

Zwei große Irrtümer vor Allem sind es, vor denen sich der Außenstehende zu hüten hat, der über die gegenwärtigen Vorgänge in der Sozialdemokratie zu einem klaren Urteil kommen will. Zum Ersten verzichte er von vornherein darauf, die Anhänger der oppositionellen Richtung in Bausch und Bogen als „Vaterlandsfeinde", „Vaterlandsverräter" und dergleichen zu brandmarken! Die Sozialdemokratie als Ganzes hat zu lange und hat zu schwer unter derartigen unwahren und ungerechten Vorwürfen zu leiden gehabt, als daß sie es heute unwidersprochen zulassen dürfte, eine immerhin nicht unbeträchtliche Gruppe aus ihrer Mitte dem gleichen Vorwurfe ausgesetzt zu sehen. Es gibt unter den Wortführern der Minderheit mehr als einen, der zur deutschen Geschichte und Literatur, zur ganzen Kultur unseres Volkes ein starkes inneres Verhältns hait. Wir nennen nur Franz Mehring; in seiner Weise gehört auch Georg Ledebour hierher, dessen im vorigen Jahr im Reichstage ausgesprochenes Bekenntnis, er fühle sich als guter Deutscher, sicher durchaus ehrlich gemeint war. Wir werden weiter unten sehen, daß es nur eine verschwindend kleine Zahl unter den Wortführern der Minderheit ist, die den Gedanken der Vaterlandsverteidigung grundsätzlich ablehnt. Wenn das politische Verhalten auch der übrigen Führer der Opposition die Interessen unseres Landes in diesem Kriege schwer schädigt (und daß es dies tut, ist auch unsere Ueberzeugung), so handelt es sich hier nur um eine objektive Wirkung, nicht aber um eine subjektive Absicht. — Auch sonst lasse man Bemakelungen der oppositionellen Führer und sittliche Werturteile über ihren Charakter aus dem Spiele. Es handelt sich um Gegensätze der ökonomischen Erkenntnis und des politischen Urteils, es handelt sich um verschieden starke Aufnahmefähigkeit für neue Eindrücke und Erlebnisse,

es handelt sich auch — und gewiß nicht zuletzt! — um Unterschiede im Fühlen und Empfinden, aber nicht, oder doch so gut wie nicht, um Unterschiede des Charakters! Einzelne der oppositionellen Wortführer mögen immerhin wenig erfreuliche Eigenschaften offenbart haben; dafür aber zeichnen sich andere — bei aller Querköpfigkeit — durch einen hohen Grad von ehrlicher Konsequenz und von achtenswertem Mut aus. Nicht zum Wenigsten gilt das von Karl Liebknecht.

Im Uebrigen sind alle die Probleme, um die es sich hier handelt, zu ernst und zu wichtig, als daß man an sie mit kleinlichen Verdächtigungen Andersdenkender herantreten sollte. Nie wieder darf es geschehen, und heute darf es am Allerwenigsten geschehen, daß man in Deutschland von „vaterlandslosen Gesellen" redet. Solche Art der Polemik, die sich ja keineswegs immer nur gegen die Sozialdemokratie richtete, hat in der Vergangenheit unser ganzes politisches Leben derart vergiftet und hat so vielen tüchtigen Frauen und Männern jede Beteiligung an der politischen Arbeit überhaupt verekelt, daß wir in Deutschland davon, scheint uns, ein für alle Male genug haben sollten!

Zum Zweiten: man suche sich von allen altgewohnten Vorstellungen, die den Gegensatz zwischen sogenannten Radikalen und sogenannten Revisionisten betreffen, ganz frei zu machen. Gewiß spielen diese alten Gegensätze auch in die heutigen Parteikämpfe hinein. In welcher Weise, das werden wir später zeigen. Aber sie sind nicht das, was in ihnen heute den Ausschlag gibt. Das ergibt sich schon rein äußerlich bei einer noch so flüchtigen Musterung der in beiden Lagern führenden Persönlichkeiten: in der Minderheit fechten die beiden grimmigsten Gegner von ehemals Karl Kautsky und Eduard Bernstein Schulter an Schulter, Edmund Fischer, früher der Rechteste unter den Rechten, kämpft in derselben Schlachtlinie mit Franz Mehring, seinem alten Todfeinde von anno Dresden her, Dr. August Erdmann steht heute an der Seite seines früheren Antipoden Dr. Heinrich Lauffenberg. Und umgekehrt ists nicht anders: Hermann Wen-

del, der radikale Stürmer, Arm in Arm mit dem Gewerkschaftspraktiker August Winnig, der alte Revolutionär Parvus in engster Kampfgemeinschaft mit Heinrich Peus, dem Reformisten vom reinsten Wasser, der strenge Marxist Cunow in treuer Waffenbrüderschaft mit dem alten Wortführer der Revisionisten Eduard David, der hochbegabte deutsch-österreichische Marxist Karl Renner Hand in Hand mit dem Bergarbeiterführer Hué, Paul Lensch, der einstige Leiter der linksradikalen „Leipziger Volkszeitung", neben Südekum, dem Spezialisten für Gemeindepolitik, Max Grunwald, früher der „kleine Kautsky" oder auch „die männliche Ausgabe von Rosa Luxemburg" genannt, neben Wolfgang Heine, Heinrich Schulz, ehemaliger Leiter der stets auf dem äußersten linken Flügel der Partei fechtenden „Bremer Bürgerzeitung" neben Legien, dem bedachtsamen Führer der Gewerkschaften, Max Cohen, den erst vor wenigen Jahren der Wahlkreis Reuß ältere Linie in einer Nachwahl zur Verstärkung des ganz zielbewußten Radikalismus und zu besonders energischer Bekämpfung des Militarismus in den Reichstag sandte, neben Gustav Noske, den seine Gegner in der Partei wegen seiner allzu patriotischen Reden nicht genug schmähen können! Und so fort! — Mit den Zeitungen ist's kaum anders. Oder wer hätte noch vor zwei Jahren an die Möglichkeit geglaubt, Blätter wie das „Hamburger Echo" und die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" in Kiel, die stets im Lager des alten Radikalismus gestanden hatten, nun plötzlich auf dem Flügel der Partei kämpfen zu sehen, den seine Gegner gern den äußersten rechten nennen? Also: alle diese alten Maßstäbe lasse man ruhig zu Hause! Sie helfen uns heute kaum einen Schritt weiter! Und wenn auch — wir werden es gleich sehen — die heute hüben und drüben Zusammenstehenden keineswegs zwei kompakte Massen mit einheitlichen Anschauungen und Zielen bilden, so hat doch gewiß schon die eben gegebene flüchtige Gegenüberstellung dem Leser gezeigt, daß mit den alten Einteilungen heute nichts mehr anzufangen ist. Der unbefangene Beschauer gewinnt viel eher den Eindruck: rechter Hand, linker Hand — Alles vertauscht! . . .

Wie ist diese ungeheure Wirrnis innerhalb der Sozialdemokratie, diese Umwertung aller Werte zu erklären? Nun, eben dadurch, daß wir es in diesem Kriege mit einem *Elementarereignis von ungeheurer Stärke* zu tun haben, gegen das, in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung, historische Geschehnisse wie der dreißigjährige Krieg und die französische Revolution klein erscheinen, mit einem Elementarereignis, das alle Voraussagen, die früher darüber gemacht worden waren, mit einem einzigen gewaltigen Ruck über den Haufen geworfen, das alle Theorien, die man aus diesen Voraussagen abgeleitet, wie Kartenhäuser umgeblasen hat.

Wir werden später zeigen, welche Vorstellungen man sich in der deutschen Sozialdemokratie in der dem Kriegsausbruch vorhergehenden Zeit von dem kommenden Weltkrieg gemacht hatte, und wie grausam dann die Wirklichkeit mit diesen Vorstellungen umgesprungen ist. Bevor wir das aber tun, müssen wir für kurze Zeit *das Kriegsthema im engeren Sinne fallen lassen* und — um festen Boden unter die Füße zu bekommen — uns erst einmal in aller Kürze vergegenwärtigen, wie sich der deutsche Sozialismus im Laufe seiner Entwicklung *zum Staatsgedanken im Allgemeinen und zum deutschen Staatsgedanken im Besonderen* gestellt hat.

Es ist unvermeidlich aber lohnend, dabei etwas weiter auszuholen.

9. Der nationale Gedanke in der deutschen Sozialdemokratie.

Unter den großen Denkern und politischen Bahnbrechern des neunzehnten Jahrhunderts hat der Staatsgedanke — nehmen wir ihn zunächst einmal absolut — keinen beredteren Anwalt, keinen feurigeren Propheten gefunden als Ferdinand Lassalle, der „gewappnet mit der ganzen Bildung seines Jahrhunderts", die deutsche Arbeiterklasse zum selbständigen politischen Leben erweckte. In allen Reden und Schriften Lassalles wird gegenüber den damals vorherrschenden individualistischen Anschauungen des Manchester-Liberalismus der Staatsgedanke mit all dem Pathos, mit all dem hinreißenden Schwung verfochten, der Lassalle zu Gebote stand. Als Aufgabe des Staates stellt Lassalle es hin, den Einzelnen in den Stand zu setzen, „eine solche Stufe des Daseins" zu erreichen, wie er, eben als Einzelner, sie niemals erreichen könne, ihn zu befähigen, eine derartige „Summe von Bildung, Macht und Freiheit" zu gewinnen, wie sie der Einzelne auf sich allein gestellt nimmermehr zu erlangen vermöge. Auch sonst steigert sich Lassalles Schilderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufgaben des Staates an mehr als einer Stelle zu einer Apotheose des Staatsgedankens selbst. Und wie Lassalle den Staatsgedanken an sich verherrlicht, so verherrlicht er auch den deutschen Staatsgedanken im Besonderen. Dafür ließen sich aus seinen Werken unzählige Belege herbeibringen und es hätte nicht erst des Zeugnisses bedurft, das Bismarck in den siebenziger Jahren im Reichstage einmal dem starken nationalen Empfinden Lassalles ausgestellt hat, um dies Empfinden über allen Zweifel zu erheben. So falsch die oft gebrauchte Gegenüberstellung des „internationalen" Karl Marx und des „nationalen" Ferdinand Lassalle" in ihrer vulgären Aufmachung auch immer

sein mag (und daß sie in dieser Aufmachung unrichtig ist hat die Mehringsche Ausgabe von Lassalles Briefen an Marx schlagend bewiesen): ein Körnchen Wahrheit steckt schon darin. Lassalle stand eben, da er mitten in Deutschland lebte und mitten im Strome der deutschen Bewegung selbst schwamm, die gegen Ende der fünfziger Jahre neu einsetzte, allen diesen Dingen auch seelisch ganz anders gegenüber als Marx, der von der hohen Warte seines Londoner Exils aus die weite Welt, ihre Wirtschaft und ihre Politik mit Alles umfassendem Blicke umspannte und eben dadurch daran gehindert wurde, der besonderen deutschen Entwicklung — mochte sie ihm auch noch so sehr am Herzen liegen — innerlich so nahe zu bleiben wie sein großer Freund und Schüler Lassalle.

Wäre diese Schrift, was sie nicht ist und was sie nicht werden soll, in erster Linie eine Zitatensammlung, so wäre es uns, wie angedeutet, ein Leichtes, sie anzufüllen mit Belegen des starken nationalen Empfindens Lassalles, den nicht etwa nur ein bloßer Zufall dazu gebracht hat, gerade Franz von Sickingen zum Helden seines einzigen Dramas zu machen. So aber begnügen wir uns damit — ohne irgendwie auf die dort behandelten Gegenstände selbst und Lassalles Stellung zu ihnen einzugehen — aus zwei seiner heute am Wenigsten bekannten Arbeiten ein paar Stellen hier abzudrucken, aus denen uns Lassalles nationales Fühlen heiß entgegenschlägt. In der einen dieser Arbeiten, der am 19. Mai 1862 von Lassalle zur Feier des fünfzigsten Todestages Johann Gottlieb Fichtes gehaltenen Festrede, die er später unter dem Titel „Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes" veröffentlichte, heißt es am Schlusse:

> „Kaum sind 50 Jahre verflossen seit Fichtes Tod, und bereits ist jenes philosophische „Sich-mit-Bewußtseinmachen", das er sich damals in der philosophischen Einsamkeit seines Denkens sagte, ohne Verständnis und Teilnahme dafür in der Außenwelt — bereits ist es zur Religion geworden und durchbebt heute unter dem populären

und dogmatischen Namen der deutschen Einheit jedes edlere deutsche Herz.

An dem Tage wo alle Glocken läutend die Fleischwerdung dieses Geistes, das Geburtstagsfest des Deutschen Staates, verkünden werden, — an diesem Tage werden wir auch das wahre Fest Fichtes, die Vermählung seines Geistes mit der Wirklichkeit feiern."

Aus der drei Jahre zuvor, 1859, erschienenen Schrift Lassalles „Der italienische Krieg", in deren Vorrede (zur zweiten Auflage) Lassalle schon „die nationale Wiedergeburt Deutschlands" als sein Hochziel feiert, seien die folgenden Sätze, die für sich selbst sprechen mögen, wiedergegeben:

„. . . .Die preußische Regierung hat erklärt, in dem italienischen Kriege einstweilen neutral bleiben zu wollen. — Seitdem wir denken können, ist dies fast die erste Maßregel einer preußischen Regierung, mit der wir uns einverstanden fühlen können. Aber dies Einverständnis wäre erst dann ein wirkliches, wenn dieser rein negativen Haltung auch die positive Seite folgte, die erforderlich ist, um das Nationalgefühl zu heben, zu stärken und durch eine große Tat nationalen Interesses der Nation eine begeisterte Kraft einzuflößen, welcher jeder etwaigen Vergrößerungstendenz des Bonapartismus im Voraus alle Gefährlichkeit rauben müßte. . .

Die einzige, würdige und große, eben so sehr in den Interessen der deutschen Nation als in denen Preußens gelegene Haltung wäre folgende Sprache Preußens:

„Revidiert Napoleon die europäische Karte nach dem Prinzip der Nationalitäten im Süden, gut, so tun wir dasselbe im Norden. Befreit Napoleon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein!"

Und mit dieser Proklamation *unsere Heere gegen Dänemark gesendet!* . . .

. . . Möge die preußische Regierung diesen Nationalkrieg beginnen, schnell, ohne Zaudern, allein und aus sich selbst, ohne Bundesintriguen — möge sie erst mit dem fait accompli des erklärten Krieges vor den Bund treten und, durch diese imposante Haltung hingerissen, wird der Bund ihr folgen. Und wagten intriguante Kabinette eine undeutsche Gesinnung an den Tag zu legen, so wäre der Augenblick da, daran zu erinnern, daß schon einmal ein König von Preußen die feierliche Erklärung unterschrieben hat: „Jeder deutsche Fürst, der dem Aufruf zur Befreiung des Vaterlandes nicht Folge geben wird in einem fixierten Zeitraum, wird mit dem Verlust seiner Staaten bedroht werden."

Der politische Testamentsvollstrecker und Erbe Lassalles war *Johann Baptist von Schweitzer*, der Vielverkannte und Vielverleumdete, ein genialer Arbeiterführer, dessen außerordentlichen geistigen Qualitäten leider auf der anderen Seite große Mängel des Charakters gegenüberstanden. An seiner Ehrenrettung — und die verdient er trotz jener Mängel — arbeiten seit Jahren besonders eifrig Dr. Franz Mehring und Dr. Gustav Mayer. Von diesem heute viel zu wenig gekannten Arbeiterführer sei hier — statt vieler — nur *ein* kleiner Aufsatz herangezogen, der die starke nationale Stimmung, die die deutsche Arbeiterbewegung in ihrer Jugendzeit beseelte, gleichfalls trefflich kennzeichnet. Wohlgemerkt: nur auf die Vermittelung *dieser Stimmung selbst* kommt es uns hier an, nicht auf irgendwelche politischen Wertungen!

Der Aufsatz stammt aus dem Jahr 1865, und heißt „Armes Preußen"; sein Zweck war — — *das Ministerium Bismarck zu einer aktiveren nationalen Politik voranzutreiben!* Hier der Wortlaut des kleinen aber überaus charakteristischen Artikels, den Schweitzer selbst in seinem Blatte, dem „Sozialdemokrat", durch besonderen Druck stark hervorheben ließ:

„Du warst groß in der Geschichte Europas, du durftest kühne Pläne haben, als das Schwert des Heldenkönigs deine Schlachten focht, als der Philosoph von Sanssouci auf deinem Throne saß!

Damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Roßbach weiß davon!

Und noch einmal, Preußen, warst du groß in der Geschichte Europas. Es war damals, als begeistert deine Freiheitskämpfer hinauszogen.

Auch damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Waterloo weiß davon!

Ach, das war damals, damals!

Und nun kommt auf einmal die böse Welt und will behaupten, du habest wiederum große Pläne und wolltest wiederum europäische Geschichte machen!

Wirklich? Und was glaubt sie weiter, diese böse Welt? Glaubt sie, du wolltest es darauf wagen, ob ein Roßbach und Waterloo oder ob ein — Jena komme?

Jena! Jena! War es nicht dort, wo das stolze Frankreich deine übermütigen Junker spielend in den Staub trat? Ja! Ja! Dort war es — und jetzt käme die böse Welt und glaubte, du wolltest ein neues Jena wagen?

Ach nein! Das glaubt sie nicht! Das wäre ja so boshaft nicht! Diese böse, garstige Welt meint, du nähmest dein Jena im voraus für gewiß und eiltest, deiner großen Pläne voll, fürsichtlich gen Paris, dir um den Kaufpreis deutschen Landes die Gunst von Frankreichs Herrscher zu erkaufen!

Armes Preußen!"

Nicht weniger stark national als Lassalle und als Schweitzer empfand Friedrich Engels, der große Mitarbeiter von Karl Marx, der sich seine militärischen Sporen einst mit der Waffe in der Hand im badisch-pfälzischen Aufstande von 1849 verdient hatte und den, seiner außerordentlich großen Vorliebe und seines ungewöhnlichen Verständnisses für militärische Dinge wegen die näheren Freunde bis zu seinem Tode im August 1895 den „General" zu nennen pflegten.

Etwa das gleiche Thema wie Lassalles vorhin erwähnte Schrift „Der italienische Krieg" behandeln Engels Arbeiten: „Po und Rhein" und „Savoyen, Nizza und der Rhein" (1859 und 1860). Die Autorschaft der ersten dieser beiden Schriften, die zunächst anonym erschienen war, wurde sehr charakteristischer Weise dem — —bekannten preußischen General Pfuel zugeschrieben!! Daß Engels in diesen Schriften die politische Situation jener Tage und die aus ihr der deutschen Demokratie erwachsenden Aufgaben ganz anders beurteilt als Lassalle tut jetzt nichts zur Sache. Hier kommt es uns nur darauf an, zu zeigen, in wie flammenden Worten Engels besonders im Schlußkapitel der zuletzt genannten Arbeit alle die tausendfältige Schmach brandmarkt, die Deutschland im Laufe der ersten sechs Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts von Rußland zu erdulden hatte; er rollt das ganze Register dieser Schmach auf und sagt dann:

„Das ist es, was wir seit dem Anfang dieses Jahrhunderts den Russen zu verdanken haben und was wir Deutsche hoffentlich nie vergessen werden . . . In diesem Augenblick noch droht uns die russisch-französische Allianz, Frankreich selbst kann uns nur in einzelnen Momenten gefährlich werden, und dann auch nur durch die Allianz mit Rußland. Aber Rußland bedroht und insultiert uns stets, und wenn Deutschland sich dagegen erhebt, dann setzt es den französischen Gendarmen in Bewegung durch die Aussicht auf das linke Rheinufer. Sollen wir es uns noch länger gefallen lassen, daß dies Spiel mit uns getrieben wird? Sollen wir fünfundvierzig Millionen es noch länger dulden, daß eine unserer schönsten, reichsten und industriellsten Provinzen fortwährend zum Köder dient, den Rußland der Prätorianerherrschaft in Frankreich vorhält? Hat das Rheinland keinen anderen Beruf, als von Krieg überzogen zu werden, damit Rußland freie Hand an der Donau und Weichsel bekommt? Das ist die Frage. Wir hoffen,

daß Deutschland sie bald mit dem Schwert in der Hand beantwortet. Halten wir zusammen, dann werden wir den französischen Prätorianern und den russischen Kapuschtschiks schon heimleuchten."

Die Schrift schließt mit folgenden Worten, auf die wir deshalb hier besonderes Gewicht legen, weil sie treffend die Genesis jener antirussischen Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie illustrieren, die — wie wir im dritten Kapitel dieser Schrift dargetan — in den Augusttagen von 1914 von so ungeheurer Bedeutung wurde:

„Wie es den Anschein hat, ist es Deutschland vorbehalten, diese Tatsache (daß die auswärtige Politik des alten Rußland fallen müsse) den Russen nicht nur mit der Feder sondern auch mit dem Schwert klarzumachen. Kommt es dahin, so ist das eine Rehabilitation Deutschlands, die Jahrhunderte politischer Schmach aufwiegt."

Engels ahnte damals nicht, daß noch mehr als ein halbes Jahrhundert vergehen mußte, bevor sein prophetisches Wort zur Wahrheit wurde ... Von Interesse ist auch die Haltung Engels beim Ausbruch des siebenziger Krieges, auf den wir weiter unten noch kurz zurückkommen werden. Engels äußerte sich damals in einem Briefe an Marx (und dieser stimmte der Auffassung seines Freundes durchaus bei) so:

„Mir scheint der Kasus so zu liegen: Deutschland ist durch Badinguet (Napoleon) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr; der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung

der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich in ganz anderem nationalen Maßstabe als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes, alle Klassen haben eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. .... Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt und Tritte, ist allerdings das wahre, um eine soziale Revolution zu machen!"

Womöglich noch zeitgemäßer als die vorhin zitierte Aeußerung von Engels aus dem Jahre 1860 ist ein von ihm im Jahre 1892 für den Kalender der französischen Arbeiterpartei geschriebener Aufsatz, in dem Frankreich auf das Nachdrücklichste vor den Gefahren der russischen Allianz gewarnt wird. Treibe es diese unheilvolle Allianz, so führt Engels den Franzosen in diesem Aufsatz zu Gemüte, wie leider zu erwarten sei, über kurz oder lang zum Kriege mit Deutschland, dann kämpfe Deutschland „einfach um seine Existenz" und es sei das höchste Interesse gerade auch der deutschen Sozialisten, in einem solchen Existenzkampfe ihr Vaterland nicht im Stiche zu lassen.

Wörtlich heißt es in dem Artikel, der seit anderthalb Jahren in den inneren sozialdemokratischen Parteidiskussionen eine sehr bedeutende Rolle gespielt hat:

„Wird Deutschland besiegt, zermalmt zwischen dem französischen Hammer und dem russischen Ambos, so verliert es an Rußland Altpreußen, an Dänemark ganz Schleswig, an Frankreich das linke Rheinufer. Selbst wenn Frankreich diese Eroberung zurückwiese, Rußland würde sie ihm aufzwingen. Denn Rußland braucht vor allem einen ewigen Zankapfel, einen Grund unaufhörlicher Entzweiung zwischen Frankreich und Deutschland. Versöhnt diese beiden großen Länder und es ist aus mit der Vorherrschaft Rußlands in Europa. .... Ein so zer-

stückeltes Deutschland aber wäre außerstande, die ihm in der europäischen geschichtlichen Entwicklung zukommende Rolle durchzuführen. Herabgedrückt auf den Stand, den ihm Napoleon nach Tilsit aufzwang, könnte es sich am Leben erhalten nur in der Vorbereitung eines neuen Krieges zur Wiederherstellung seiner nationalen Lebensbedingungen. Inzwischen aber bliebe es das gefügige Werkzeug des Zaren, der nicht ermangeln würde, sich seiner zu bedienen — gegen Frankreich.

Was würde unter solchen Umständen aus der deutschen sozialdemokratischen Partei? Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeoisrepublikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle drei der „Feind" ist. . . .

Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des deutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, die Pflicht der deutschen Sozialdemokraten sein? Sollen sie die Ereignisse passiv über sich ergehen lassen, die ihnen Vernichtung drohen, sollen sie widerstandslos den Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor dem Proletariat der ganzen Welt?

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, ebensowenig vor dem äußeren wie vor dem inneren Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien.

Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie."

Ebensowenig wie die bisher genannten sozialdemokratischen Vorkämpfer stand Wilhelm Liebknecht dem Staatsgedanken an sich und insbesondere dem deutschen Staatsgedanken feindlich gegenüber. In mehr als einer Rede hat er im Reichstage besonders bei Beratung von Arbeiterschutzgesetzen beinahe mit Lassalle'schem Schwung die sittliche Kraft und Größe des Staatsgedankens ideologisch gepriesen. Und von seinen jungen Studententagen an, in denen er als Gießener Korpsbursche und badischer-pfälzischer Freischärler für die deutsche Einheit ebenso wacker streitet wie für die deutsche Freiheit bis in seine letzten Lebenstage hinein ist er eigentlich ein Großdeutscher (wenn auch sicher kein Alldeutscher im heutigen parteipolitischen Sinne!) gewesen. Der Schreiber dieser Zeilen hat Liebknechts letzte beiden Reden in und bei Dresden Ende Juli 1900, wenige Tage vor des „Alten" Tode mitangehört und erinnert sich noch lebhaft des bei aller scharfen Kritik an der offiziellen Regierungspolitik überaus warmen nationalen Untertons in diesen Schwanengesängen des wackeren alten Kämpen. Ein paar gerade heute in den Tagen des werdenden „Mitteleuropa" wieder sehr zeitgemäße Sätze aus jener — später auch im Druck erschienenen — Dresdener Rede Wilhelm Liebknechts mögen hier Platz finden:

„Wenn wir ein größeres Deutschland hätten haben wollen, dann mußte dafür gesorgt werden, daß das Arndtsche Lied Wahrheit geworden wäre. Kein 1866 wäre dann gekommen, kein deutsches Siedelungsland wäre dann in der Gewalt Rußlands geblieben. Welcher Widerspruch: Oesterreich, das Vorland Deutschlands, der Keil, den wir in dem Orient vorgeschoben haben, ans Mittelmeer nach Konstantinopel, wird einer undeutschen dynastischen Politik geopfert im Namen Deutschlands und diese Politik wird von Menschen gefeiert, die uns heute noch vorreden, sie schwärmten für die Größe Deutschlands! Was wir vor unseren Türen hatten, das suchen wir in der Ferne, wo nichts zu

suchen ist. . . . Am deutschen Volk ist es, zu verlangen, daß unsere Politik unter allen Umständen aus dem russischen Fahrwasser herauskommt. . . .

„. . . . Was mich persönlich betrifft, so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als zwanzigjähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben! Ich habe immer ein einiges und freies Deutschland gewollt — ein Deutschland, welches das gesamte deutsche Volk umfaßt —, nicht ein preußisch-deutsches Rumpfreich. Und darum mußte ich gegen die Politik protestieren, die unsere deutschen Brüder in Oesterreich durch den fluchwürdigen Bruderkrieg von 1866 den Slaven ausgeliefert hat."

Die schließlich einmal unvermeidliche kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland hat Liebknecht nicht weniger bestimmt vorausgesagt als Engels. Ja, man kann sagen, daß der antirussische Gedanke der Kompaß von Liebknechts ganzer auswärtiger Politik sein Leben lang gewesen ist. Noch ein paar Belege dafür!

Auf dem Nürnberger Arbeitertage von 1868 sagte Liebknecht:

„Auch ich bin für die allgemeine Entwaffnung. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gekehrte

Haupt abgeschlagen ... ist der Despotismus aus seinem Schlupfwinkel vertrieben, dann, aber auch erst dann können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: „Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger."

Im gleichen Sinne schreibt Liebknecht zehn Jahre später in seiner heute völlig verschollenen Schrift: „Soll Europa kosakisch werden?":

„Rußland — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade soviel Zivilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Kultur verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeigten Dienst mildernd zur Seite stellen kann ... dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblühen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwickelungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporschießen kann."

Und abermals zehn Jahre später, 1888, am 28. November, sagt Liebknecht im Reichstage:

„Was die Feinde der deutschen Einigung drüben in Frankreich und Rußland fürchten, das ist ein zur Verteidigung des Landes einiges deutsches Volk. Und nach dieser Richtung hin — das kann ich Ihnen versichern — ist von unserer Seite bei einflußreichen französischen Politikern, auch persönlich durch mich, jeder Zweifel, falls er vorhanden war, beseitigt worden: Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in

Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren!"

Das war — wohlgemerkt — noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes!

Von einem Siege Deutschlands über Rußland erwartet Liebknecht, wie er bei anderer Gelegenheit auseinandersetzt, nicht nur eine Befreiung der unter dem Joche des Zarismus schmachtenden Völker sondern zugleich auch „den Umschwung in ganz Europa", von einem Siege Rußlands aber fürchtet er „den Tod der Freiheit in Europa und vor Allem in unserem Deutschland."

Und auf dem Erfurter Parteitage im Jahre 1891 sagte der Vater Karl Liebknechts:

„. . . Ich habe wiederholt erklärt, wenn wir angegriffen würden, seien wir bereit, das Vaterland zu verteidigen . . . Das ist etwas Selbstverständliches, das tut jeder von uns. Erheischt es denn nicht unser eigenes Interesse, daß wir den, der in unser Land eindringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht?"

* * *

Zahllos sind die in demselben Sinne gehaltenen Aeußerungen August Bebels. Wir wüßten keinen Führer irgend einer deutschen Partei, der Jahrzehnte hindurch — sei es im Reichstage, sei es außerhalb des Parlaments — in gleich energischer Weise den Gedanken der nationalen Verteidigung verfochten hätte wie August Bebel.

Immer von Neuem betont Bebel, daß die Sozialdemokratie gegen jeden Angreifer „gerade so gut Front machen werde wie jede andere Partei" (1880), daß wir Sozialdemokraten in einem solchen Kriege „uns selbst und das Land verteidigen, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen" (im gleichen Jahre), daß „an der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert sind wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher

der Völker betrachten, und daß das arbeitende Volk nicht gewillt ist, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. Gälte es einmal, sich seiner Haut zu wehren: die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen bis zum letzten und selbst die Aeltesten!" (1893).

Die bekannte Wendung, daß er selbst als alter Knabe, wenn es gegen Rußland gehe, noch die Flinte auf den Buckel nehmen werde, hat Bebel im vollen Ernste und mit sehr großem Nachdruck wohl ein halbes Dutzend Mal gebraucht, im Reichstage wie auf Kongressen und er hat diese Gesinnung auch sonst immer wieder bekräftigt. So 1904 im März:

„Wir werden jeden Versuch, von diesem Vaterland ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen!"

Und im Herbst des gleichen Jahres:

„Verlangen wir die allgemeine Volkswehr, die allgemeine Volksbewaffnung etwa zum Spaß? Nein, weil wir meinen, daß gegenüber einer äußern Gefahr die Notwendigkeit besteht, daß auch der letzte waffenfähige Mann die Möglichkeit haben muß, für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes einzutreten, gerade deshalb! Ich und meine Freunde, wir treten kein Stück deutschen Bodens an das Ausland ab; denn wir wissen genau, daß in dem Augenblick, wo Deutschland zerstückelt würde, mit Notwendigkeit das ganze geistige und soziale Leben der Nation, solange ein solches Stück Fremdherrschaft dauert, vernichtet würde."

Aus dem Jahre 1907 stammen diese Worte Bebels:

„Was wir bekämpfen, ist nicht das Vaterland an sich, das gehört dem Proletariat weit mehr als den herrschenden Klassen, sondern die Zustände, die in diesem Vaterlande im Interesse der herrschenden Klassen vorhanden sind. Das Kulturleben und die Kulturentwickelung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hilfsmittel der Muttersprache ent-

wickeln. . . . Jedes Volk, das unter der Fremdherrschaft steht, kämpft zuerst für seine Unabhängigkeit. . . . Hervés Gedanke, daß es gleich sei für das Proletariat, ob Frankreich zu Deutschland oder Deutschland zu Frankreich gehöre, ist absurd."

Hervé, der wilde „Antipatriot" von damals ist der noch wildere französische Chauvinist von heute, der zu Beginn dieses Jahres sein Blatt „La guerre sociale" umtaufte in „La victoire". . . .

Insbesondere die antirussische Orientierung, die Bebels Politik nicht weniger beherrschte als die von Marx, Engels und Liebknecht, kommt immer wieder in seinen Reden zum Durchbruch. Am drastischsten wohl in einer Dresdener Rede Bebels vom Jahre 1886 über die Balkanfragen. Da heißt es:

„Jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel ist eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwickelung. Es ist eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. . . .

Gelingt es Rußland, Oesterreich zu einem Angriff zu provozieren, dann braucht es nur in der Herzegowina und in Serbien sein Hetzerhandwerk wieder aufzunehmen — so ist das deutsch-österreichische Bündnis für Oesterreich ohne Wert. Das Bündnis gilt nur, wenn Oesterreich angegriffen wird. Wird in einem Kriege zwischen Oesterreich und Rußland ersteres geschlagen, dann ist Rußland Herr auf der Balkanhalbinsel, dann gibt es keine Macht mehr, die ihm dort den Rang streitig machen kann. Hat aber Rußland dieses Ziel erreicht, dann ist der Augenblick gekommen, wo es mit Deutschland abrech-

nen kann. Und für diesen Fall hebt es sich das Bündnis mit Frankreich auf; Frankreich wird Rußland jede Eroberung im Osten Deutschlands gönnen, und umgekehrt wird Rußland bereit sein, Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch das ganze linke Rheinufer und Belgien annektieren zu lassen. . . . .

Der Versuch Rußlands zur Eroberung unserer Ostseeprovinzen wird nur eine Frage der Zeit sein. Rußland hebt sich den Schlag gegen Deutschland bis zuletzt auf, und bei diesem Schlag kann es auf die Hilfe Frankreichs sicher rechnen."

In dem gleichen Sinne äußerte sich Bebel auf dem Erfurter Parteitage von 1891:

„Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln, und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen und werden dem entgegentreten. . . . Rußlands Sieg bedeutete unsere Niederlage als Sozialdemokraten."

Zum Schluß wie vorhin aus Wilhelm Liebknechts so hier auch aus Auguſt Bebels letzter Rede noch ein paar Sätze! Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß die beiden „vaterlandslosen Gesellen" bei ihrem letzten öffentlichen Auftreten ihrer Partei und ihrem Volke für seine auswärtige Politik gewissermaßen ein durch schärfste Frontstellung gegen Rußland gekennzeichnetes politisches Testament hinterlassen haben. Bebel hielt seine letzte Rede ein paar Wochen vor seinem Tode, im Sommer 1913, in der Budgetkommission des Reichstages bei der Beratung der großen Wehrvorlage; da sagte er:

„Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich auch von der Sozialdemokratie, der ihre Gegner, die zum Teil unverständig, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den

Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit" gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat, im Gegensatz zu dieser Behauptung, niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reichs die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider einstweilen noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn auch das russische Volk in seinen großen Massen bestimmt friedliebend ist und andere Sorgen hat als die Betreibung eines Ueberfalls auf Deutschland, so ist das gleiche nicht mit der gleichen Sicherheit von denjenigen Kreisen zu sagen, die die zaristische Willkürherrschaft zu ihren Zwecken mißbrauchen.

Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den wir alle zu vermeiden wünschen und dem auszuweichen wohl auch die deutsche Reichsregierung bemüht gewesen ist, dann müßte er bei dem heutigen Stande der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen: er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung. Die Sozialdemokratie war die erste große Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ausspricht."

Wer nennt uns einen deutschen Politiker von stärkerem nationalen Empfinden als diesen „vaterlandslosen Gesellen"? . . . .

* * *

Aber, so hören wir einwenden, steht mit diesen nationalen Bekenntnissen Liebknechts und Bebels nicht ihre antinationale Praxis in Widerspruch? Wie stimmt

zu diesen Worten ihre Tat von 1870, ihre Nichtzustimmung zu den damals von der Regierung geforderten Kriegskrediten? Da ist zunächst Folgendes festzustellen: es saßen im Jahre 1870 im Reichstage des Norddeutschen Bundes im ganzen fünf Sozialdemokraten, zwei der sogenannten Eisenacher Richtung (eben Liebknecht und Bebel) und drei Lassallaner (der vorhin schon genannte Johann Baptist von Schweitzer, Fritzsche und Hasenclever). Diese drei letzten stimmten im Juli 1870 bedingungslos für die von Bismarck geforderten Kriegskredite, während Bebel und Liebknecht sich der Stimme enthielten, aber nicht etwa mit Nein stimmten. Und zwar — so paradox es klingen mag — die beiden nahmen diese Haltung in erster Linie ihrer großdeutschen Gesinnung wegen ein, deren ärgsten Feind sie in Bismarck erblickten. Bismarck schoben sie — ob mit Recht oder Unrecht mag hier ganz dahingestellt bleiben — die Hauptschuld zu an dem von ihnen mit Aufgebot aller Kräfte bekämpften preußisch-österreichischen Krieg von 1866; Bismarck werde, so fürchteten sie, aus dem neuen Kriege ein Großpreußen, aber nur ein Klein-Deutschland, nicht das von ihnen so heiß ersehnte Groß-Deutschland als Ernte hereinbringen, ein Großdeutschland, das sie sich nur mit Einschluß Oesterreichs denken konnten. Dieser grundsätzlich verschiedenen Orientierung ihrer Politik wegen (Großdeutschland wider Großpreußen!) standen Liebknecht und Bebel seit 1866 im schroffsten Kampfe gegen Bismarck; sie konnten ihm deshalb nicht das Vertrauen entgegenbringen, das nach ihrer Meinung zur Bewilligung von Kriegskrediten unerläßlich war. „Hätte damals", so erklärte Liebknecht später wörtlich, „eine Regierung an der Spitze unserer Geschäfte gestanden, der wir Vertrauen geben konnten, so hätten wir mit Freuden die Gelder für den Krieg bewilligt." Von einer Stimmenthaltung oder gar von einer Ablehnung der Kriegskredite aus sogenannten prinzipiellen Gründen war also bei den Beiden im Jahre 1870 keine Rede. Daß sie später, nach Sedan, als Napoleon erledigt war und die Regierung der französischen Republik sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt hatte,

die Fortführung des Krieges, der jetzt nach ihrer Meinung aus einem Verteidigungskriege zu einem Eroberungskriege geworden war, entschieden mißbilligten und nunmehr gleich den übrigen sozialistischen Abgeordneten zu einer Verweigerung der weiter geforderten Summen übergingen, steht auf einem ganz anderen Blatte.

Nebenbei bemerkt: sowohl Marx, Engels und Johann Philipp Becker wie auch die offizielle Leitung der Eisenacher Partei (der „Braunschweiger Ausschuß") haben damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie es lieber gesehen hätten, gleich Schweitzer, Fritzsche und Hasenclever hätten im Juli 1870 auch Bebel und Liebknecht die Kriegskredite bewilligt, statt sich der Stimme zu enthalten. Auch Franz Mehring ist dieser Meinung. Und wie wenig Bebel und Liebknecht selbst daran dachten, mit ihrer Haltung etwa den Feinden des Vaterlandes Vorschub leisten zu wollen, das zeigen deutlich diese von Liebknecht am 20. Juli 1870 in seinem „Volksstaat" niedergeschriebenen Sätze:

> „Fällt Napoleon, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie vernichtet. Aus diesen Tatsachen ergibt sich: Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes!"

Noch ein paar Zitate aus den offiziellen Aufrufen der sozialdemokratischen Parteileitungen und ihrer Blätter aus den Sommertagen von 1870 werden hier interessieren. So schrieb der „Socialdemokrat":

> „Der Krieg von 1870, er ist ein Krieg gegen den Sozialismus. Und jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher (Napoleon) entgegenwirft, der kämpft nicht nur fürs Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit."

In dem ersten Kriegsmanifest des Braunschweiger Ausschusses wird die Hoffnung ausgedrückt, daß „Begeisterung

und Mut unsere deutschen Brüder bald zum Siege führen", die „hinausziehen, von unserem Segen und unseren Wünschen begleitet"; an einer anderen Stelle des Manifestes heißt es:

„Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Ferse heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einheit ist berechtigt, haben sich die Deutschen bei der augenblicklich gemeinsamen Gefahr wie ein Mann zusammengeschart, so wird der gemeinsame Kampf das Band fester und fester schließen und vielleicht entsteht aus den großen Wirren von heute zu unserer aller Freude in nächster Zukunft der deutsche Staat . . ."

Die Schlußworte dieses Manifestes aber lauten: „Es lebe Deutschland! Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!"

In einem zweiten Kriegsmanifest desselben Braunschweiger Ausschusses ist zu lesen:

„. . . . Ein Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartiger Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz darauf sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören."

Die Leser sehen, daß sich im Lichte der geschichtlichen Wahrheit die Haltung der deutschen Sozialde-

mokratie im Kriege 1870–71 denn doch ganz wesentlich anders ausnimmt als im Zwielicht der landläufigen Legende.

* * *

Nach dieser kurzen, aber notwendigen historischen Abschweifung kehren wir noch einmal für einen Augenblick zurück zu unserer Skizzierung der grundsätzlichen Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur nationalen Frage. Von Lasalle, Engels, Schweitzer, Liebknecht und Bebel sprachen wir schon. Wir übergehen gleichartige Erklärungen Singers, Auers, Bernsteins, Noskes und zahlreicher anderer sozialdemokratischer Parteiführer, wir übergehen auch die immer wiederholten im selben Sinne gehaltenen Erklärungen der sozialdemokratischen Programmschriften, Handbücher, Wahlaufrufe und Flugblätter. Wir könnten sonst noch viele, viele Seiten mit ihnen füllen. Nur einige hervorstechende Sätze aus einer Rede Georg von Vollmars vom Jahre 1891 wollen wir noch wiedergeben, weil auch in ihnen wieder der antirussische Grundgedanke der sozialdemokratischen Politik besonders scharf und klar hervortritt:

„Ich anerkenne die Gefahr, die von seiten Rußlands kommt, so gut wie irgendeiner, und wenn dieser Krieg kommen sollte, habe ich erklärt, so würde die Sozialdemokratie nach meiner Ueberzeugung nicht die letzte sein, welche in diesem Kampfe mitzieht, sondern ihre ganze Kraft aufwenden, um diese Last, diese unerhörte fortwährende Drohung, welche auf dem Reiche nicht nur, sondern auch auf der Partei ruht, von uns hinwegzunehmen.

Wenn wir auch nur vorübergehend unterliegen sollten, ich glaube nicht ausmalen zu müssen, was es heißt, wenn das russische Wesen wie ein Eiswind über Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie hinwegginge. Die hat dann doch das meiste zu befürchten. Aber auch wenn ein Sieg kommt, den ich wünsche und erhoffe, was dann? Rußland ist nicht so leicht zu bekämpfen, es hat Menschen und

Naturkräfte geradezu genug, um auch nach zahlreichen Niederlagen uns trotzen zu können. Die Zeche bei der Geschichte würde Frankreich bezahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht; denn daran halte ich fest, daß das Wort von Marx aus der Zeit des Beginns des Krieges von 1870, daß die Hilfe der Kosaken anzurufen oder auch nur zu dulden, jeglicher Sympathien beraube, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich noch heute gilt."

Endlich lese man noch diese Worte Vollmars:

„Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben. Die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen oder Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einem formlosen Völkerbrei denken."

So sprach Vollmar im Namen der gesamten deutschen Delegation auf dem Internationalen Sozialistenkongreß von Stuttgart im Jahre 1907 und alle Wortführer der sozialistischen Internationale, der Italiener Costa, wie der Schwede Branting, Emile Vandervelde, der belgische Staatsminister von heute, wie der anfangs dieses Jahres verstorbene alte Communekämpfer Vaillant und nicht zuletzt Jean Jaures, den ein grausiges Geschick seinem Lande und der Menschheit gerade in dem Augenblick entriß, da er am wenigsten zu ersetzen war, sie alle stimmten Vollmar unbedingt und voll Enthusiasmus zu. . . . .

Auch die sozialistische Wissenschaft hat den nationalen Gedanken wiederholt rückhaltlos anerkannt. Am unzweideutigsten wohl in dem bekannten Werke des Wiener Marxisten Otto Bauer: „Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie". Nur ein paar Sätze aus diesem Buche:

„Werde ich mir bewußt, daß ich einer Nation angehöre, so erkenne ich, daß mich enge Charaktereigenschaft mit ihr verknüpft, daß ihr Schicksal mich, ihre Kultur mich bestimmt, daß sie selbst in meinem Charakter wirkende Kraft ist. Nicht ein Fremdes ist mir die Nation, sondern ein Stück meiner selbst, das in dem Wesen der anderen wiederkehrt . . .

An den Sieg des Sozialismus ist die Verwirklichung des Nationalitätsprinzips geknüpft. . . . Der Sozialismus verheißt allen Nationen die Verwirklichung ihres Verlangens nach Einheit und Freiheit. Das gilt auch für die deutsche Nation."

Der diese Sätze niedergeschrieben hat schmachtet seit Jahr und Tag nun als österreichischer Offizier in russischer Gefangenschaft . . .

* * *

Daß die frühere Ablehnung von Militärforderungen durch die Sozialdemokratie durchaus nicht im Widerspruch stand zu den hier festgestellten Bekundungen ihres im besten Sinne des Wortes nationalen Geistes, ist oft genug auseinandergesetzt worden. Diese Ablehnung hat niemals dem Gedanken der nationalen Wehrhaftigkeit an sich gegolten sondern stets nur dem bis zum Ausbruche des Krieges in unserem Heerwesen herrschenden System, dem Geiste, der weite Kreise der Armee beseelte und der Art, in der (durch indirekte Steuern und durch Zölle auf notwendige Lebensmittel) die Kosten für das Heerwesen aufgebracht wurden. Näher möchten wir, um nicht in alten kaum vernarbten Wunden zu wühlen, auf alle diese Dinge hier nicht eingehen — weder auf die Aeußerungen des Kastengeistes, der früher vielfach in der Armee herrschte, noch auf die vielen Reden, in denen von der Verwendung der Truppen gegen den sogenannten „inneren Feind" gehandelt wurde, (Reden, die heute von uns in der gemeinsamen Not des Vaterlandes vergessen sein, die ein für alle Male der Vergangenheit angehören sollen und die hoffentlich nie wieder Wirklichkeit werden!) Nur eben

hindeuten mußten wir auf diese Gespenster einer trüben hinter uns liegenden Zeit, um die frühere ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen Militärforderungen zu erklären. Auch die Befürchtung, die unaufhörliche wechselseitige Steigerung der Rüstungen werde anstatt — nach dem Wunsche ihrer Befürworter — den Krieg zu verhindern, seinen Ausbruch nur noch beschleunigen, spielte bei der Militärpolitik der Sozialdemokratie bekanntlich eine große Rolle. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, inwieweit die Ereignisse diese sozialdemokratischen Befürchtungen wahr gemacht haben. —

Und daß jene frühere Verweigerung der Heeresforderungen auch keineswegs gleichbedeutend gewesen ist mit einer militärpolitischen Abstinenztaktik, das weiß ja heute Jedermann — heute, wo unter dem eisernen Zwange der Notwendigkeit so viele alte sozialistische Militärideale in die Tat umgesetzt werden — wenn auch vorerst leider noch manchmal in recht unzulänglicher Weise. Wir erinnern nur an die von der Sozialdemokratie Jahrzehnte lang vergeblich in Wort und Schrift gepredigte Einführung der militärischen Jugenderziehung und an die feldgraue Uniform — System August Bebel 1891!

* * *

Um Mißverständnissen vorzubeugen, schließlich noch eine Bemerkung: die oben gebrachte Aneinanderreihung aller der nationalen Aussprüche hervorragender Sozialisten soll ganz und garnicht etwa „beweisen", daß die Sozialdemokratie kraft ihrer ganzer Vergangenheit am 4. August 1914 so handeln mußte wie sie gehandelt hat. Mit Zitaten und Gegenzitaten kann man bekanntlich Alles „erhärten", was ebenso viel ist wie nichts. Wäre der 4. August eine glatte und platte Selbstverständlichkeit gewesen — wie hätte er dann intra et extra muros solche ungeheure Ueberraschung hervorrufen können? Nein — so wenig kompliziert liegen die Dinge wirklich nicht, daß man ganz neuer historischer Situationen einfach mit alten Zitaten Herr werden könnte! Wir werden weiterhin sehen, daß gerade auch so durchaus national empfindende Sozialdemokraten wie

August Bebel sich die politischen Folgen eines Weltkrieges ganz, ganz anders vorgestellt haben als wir sie nun erlebten. Es liefen bei uns Allen in diesen Fragen eben die verschiedensten Gedankenreihen und Empfindungsreihen nebeneinander her und teilweise auch durcheinander. Die eine dieser Reihen, die nationale, haben wir eben dargestellt. Aufgabe der folgenden Kapitel wird es sein, nun auch die anderen Gedanken- und Empfindungsketten dem Leser verständlich zu machen.

10. Strömungen und Gegenströmungen.

Die Pflicht der Objektivität gebietet uns, mit derselben Offenheit, mit der wir vorhin das nationale Moment in der deutschen Sozialdemokratie behandelt haben, nun auch diese Gegentendenzen zu erörtern. Die wichtigste von ihnen, die, gleich jener nationalen Strömung, auch ihrerseits durch die ganze Geschichte der Partei hindurchläuft, möchten wir kurz wenn auch nicht erschöpfend und ohne damit ein Werturteil aussprechen zu wollen als staatsfeindliche Strömung bezeichnen.

Die Quellen dieser zweiten Strömung gehen zurück bis in die dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, d. h. bis in jene Zeit, als unter den das westliche Ausland durchwandernden deutschen Handwerksgesellen zuerst die Lehren der großen sozialistischen Utopisten Frankreichs und Englands, die Lehren eines Robert Owen, noch weit mehr aber die Lehren eines Charles Fourier, eines Cabet und eines Saint Simon Wurzel schlugen. In jenen Tagen hatten die deutschen Arbeiter in der Tat kein Vaterland. Die Luft der Heimat, der diese wandernden Handwerksburschen entronnen waren, mußte ihnen im Vergleich mit den freieren staatlichen und gesellschaftlichen Instituten Frankreichs und der Schweiz, die sie nun kennen lernten, vorkommen wie die drückende und dumpfige Atmosphäre einer einzigen großen Polizeiwachtstube. Vergessen wir nicht: es ist die Zeit Metternichs, es ist die Zeit des vormärzlichen Deutschlands von der wir hier reden! Es ist die Zeit der Burschenschaftshetze und der Demagogenverfolgungen, die Zeit, da die Zensurwirtschaft blühte und das „Junge Deutschland" geknebelt wurde. Insbesondere die Arbeiter standen damals wirtschaftlich, politisch und kulturell ganz außerhalb des Lebens ihrer Nation. Ein noch so dürftiges Wahlrecht zu irgend einer

gesetzgebenden Körperschaft besaßen sie ebenso wenig wie Preßfreiheit oder Vereins- und Versammlungsrecht. Die wirtschaftliche Ausbeutung, der sie schutzlos und widerstandslos preisgegeben waren, läßt sich kaum beschreiben, das verruchte Truckſystem (Entlohnung der Arbeiter durch Waren statt durch bares Geld) feierte wüste Orgien, Frauen- und Kinderarbeit zehrten besonders in den großen Industriebezirken von West- und Mitteldeutschland am Mark des Volkes. So war es denn kein Wunder, daß die Lehren des westeuropäischen Sozialismus, die jene wandernden deutschen Handwerksgesellen als frohe Erlösungsbotschaft gierig in sich hineinsogen, in ihren Köpfen und Herzen sehr bald eine entschieden staatsfeindliche und vaterlandsfeindliche Gestalt annahm. Hatte sich doch das deutsche Vaterland diesen armen Proletariern gegenüber nur als Stiefvaterland im schlimmsten Sinne des Wortes gezeigt. Besonders deutlich tritt dieser Zug hervor in den Schriften des Genialsten unter ihnen, des Schneidergesellen Wilhelm Weitling aus Magdeburg. „Solange die Gesellschaft", ruft er einmal aus, „in Ungleichheit lebt, solange ein Volk aus Herren und Knechten besteht, so lange ist es auch völlig gleich, wer die Herrschaft ausübt, ob Hinz oder Kunz, ob Napoleon, Friedrich Wilhelm oder Nikolaus, wir Arbeiter müssen unter dem einen Herrscher ebenso den Esel machen, wie unter dem anderen. . . . Jetzt haben wir kein Vaterland; wir werden nur dann eins haben, wenn die Gesellschaft für den Unterhalt aller ihrer Glieder auf gleiche Weise sorgt."

Diese Auffassung vom Verhältnis des Arbeiters zum Vaterland findet ihren Niederschlag auch noch in dem gegen Ende des Jahres 1847 entstandenen kommunistischen Manifest, in dem es heißt:

> „Den Kommunisten ist vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. . . Die Proletarier haben nichts . . . zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

Wer wollte leugnen, daß diese Theorie, so überlebt sie heute auch immer sein mag, in jenen Tagen nichts anderes war als das getreue Spiegelbild der wirklichen Klassenlage des deutschen Proletariats?

Es kamen die Tage von 1848, in denen sich nicht nur bei dem deutschen Bürgertum, sondern auch bei der politisch interessierten Vorhut der deutschen Arbeiterklasse Freiheits- und Einheitsstreben in so wunderbarer Weise mischten. Aus den Arbeiterblättern jener Tage ließen sich dafür ebenso interessante Belege beibringen wie aus den Reden und Beschlüssen des ersten deutschen Arbeiterkongresses in Berlin.

Doch diesem kurzen nationalen Frühling folgten die trüben fünfziger Jahre mit ihrem Flüchtlingsleben so vieler tüchtiger Achtundvierziger, insbesondere auch der bewußten Sozialisten unter ihnen. Teils in der Schweiz, teils in Frankreich, teils in den Vereinigten Staaten, zum größten Teil aber in England fanden die aus der Heimat Vertriebenen eine gastliche Stätte. Man denke nur an einen Karl Schurz, an Marx, an Engels, an Ferdinand Freiligrath und Wilhelm Liebknecht. Diese Männer konnten teilnehmen am geistigen und öffentlichen Leben ihrer neuen Heimat — was aber aus Deutschland zu ihnen drang, das waren immer wieder nur Nachrichten über Verfolgungen und Drangsalierungen aller fortschrittlich Gesinnten, Berichte, einer immer trostloser als der andere, von wüsten Ausschreitungen der neugefestigten Reaktion. Wer darf unter solchen Umständen darüber erstaunen, daß in vielen dieser Männer eine zwar gewiß nicht undeutsche Gesinnung, wohl aber eine Gesinnung emporwuchs, die dem deutschen Staatswesen als solchem mit tiefstem Mißtrauen und offener Feindschaft gegenüberstand? Und daß, als automatische Gegenwirkung gewissermaßen, ihr Herz sich erfüllte mit einer mehr oder minder kritiklosen Bewunderung aller öffentlichen Einrichtungen und Gebräuche der Weststaaten?

Ein typisches Beispiel für diese Stimmung, die ihn sein ganzes Leben lang nicht wieder verlassen hat, bietet Wilhelm Liebknecht. Er fühlte — das glauben wir vorhin schlagend bewiesen zu haben — so deutsch wie nur einer, so anti-

russisch wie nur Einer und in der Verherrlichung des Staatsgedankens an sich stand er oft kaum hinter Lassalle zurück. Zugleich aber gab es keinen grimmigeren Hasser der besonderen staatlichen Einrichtungen Deutschlands und insbesondere Preußens als eben diesen Wilhelm Liebknecht. Sprach man dagegen mit ihm von Frankreich oder von der Schweiz: ha, wie konnten da seine alten Augen aufleuchten, und schilderte er nun gar die Tage seines englischen Exils, dann bekamen seine Worte oft einen gradezu dichterischen Schwung — wie denn überhaupt in dem Alten Zeit seines Lebens ein gutes Stück von einem Poeten gesteckt hat. Selbst wenn er einmal einen Abstecher nach Holland gemacht hatte, flossen seine Reiseberichte über von Lobpreisungen der dortigen Zustände gegenüber den deutschen; Italien, das er erst gegen Schluß seines Lebens kennen lernte, erschien ihm nicht nur landschaftlich als eine Art Paradies und von einer Reise, die ihn in den achtziger Jahren nach den Vereinigten Staaten von Amerika geführt hatte, brachte er in seinem Büchlein: „Ein Blick in die neue Welt" gradezu dithyrambische Hochgesänge mit heim. Je minderwertiger und hassenswerter ihm alle deutschen Zustände erschienen, in umso helleren Farben erstrahlte ihm alles weststaatliche Wesen. Selbst das Graueste sah er da vom Goldglanz der „Freiheit" durchflimmert . . .

Diese in ihren Wurzeln auf die bitteren Flüchtlingsjahre zurückgehende Stimmung Wilhelm Liebknechts, der dreiundeinhalbes Jahrzehnt lang der allverehrte und von vielen Hunderttausenden auch rein menschlich so warm geliebte Führer der deutschen Sozialdemokratie war, hat nun begreiflicherweise auf die Stimmung der Partei selbst den nachhaltigsten Einfluß ausgeübt. In unzähligen Artikeln, die er als leitender Redakteur der wichtigsten Blätter der Partei, erst des Leipziger „Volksstaat", später des Berliner „Vorwärts", als Mitarbeiter vieler anderen Blätter in diesen langen Jahrzehnten geschrieben hat, in tausenden von Reden in allen Teilen des Reiches, in Dutzenden von Broschüren hat er diesen Geist den Massen mitzuteilen gewußt. Und wie ihm diese Stimmung aus vollem Herzen kam so ging sie auch seinen

Lesern und Hörern zu Herzen. Zumal immer wieder die politische Haltung der deutschen Regierung, die Verwaltungspraxis insbesondere der nord- und mitteldeutschen Behörden, die Kurzsichtigkeit und reaktionäre Engherzigkeit der in Deutschland maßgebenden Parteien der Auffassung Liebknechts ja vollauf recht zu geben schienen!

Denn wie nach dem nationalen Aufschwung von 1848 die dumpfe und stumpfe Reaktionsära der fünfziger Jahre gekommen war, so waren auch dem neuen nationalen Aufschwung aus den Tagen der Reichsgründung in den siebenziger und achtziger Jahren die bösesten innerpolitischen Rückschläge gefolgt. Wir haben im vorigen Kapitel gezeigt, wie ausgesprochen national in jenen Jahren von 1866 bis 1870 gerade auch die deutschen sozialistischen Arbeiter und ihre Führer empfunden hatten. Anstatt diese Stimmung nun dem Staatsganzen nutzbar zu machen, die Arbeiter ungeachtet aller nun einmal vorhandenen Klassengegensätze und Klassenkämpfe seelisch einzugliedern ins neue Reich, stieß eine beschränkt reaktionäre Politik sie gewaltsam zurück. Polizeiliche und gerichtliche Drangsalierungen der Arbeiterbewegung, Schikanen der kleinlichsten Art nahmen von der Mitte der siebenziger Jahre an immer mehr überhand. Und dies ganze System der Tessendorferei, wie es nach seinem berüchtigsten Vertreter genannt wurde, fand schließlich seine Krönung in dem Sozialistengesetz unseligen Angedenkens. Was in den zwölf Jahren der Herrschaft dieses Gesetzes von 1878 bis 1890 an deutscher Staatsgesinnung in der Arbeiterschaft zerstört wurde, ist geradezu unermeßlich. Weit über tausend Jahre Gefängnis, Haussuchungen und Verhaftungen ohne Zahl, der Belagerungszustand über viele wichtige Städte und über ganze Gebiete verhängt, Dutzende von Zeitungsunternehmungen zu Grunde gerichtet, über vierzehnhundert periodische und nicht periodische Druckschriften verboten, an die tausend sozialistische Arbeiter ausgewiesen, ihren Familien entrissen und von Ort zu Ort gehetzt: der Leser mag sich selbst ausmalen, welche Unsumme von Haß und Erbitterung, von Haß gegen den Staat und Erbitterung gegen seine Organe, in diesen Ziffern einge-

schlossen liegt! Wieder mußte so mancher Brave den deutschen Staub von seinen Füßen schütteln und sich in der Schweiz, in England und Amerika eine neue Heimat gründen. Ihr wundert euch, daß ein sozialistischer Wortführer von so großer Begabung und von so unzweifelhaft redlichem Wollen wie Eduard Bernstein sich auch in diesen Tagen des Krieges nicht loszureißen vermag von seiner tiefen Sympathie für England und alles englische Wesen? Denkt daran, daß England es war, wo, wie vier Jahrzehnte zuvor Wilhelm Liebknecht, während des Sozialistengesetzes auch Bernstein ein Asyl fand, und daß er dort, als nach dem Falle dieses Gesetzes die Heimat sich ihm noch ein volles Jahrzehnt lang verschloß, auch weiterhin gern gewährtes und freudig angenommenes Gastrecht genoß! Nicht darauf kommt es an, über diese und jene Erscheinung, die uns heute im Kriege mißfallen mag, zu schelten; es gilt, ihre Quellen zu erkennen und diese Quellen zu verstopfen für alle Zukunft!

Was das Sozialistengesetz gesündigt hatte, ließ sich natürlich auch dann, als es eines unrühmlichen Todes gestorben war, nicht von heute auf morgen wieder gutmachen. Die Summe von Mißtrauen, Verbitterung und Haß, die sich in jenen zwölf Jahren aufgehäuft hatte und die auch der Verfasser noch in ihrer ganzen Härte und Schärfe kennen lernte, als er Anfangs der neunziger Jahre zur Arbeiterbewegung kam, diese aufgespeicherte Summe von Haß und Mißtrauen war zu groß, als daß der gute Wille des Kaisers, als er nun um 1890 herum den „neuen Kurs" einzuschlagen versuchte, sie von heute auf morgen hätte beseitigen können. Der Abgrund, der sich in den achtziger Jahren zwischen dem deutschen Staat und der deutschen Arbeiterklasse geöffnet hatte, gähnte viel zu tief, als daß die milde und versöhnliche Stimmung eines Einzelnen sie im Handumdrehen hätte überbrücken können. Umso weniger als jene milde und versöhnliche Stimmung dann, als aus begreiflichem Mißtrauen heraus die dargebotene Hand nicht auf der Stelle ergriffen wurde, nur allzu schnell wieder ins Gegenteil umschlug! Nicht nur guter Wille, auch Geduld, sehr viel Geduld wäre zum Werke der Ver-

söhnung zwischen der Arbeiterklasse und dem deutschen Staatsgedanken notwendig gewesen. Diese Geduld aber fehlte und so folgte denn den Kaiserlichen Februarerlassen von 1899 die Umsturzvorlage von 1894 und die Zuchthausvorlage von 1899. Wo eben erst zarte und schwache Keime des wiedererwachenden Vertrauens ins harte Erdreich der deutschen Arbeiterschaft gesenkt waren, da wurden sie auch gleich wieder brutal zertreten. Zu dem Allen kamen noch Dinge wie die Wahlrechtsverschlechterungen in Hamburg, Sachsen und einigen Thüringischen Bundesstaaten sowie die hartnäckige Verweigerung jeder ernsthaften Wahlreform in Preußen, die lex Arons, die lex Recke und was dergleichen Akte einer kurzsichtig-verstockten Reaktionspolitik noch mehr waren. So entstand besonders seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in den Kreisen der sogenannten Intelligenz jene berühmte „Simplicissimus"-Stimmung, es verbreitete sich weit ins Land hinaus das, was man damals die „Reichsverdrossenheit" nannte, die ausgesprochen antistaatliche und antideutsche Grundstimmung Friedrich Nietzsches drang durch tausend und abertausend Kanäle ins Volk und fand hier einen durch die Verhältnisse nur allzu gut vorbereiteten Nährboden, und die Arbeiter, die unter der ganzen verkehrten Politik am meisten zu leiden hatten, wurden auch von dieser neuen Hochflut der staatsfeindlichen Strömung weitaus am stärksten erfaßt. Welche verhängnisschweren Folgen dieser ganze innerdeutsche politische Kurs im Auslande gezeitigt hat, das haben wir Alle seit dem 4. August 1914 zu unserem schweren Schaden erleben müssen. Unsere allgemeine Unbeliebtheit kommt gewiß nicht ausschließlich, aber ebenso gewiß auch nicht zum geringsten Teil auf dies Konto! Die bitteren innerpolitischen Früchte jener Zeit aber bekommen wir heute zu schmecken in dem starken Anwachsen der Opposition in der deutschen Arbeiterschaft! Was da einst gesät wurde, das schießt jetzt üppig in die Halme! Wir wollen ganz gewiß die ausgesprochen antistaatliche Strömung, die wir heute in einzelnen deutschen Arbeiterschichten erleben, nicht entschuldigen. Aber wir wollen sie erklären. Wo soll die deutsche Staatsgesinnung plötzlich herkommen, wenn man vorher so viel

getan hat, um sie zu ersticken? Nicht *das* ist das Wunderbare, daß diese antistaatliche Stimmung *da* ist, sondern daß sie — trotz alledem — *so verhältnismäßig bedeutungslos* geblieben ist! *Wie tief* muß die Liebe zum Vaterlande den deutschen Arbeitern *im Blute gesessen* haben, wenn sie auch durch die hahnebüchensten Pferdekuren nicht herauszutreiben gewesen ist!

In ein mehr oder minder „wissenschaftliches" System gebracht wurde die von oben her unbewußt gezüchtete antistaatliche Gesinnung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie im Lauf der letzten Jahrzehnte in erster Linie durch einige in ihr tätige *Ausländer*, wie Rosa Luxemburg, Karl Radek und Anton Pannekoek. Es kann Niemanden ferner liegen als dem Schreiber dieser Zeilen, diese Männer und Frauen, mit denen ihn zum Teil langjährige nahe Beziehungen verbanden, hier schmähen zu wollen und auf sie mit dem Finger zu zeigen nach dem bekannten Wort Heinrich Heines:

Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob, sind selten Landeskinder!

Im Gegenteil haben wir uns ja gerade eben bemüht zu zeigen, daß dieser staatsfeindliche Geist *das legitime Kind gewisser deutscher Zustände* war. Aber die *Systematisierung* dieses Geistes ist vornehmlich das Werk jener ausländischen Sozialisten. An ihrem großen, leider nur allzu abstrakten und wirklichkeitsfremden Scharfsinn, der manchmal so scharf zugespitzt ist, daß die Spitze oben abbricht, an ihrer Tapferkeit, an der Reinheit ihres Wollens, an ihrer aufrichtigen Hingabe an die Sache der Arbeiterklasse ist nicht der leiseste Zweifel erlaubt und die vielfach gegen diese Männer und Frauen in Szene gesetzte Hetze ist unwürdig und geschmacklos. Aber so hoch wir sie auch immer stellen mögen: *Eines* konnten und können alle diese zumeist aus dem Osten zu uns herübergekommenen Sozialisten naturgemäß *nicht* haben: *deutsches Nationalgefühl und deutsche Staatsgesinnung*! Das feinste, intimste Verständnis auch für die

leisesten Schwingungen der deutschen Arbeiterseele mußte und muß ihnen abgehen — bei aller ihrer dialektischen Klugheit. Niemand ist berechtigt, diesen Männern und Frauen, die zum Teile lange Jahre hindurch literarisch und als hochgeschätzte Lehrkräfte an den bedeutungsvollsten Institutionen der deutschen Arbeiterbewegung gewirkt haben, aus dem Fehlen dieser Eigenschaften einen Vorwurf zu machen. Bleibt doch umgekehrt auch uns das Nationalgefühl anderer Völker trotz allen rein-logischen Hineindenkens innerlich fremd! Aber die Tatsache selbst, ohne jeden Vorwurf, einfach festzustellen das muß erlaubt sein!

Soweit die Sozialisten, von denen wir hier sprechen, aus Rußland und Polen stammten, sahen sie zudem meist alle deutschen Dinge durch die Brille ihrer heimischen Zustände und übertrugen daher unwillkürlich die aus den russischen Verhältnissen geborenen taktischen Grundsätze ohne Weiteres auch auf die deutsche Arbeiterbewegung. Es gibt allerdings auch Ausnahmen; so den russischen Sozialdemokraten Parvus, der seit fast dreißig Jahren in Deutschland lebt, der in der deutschen Kultur und deutschen Geisteswelt ganz heimisch geworden ist, der — wenn auch gewiß nicht ohne allerlei Schwankungen und Irrtümer im Einzelnen — seit Langem den deutschen Arbeitern eine aus den deutschen Zuständen selbst abgeleitete konsequente Realpolitik empfiehlt, der auch jetzt im Kriege entschlossen und folgerichtig die Politik des vierten August vertritt und nur in ihr das Heil der deutschen Arbeiterklasse, das Heil des internationalen Proletariats und in letzter Linie auch das Heil für sein russisches Volk selbst erblickt. Aber solche Erscheinungen wie Parvus sind in der Welt der sozialistischen Emigranten aus Rußland und Polen seltene Ausnahmen. Die weitaus meisten von ihnen denken und fühlen wie Rosa Luxemburg. Das heißt: bewußt staatsfeindlich, insbesondere ohne jedes innere Verhältnis zum deutschen Staat und zum deutschen Wesen. Sie sehen in dem Staat im Allgemeinen nur den Klassenstaat und sie sehen speziell im preußisch-deutschen Staate den Todfeind des internationalen Proletariats, den Hort der

europäischen Reaktion. Er ist ihnen das womöglich in noch höherem Maße sogar als ihr von Väterchens Kosaken niedergeknutetes russisches „Vaterland" selbst. Wenn trotz dieser Auffassungen jene ausländischen Sozialisten in der deutschen Arbeiterschaft grade in der Zeit vor dem Kriege zu so großem Einfluß gelangen konnten, so zeigt das nur, wie stark durch die in Deutschland betriebene innere Politik der Boden vorbereitet war für die von ihnen vertretenen Stimmungen und Gedanken.

* * *

„Strömungen und Gegenströmungen" haben wir dies Kapitel genannt. Wie schon angedeutet laufen in dieser ganzen inneren Entwicklungsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, von der wir jetzt reden, so viele Tendenzen nebeneinander her und durcheinander, daß nur Der zu einem klaren Urteil über alle diese Dinge kommen kann, der sich liebevoll in das hinein versenkt, was unter den geistig regsamsten Schichten der deutschen Arbeiterklasse in diesen letzten Jahrzehnten unter der Oberfläche vorgegangen ist.

Sehr viel weniger geräuschvoll und in der großen Oeffentlichkeit daher auch sehr viel weniger beachtet als diese zuletzt gekennzeichnete staatsfeindliche Strömung hatte in der deutschen Arbeiterbewegung nämlich im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte auch eine genau entgegengesetzte Strömung an Stärke und Einfluß immer mehr gewonnen. Der Schreiber dieser Zeilen selbst hat vor einiger Zeit an anderer Stelle einmal (in seinem kleinen Schriftchen: „Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland", Verlag der Internationalen Korrespondenz, A. Baumeister Berlin-Karlshorst) versucht, diese Strömung zu kennzeichnen. Vielleicht ist es gestattet, daß wir an dieser Stelle ausnahmsweise einmal uns selbst zitieren. Wir vergleichen in jenem Schriftchen im letzten Kapitel die Lage der deutschen Arbeiter in den vierziger und fünfziger Jahren mit ihrer Lage von heute und versuchen, klar zu machen, wie sich allmählich aus dem proletarischen Paria von damals der selbstbewußte, klassenbewußte

und staatsbewußte deutsche Arbeiter von heute entwickelt hat. Wir sagen da: „. . . Und nun nehmen die Arbeiter den Kampf gegen dies Vaterland ihrer Ausbeuter und Unterdrücker auf; um ihn wirksam führen zu können, erobern sie sich, unter steten Verfolgungen, unter unaufhörlichen erbitterten Kämpfen, ein Recht nach dem anderen. Sie erringen sich Preßfreiheit, Koalitionsfreiheit, Versammlungsrecht, Wahlrecht. Sie gründen Zeitungen, sie schaffen Organisationen und Institutionen aller Art, sie rufen Versicherungs- und Unterstützungseinrichtungen größten Umfanges ins Leben. Es entstehen Partei-, Gewerkschafts- und Arbeitersekretariate in großer Zahl, es breitet sich ein weitverzweigtes und vielgestaltiges besonderes Arbeiter-Beamtenwesen aus. In unsäglicher Mühe und unter ungeheuren Opfern schaffen die Arbeiter sich großangelegte und sicher fundierte Druckerei-, Volkshaus- und andere Unternehmungen, in denen heute viele Millionen an Werten (lauter mühselig aufgebrachte Arbeitergroschen!) angelegt sind. In alle Parlamente des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden, in alle Körperschaften der Versicherungsgesetzgebung und der gewerblichen Rechtsprechung bringen sie Männer ihres Vertrauens hinein, die in zahllosen Deputationen und Kommissionen unermüdlich zum Wohle ihrer Klasse tätig sind. In unaufhörlichem Kampfe mit sehr einflußreichen Schichten des Staates ringt sich unter dem stets steigenden Druck der Arbeiterbewegung eine sozialpolitische Gesetzgebung durch, die den Proletarier mit tausend Fäden an die Einrichtungen eben dieses Staates knüpft.

Ein überaus mannigfaltiges Bildungswesen breitet sich aus, mit Arbeiterbildungsschulen und Parteischulen, mit Gewerkschaftsschulen und mit Wanderkursen aller Art. Ein Stab wissenschaftlich und pädagogisch gleich geschulter Lehrkräfte steht im Dienste dieses Unterrichtswesens, das keineswegs nur der Parteipolitik im engeren Sinne, sondern ebenso sehr der kulturgeschichtlichen Bildung, der naturwissenschaftlichen Aufklärung und der künstlerischen Schulung dient. Das Lichtbild wird durch eine besondere Zentrale in mustergültiger Weise

in den Dienst dieses Bildungswesens gestellt, Arbeiterbibliotheken entstehen überall und erstrecken ihren oft nach Zehntausenden zählenden Bücherbestand über alle Zweige des Wissens. Museumsführungen unter wissenschaftlicher Leitung werden eingerichtet, Arbeiter-Wandervereine beflügeln machtvoll im Proletarier die Liebe zu den tausend innigen Reizen deutscher Landschaft und führen ihn hinaus aus der dumpfen Stickluft der Kneipe. Sportvereine aller nur denkbaren Art entstehen, Volkschöre erscheinen, die die großen Schöpfungen der Tonkunst in hervorragender Wiedergabe weiten Arbeiterkreisen vermitteln. Man gründet freie Volksbühnen, ja, man fängt an, große eigene Theaterhäuser zu bauen, um in mustergültigen Aufführungen die Meisterwerke der Weltliteratur den Arbeitern zugänglich zu machen. Konsumvereine blühen auf, deren Gesamtmitgliederziffern hoch in die Millionen gehen. Diese Konsumvereine gehen zur Eigenproduktion über, es entstehen nicht nur eigene Fleischereien und Bäckereien, sondern auch eigene Teigwaren- und Seifenfabriken. Der Bau von genossenschaftlichen Wohnungen beginnt. Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam zeugen das weitausgreifende Versicherungsunternehmen der Volksfürsorge. Und so fort ins Unendliche."

So weit unsere Skizzierung des Entwickelungsganges in dem genannten Schriftchen. Es versteht sich, daß wir dort nicht im Traume daran dachten und daß wir auch jetzt nicht daran denken, das Los der deutschen Arbeiter von heute als glücklich und beneidenswert hinzustellen. Niemand weiß besser und Niemand fühlt tiefer als wir, wie unendlich viel auch heute noch dem deutschen Arbeiter zu seiner vollen Menschwerdung fehlt. Wir werden darüber im letzten Kapitel dieser Arbeit noch Einiges zu sagen haben. *Aber daß der deutsche Arbeiter von 1916 dem Staate und seinen Einrichtungen seelisch ganz anders gegenübersteht, als sein Vorfahr etwa um 1846 herum, das kann niemand bezweifeln!* „Mehr als ihre Ketten", — diese Folgerung haben wir auch in der genannten Broschüre aus der Gegenüberstellung des Einst und des Heute

gezogen — „haben die Arbeiter auch heute schon zu verlieren", und es ist ein unendlich weiter Weg zurückgelegt worden von den Tagen jener Parias der vierziger Jahre bis zu unseren Tagen, da Berliner Arbeiter — es war zur Kriegsweihnachtsfeier 1914 — Berlins größten Theaterpalast, das stolze Haus am Bülowplatz, als ihre Kunststätte, die Kunststätte der vereinigten Freien Volksbühnen einweihten . . .

In diesem langen Zeitraum ist ebensowenig wie der Arbeiter der Staat der gleiche geblieben. Gewiß ist er auch heute noch Klassenstaat, Herrschaftsinstrument der Besitzenden. In wie hohem Maße er das auch heute noch ist, haben wir vorhin ja selbst geschildert und seine Wirtschaftspolitik wie seine Staatsrechtpolitik, seine Verwaltung wie seine Rechtspflege liefern auf tausend Seiten den Beweis dafür. Aber der Staat ist nicht mehr nur Klassenstaat, er ist nicht mehr nur Herrschaftsinstrument der Besitzenden. Grade durch den Klassenkampf der Arbeiter ist er auch, wie Heinrich Peus das kürzlich einmal ausdrückte, in hohem Maße bereits zu einem Staat der Gemeinnützigkeit geworden, an dessen Bestehen auch die Arbeiter und gerade die Arbeiter ein hohes Interesse haben. Haben sie doch in das zähe Erdreich dieses Staates in unendlicher Mühe hineingesenkt die mächtigen Quadern und Grundmauern des stolzen Baues ihrer eigenen Zukunft, wollen sie doch den Klassenstaat von gestern durch Demokratie und Sozialreform, durch Staatshygiene und Staatsschule immer mehr umhämmern, ihn immer mehr umschmieden in den sozialen Staat von morgen!

Dies ist die große Wandlung, die sich langsam und unmerklich vollzog: früher sah der Arbeiter im Staate nur seinen Feind, der ihn mit Polizisten und Gensdarmen, mit Staatsanwälten und Gefängnisaufsehern verfolgte. Heute hat der Arbeiter begonnen, sich selbst als Teil — und wahrlich nicht als den unwichtigsten und schlechtesten Teil — dieses Staates zu fühlen! War ihm früher der Staat gleichsam eine von außen her zu berennende und nach Möglichkeit niederzuwerfende Festung, so ist heute sein Sinnen und Trachten vielmehr auf die Umwandlung des

Staates von innen heraus gerichtet. Aus dem Kampf gegen den Staat wird ein Kampf um die innere Neugestaltung des Staates. Die Arbeiterbewegung beginnt, den Staat und seine Institutionen mit ihrem Geiste zu durchdringen, ihn ihren Interessen dienstbar zu machen.

Diesen werdenden Arbeiterstaat, diesen sozialen Staat der Zukunft, dessen Fundamente heute schon gelegt sind, ihn verteidigen die deutschen Arbeiter heute vor Verdun und in Flandern, in Kurland und in Polen mit ihrem Herzblut!

Nebenbei bemerkt: Kaum Einer wohl hat diese langsame und keineswegs nur auf Deutschland beschränkte innere Umwandlung der Verhältnisse zwischen Staat und Arbeiter früher und klarer erkannt als Jean Jaures, das erste Edelopfer dieses Krieges. . . .

* * *

Wie ihr Verhältnis zur eigentlichen Staatsgewalt selbst, so hatte sich in den letzten Jahren vor dem Kriege das Verhältnis der deutschen Arbeiter auch zur vaterländischen Industrie, zum vaterländischen Gewerbe allmählich von Grund aus geändert durch die Einführung von Tarifverträgen in den einzelnen Berufsgruppen, die Einsetzung von Tarifämtern u. s. f. August Winnig, der begabte junge Führer der deutschen Bauarbeiter hat kürzlich einmal sehr hübsch geschildert, wie die Arbeiter in den letzten Jahren nach und nach ganz unbewußt anfingen, ihre Sprache zu ändern, wenn sie von ihrem Verhältnis zu den Unternehmern ihres Berufes redeten und daß Wendungen wie: „Unser Gewerbe" in den Versammlungen erst ungewohnt, dann aber immer häufiger an das Ohr der Teilnehmer zu dringen begannen.

* * *

So ergibt sich also dieses Bild: auf der einen Seite eine im Wesentlichen ideologisch betonte stark-nationale Note, die in der ganzen Geschichte der Sozialdemokratie immer wieder durch-

klingt. Demgegenüber eine gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege an Stärke zunehmende bewußt antistaatliche und antinationale Strömung. Und endlich als Gegengewicht gegen diese wiederum eine neue sich gleichfalls stets stärker ausbreitende Tendenz, die nicht ideologisch wohl aber durch die Praxis des Tageskampfes den Arbeiter immer fester mit dem nationalen Staat, der nationalen Industrie und ihrer Interessen verknüpft.

* * *

Diese zuletzt genannte innere, psychologische Aenderung des Verhältnisses zwischen Staat und Arbeiter, die sich fast durchweg unter der Schwelle des Bewußtseins auch der Nächstbeteiligten selbst vollzog, ging auch nach außen hin ganz lautlos von Statten. Sie wurde jedenfalls viel weniger bemerkt, als jene andere Strömung bewußter Staatsfeindschaft, bewußter Staatsnegation, die einen großen Teil der Presse und des öffentlichen Lebens der Arbeiterschaft beherrschte. Welche dieser beiden Richtungen, die beide ihre Kraft aus Verhältnissen der Wirklichkeit sogen, die stärkere sein, welche von beiden der deutschen Arbeiterbewegung der Zukunft ihren Stempel aufdrücken würde: wer konnte es voraussagen? Erst der Krieg — und damit kommen wir endlich nach langem, aber unvermeidlichem Umwege wieder zu unserem eigentlichen Thema zurück — erst der Krieg brachte die Antwort! Erst jetzt wurde es Millionen von deutschen sozialdemokratischen Arbeitern klar, daß sie selbst sich in jahrzehntelangem opfervollen Ringen Heimatrecht in diesem Deutschland erstritten hatten, daß sie sich ein gutes Stück deutscher Kultur erobert hatten, wie umgekehrt sie selbst zu einem Stück deutschen Kulturlebens geworden waren! Erst die große gemeinsame Not ließ die Arbeiter ihr Vaterland finden, wie auch diese Stunde der Not erst das Vaterland seine Arbeiter finden ließ. Es war — um ein vielleicht nicht ganz treffendes Bild zu gebrauchen — wie die plötzlich ins Bewußtsein tretende Liebe zwischen lange entfremdeten Eltern und Kindern. Und wenn der seit Kriegsbe-

ginn im Felde stehende deutsche Arbeiterdichter Karl Bröger, der zugleich Redakteur einer sozialdemokratischen Tageszeitung ist, die Worte gefunden hat:

Immer haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
Doch haben wir sie nie mit Namen genannt,
Und erst deine allergrößte Gefahr
Zeigte, daß dein ärmster Sohn auch dein treuester war —
Denk es, o Deutschland! —

so war das Millionen deutscher Proletarier aus dem Herzen gesprochen und wir möchten nur wünschen, daß *auch die letzten vier Worte dieser Strophe* nicht *umsonst* gesprochen sind!

Wie das Erwachen aus einem langen wüsten Traum war es in jenen Augusttagen. Wir schlugen die Augen auf und siehe da: wir hatten plötzlich, aus tiefster Not und aus höchster Gefahr geboren, *ein deutsches Vaterland!* Und dieses deutsche Vaterland hatte *uns* . . .

* * *

Diese plötzlich mit so elementarer Gewalt hervorbrechende Liebe zu Deutschland hat manchen deutschen Sozialdemokraten in der Stunde, als er sich ihrer bewußt wurde, — sagen wir es ganz offen — mit *jähem Schrecken* erfüllt. Man kam — wir erinnern hier auch an die im zweiten Kapitel geschilderte *besondere* innerpolitische Situation in Deutschland zur Zeit des Kriegsausbruchs — in einen Wirbel des furchtbarsten Stimmungswiderstreits, ja noch mehr: man kam in das Höllenfeuer der schwersten Gewissenskonflikte hinein. Ja — *durfte* man denn überhaupt deutsch empfinden, durfte man *so* deutsch empfinden, durfte man mit den Klassenfeinden von gestern nun heute Schulter an Schulter zusammenstehen, zu Blutsbrüderschaft geeint im Leben und im Sterben — zusammenstehen gegen die Klassen- und Kampfgenossen jenseits der Grenze, denen man vor drei Tagen noch das Gelöbnis der Treue erneut hatte? Das war der dem Nichtsozialisten wohl kaum ganz faßbare fürchterliche innere Konflikt,

vor den sich am vierten August die Sozialisten nicht nur Deutschlands, sondern umgekehrt die Sozialisten auch der Weststaaten, besonders die französischen und belgischen Sozialdemokraten, gestellt sahen. Und überall die gleiche Lösung: überall zog es mit Allgewalt die Arbeiter auf die Seite ihres Volkes, auf die Seite ihres Vaterlandes!

Wie beharrlich hatte ein Jules Guede, der alte starre Marxist und Antiministerialist, seit Jahrzehnten gepredigt, daß alle nationalen Fragen zu vollster Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft seien gegenüber der einen, großen, Alles beherrschenden sozialen Frage! Und nun, da die Stunde der furchtbaren nationalen Not gekommen war, trat er selbst ein in das Ministerium der nationalen Verteidigung, ward er selbst zum Ministerkollegen der von ihm so oft als Verräter gebrandmarkten Viviani und Briand! Und wie er so Sembat, so Thomas, so der Belgier Vandervelde, der Präsident und die Verkörperung der Arbeiter — Internationale! Allüberall stellten sich nun die Sozialisten, wie von einer unsichtbaren Macht vorwärts gepeitscht, ohne Wanken und Schwanken an die Seite ihres Volkes. Eine tiefe innere Notwendigkeit vollzog sich da, die hoch erhaben ist über Vorwurf und Spott, und vor ihr zersplitterten wie Glas alle Theorien und Theoreme, die uns beweisen sollten, und zum Teil (man lese Radeks Artikel im „Vorboten") selbst jetzt noch beweisen wollen, der Arbeiter habe auch heute noch kein Vaterland. . . . .

Gewiß gab es Einzelne, die sich in jenem furchtbaren inneren Konflikt zwischen einer für den Augenblick gegenstandslos und deshalb auch sinnlos gewordenen internationalen Klassensolidarität und dem Zusammenstehen mit der Volksgemeinschaft in Not und in Tod für das Erste entschieden, die sich als Einsame der ungeheuren tragischen Notwendigkeit entgegenstemmten. Was sie taten war gewiß objektiv falsch und soweit ihr Tun Schaden stiftet, verdient es rücksichtsloseste Bekämpfung. Auch wir lassen es daran nicht fehlen. Aber man verachte deshalb diese Frauen und Männer nicht! Auch sie folgten ihrem Gewissen — genau wie wir anderen.

Begeifert zu werden haben sie nicht verdient. War ihr Tun ein Irrtum (und es war ein Irrtum!) so war es doch ein ehrenhaftes Irren, dem sie erlagen. Fehlten sie, (und sie haben gefehlt!), so war es ein heroisches Fehlen, dessen Opfer sie wurden.

Doch auch wir Anderen, die wir uns — oft erst nach inneren Kämpfen, die uns Tage und ganze Wochen marterten — fest und entschlossen zum deutschen Volke stellten, auch wir dürfen jeden Vorwurf der seelischen Schwachheit und des feigen Verrats an unseren Grundsätzen zurückweisen. Als in uns das lebendige Deutschland über eine tote Ideologie des Internationalismus (nicht über den internationalen Gedanken an sich!) siegte, da siegte — wenn wir die Dinge einmal personifizieren dürfen — der alte großdeutsche Wilhelm Liebknecht in uns über den Flüchtling Wilhelm Liebknecht, dem England zur zweiten Heimat geworden war, der lebendige Bebel wurde Herr in uns über die tote Rosa Luxemburg!

Leicht ist dies Ringen zweier Seelen in der einen Brust wohl keinem von uns geworden. Darf der Autor hier einmal eine gewisse innere Scheu zu überwinden suchen und einen Augenblick von sich selbst reden und darf er dabei aus dem unpersönlichen „wir" übergehen in das unmittelbarer von Herzen kommende „ich"? Nun, dann möchte ich hier sagen: um Alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben! Dieses drängendheiße Sehnen, sich hineinzustürzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut und von der anderen Seite her die furchtbare seelische Angst, diesem Sehnen rückhaltlos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um Einen herum brauste und brandete, und die, sah man sich ganz tief ins Herz hinein, auch vom eigenen Innern ja längst schon Besitz ergriffen hatte! Diese Angst: wirst Du auch nicht zum Halunken an Dir selbst und Deiner Sache — darfst Du auch so fühlen, wie es Dir ums Herz ist? Bis dann — ich vergesse den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furcht-

bare Spannung sich löste, bis man wagte, das zu sein was man doch war, bis man — allen erstarrten Prinzipien und hölzernen Theorien zum Trotz — zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Vierteljahrhundert wieder!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über Alles!

---

11. Sozialistische Illusionen und kapitalistische Wirklichkeiten.

Die Tatsache, daß die Arbeiter aller beteiligten Staaten im Augenblick des Kriegsausbruchs mit einem Schlage sich ihres längst tot geglaubten Nationalgefühls mit jener ungeheuren Elementargewalt bewußt wurden, die wir eben zu schildern versuchten, war *eine* der großen Ueberraschungen, die der Krieg den Sozialisten brachte. Aber es war *nicht die einzige Ueberraschung*. In engstem Zusammenhange nämlich mit jenem Bewußtwerden des Nationalgefühls und des Staatgedankens im Proletariat stand die erschütternde Erkenntnis, daß man auf der anderen Seite sich selbst über das Gewicht, das die Arbeiter-Internationale gegen den Krieg in die Wagschale zu werfen haben würde, den abenteuerlichsten Illusionen hingegeben hatte. Liest man heute noch einmal die Reden und Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse durch, besonders die von Stuttgart, Kopenhagen und Basel, so wird man sich zwar immer noch freuen an dem großen Ernst, der dort alle Verhandlungen über das Kriegsproblem beherrschte; man wird sich auch heute noch freuen an der aus tiefstem Abscheu vor der schauerlichen Barbarei der modernen Massenschlachten geborenen Begeisterung, die alle Teilnehmer durchglühte, als sie in Basel ihr Feldgeschrei erschallen ließen: *Krieg dem Kriege!* Zugleich aber schüttelt man doch erstaunt den Kopf über die im Lichte des seither Geschehenen geradezu verblüffende Naivität, mit der wir Alle damals die im heutigen Völkerleben wirksamen Kräfte und Gegenkräfte beurteilt und in ihrem Stärkeverhältnis gegeneinander eingeschätzt hatten. Was ist auf einigen unserer internationalen Kongresse, besonders von holländischen, englischen und französischen Delegierten, nicht alles zusammenphantasiert worden über die Möglichkeit, durch Massenstreiks internationa-

len Charakters, vornehmlich durch Streiks der Bergleute, der Transportarbeiter und der Arbeiter in Waffen- und Munitionsfabriken den Krieg zu verhindern! Und was ist aus allen diesen Illusionen dann in der rauhen Wirklichkeit geworden! Statt der von Vaillant, Hervé und Anderen erwarteten allgemeinen Insurrektionen gegen den Krieg erlebten wir von dem Augenblicke an, wo der Feind an den Grenzen stand allüberall begeisterte Kundgebungen auch der sozialistischen Arbeiterschaft für den Krieg! Statt der erhofften Arbeitsverweigerung in den für den Kriegsbedarf arbeitenden Fabriken — massenhafte freiwillige Angebote für Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit! Statt der Dienstverweigerung die Meldung vieler Millionen von Kriegsfreiwilligen in allen Ländern! Und statt der „Internationale" sangen die französischen Arbeiter Rouget de l' Isles unsterbliche Marseillaise, das große nationale Sturmlied gegen die „Horden der fremden Eroberer", deren Fuß nicht der Heimaterde heiligen Boden besudeln dürfe, — die deutschen Arbeiter aber sangen die „Wacht am Rhein" und „Deutschland über Alles"! Die Internationale brach — darüber hilft uns heute kein Klagelied und kein Tränenlied mehr hinweg — grade in dem Augenblick zusammen in dem sie zum ersten Mal ihre Lebenskraft hatte beweisen sollen! Auch das war eine der großen Ueberraschungen dieses Krieges und wer wollte bestreiten, daß es für viele Millionen eine tief, tief schmerzliche Ueberraschung gewesen ist?

Wie aber die Arbeiter-Internationale sich entgegen manchem Hoffen als ohnmächtig erwiesen hatte, den Krieg zu verhindern, so erwies sich auf der anderen Seite die kapitalistische Wirtschaftsordnung den Kriegsstürmen gegenüber in ganz ungeahnter Weise als widerstandsfähig. Kaum ein Sozialist hatte es für möglich gehalten, daß sie den ungeheuren Erschütterungen des Krieges auch nur wenige Monate werde standhalten können. Es sei nur daran erinnert, wie August Bebel auf dem Jenaer Parteitag von 1911 die Folgen des kommenden Weltkrieges ausmalte. Ein paar Sätze aus seiner damaligen Rede seien

hier nach dem stenographischen Protokoll wiedergegeben. Bebel schildert da die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen einer Mobilmachung so:

„Dieses Aufgebot (der Truppen) ruft eine förmliche Revolution in unseren gesamten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen hervor. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu beißen und zu leben haben. (Lebhafte Zustimmung). Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankerott ansagen, weil ihnen alle Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlen. (Lebhafte Zustimmung). Die Kurse aller Wertpapiere erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Probe gehabt haben [bei der Börsenpanik und dem Sparkassensturm von 1911 aus Anlaß der Marokkokrisis jenes Jahres. Der Verfasser] und durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Bettelleuten gemacht werden. (Sehr richtig!) Der Ausfuhrhandel stockt und unser gewaltiger Welthandel wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen, soweit sie nicht für Kriegsbedarf arbeiten, kommen zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken! Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind (hört, hört). Das wird tatsächlich die allgemeine Hungersnot bedeuten. . . .

Die Arbeiter verlangen dann Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industrie und Gewerbe die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann. Wer wird die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Dazu ist kein Geld da. Die Kassen der Gewerkschaften stehen vor dem Bankrott, (sehr richtig!), sie können die verlangten Unterstützungen nicht leisten, auch die Gemeinden, auch der Staat und das Reich nicht, der Staat und das Reich, dem seine Armee und Flotte jeden Tag der Mobilmachung 45 Millionen Mark kostet (Bewegung,

hört, hört!), 1350 Millionen Mark in einem Monat. [Daß alle diese Ziffern, die Bebel damals gab, durch die Wirklichkeit noch weit überholt worden sind, wissen die Leser. Der Verfasser.] Und nun stellen Sie sich den Krieg selbst vor, mit der ungeheuren technischen Entwickelung seit 1870, den Millionenheeren hüben und drüben, den Repetiergewehren, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit den modernen Sprengstoffen usw. . . .

Wenn ein großer Krieg kommt, steht die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiel."

Soweit Bebel im Jahre 1911. Er war also davon überzeugt, daß die bürgerliche Gesellschaft den Krieg nicht werde überleben können. Schon einige Zeit vorher hatte Bebel im Reichstage erklärt:

„Dann (beim Kriegsausbruch) kommt die Katastrophe. . . . Hinter dem großen Generalmarsch steht der große Kladderadatsch. . . . Die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft ist im Anzuge. Seien Sie sicher, sie ist im Anzuge!"

Uebrigens hielt Bebel auch rein militärisch eine längere Kriegsdauer für ganz ausgeschlossen. In seinem bekannten Buche „Die Frau und der Sozialismus" führte er darüber u. a. Folgendes aus:

„Die Kriegs- und Mordwerkzeuge werden in einemfort verbessert, sie haben eine Vollkommenheit in bezug auf Schnelligkeit, Ferntragfähigkeit und Durchschlagskraft erlangt, die sie für Freund und Feind furchtbar macht. Wird eines Tages dieser ungeheure Apparat in Tätigkeit gesetzt, so wird sich zeigen, daß er unregierbar und unlenkbar geworden ist. Es gibt keinen General, der solche Massen kommandieren kann; es gibt kein Gebiet, große genug, um sie zu fassen und aufzustellen; keinen Verwaltungsap-

parat, der sie auf die Dauer zu ernähren vermag. Und im Fall von Schlachten fehlen die Hospitäler, um die Zahl der Verwundeten unterzubringen, wird die Beerdigung der zahlreichen Toten fast zur Unmöglichkeit. . . ."

Noch weit entschiedener als Bebel haben andere bekannte Sozialdemokraten angekündigt, daß Weltkrieg und Ende der bürgerlichen Gesellschaft gleichbedeutend sein würden. So setzte in der wissenschaftlichen Wochenschrift der Partei, der „Neuen Zeit", der im vorigen Kapitel schon genannte Sozialist Anton Pannekoek im Jahre 1912 in einer längeren Artikelserie über „Massenstreik und Revolution", besonders im vierten Kapitel dieser Serie, betitelt: „Der Kampf gegen den Krieg" (Nummer 43 der „Neuen Zeit" vom 26. Juni 1912, Seite 609 und folgende) darüber das Nachstehende auseinander:

„Ein europäischer Krieg, sei es ein Landkrieg, der mehrere Millionen junger Männer auf die Schlachtfelder ruft, oder ein Seekrieg, der den Handel und damit die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln für die gesamte Industrie hemmt, bedeutet eine ökonomische Krise von ungeheurer Wucht, eine Katastrophe, die bis in die entferntesten Landesteile die Quellen des Lebens der weitesten Volkskreise verschüttet; unser hochentwickelter Gesellschaftsorganismus wird gelähmt. . . . Der Schrecken eines solchen Krieges ist nicht beschränkt und kaum konzentriert auf das Gebiet, wo die Schlachten geschlagen werden. Auch wenn der Feind draußen bleibt, ist die Katastrophe im eigenen Lande nicht weniger groß."

Der aufs Höchste entwickelte Kapitalismus unserer Tage habe, so erläuterte Pannekoek das Gesagte weiter, das ganze Wirtschaftsleben in einen überaus feinem, kunstvoll ineinandergreifenden Mechanismus verwandelt. Drohe ein Krieg, so werde „das ganze ökonomische Leben mit einem Schlage stillgesetzt." Gegen die Zustände aber, die eine

solche Stillsetzung nach sich ziehe, würden die Arbeiter in allen Ländern ganz spontan, ohne jede äußere Einwirkung, sich revolutionär erheben. Es handele sich dabei um eine Lebensfrage des Proletariats. Massenstreiks würden überall aufflammen, die Aktionen gegen den Krieg würden „die weitesten Kreise aufklären, sie mobilisieren und sie in den Kampf ziehen", sie würden die Macht des Kapitals nicht nur sondern auch die Macht der Staatsgewalt „aufs Empfindlichste schwächen, die Macht des Proletariats dagegen aufs Höchste steigern." So werde der Kampf um den Krieg „zu einer Episode in dem Prozeß der Revolution, zu einem wesentlichen Teil des proletarischen Kampfs um die Eroberung der Herrschaft." Wörtlich sagt Pannekoek:

> „Ein europäischer Krieg bedeutet eine europäische Revolution ... Die gesteigerte Leidenschaft wird sich in einem Proletariat, in dem die sozialistischen Lehren fest wurzeln, nicht in nationalistische Erregung, wie bei unaufgeklärten Massen, sondern in revolutionäre Entschlossenheit umsetzen und sich bei der ersten Gelegenheit gegen die Regierung wenden."

Gegen die von Kautsky damals in der „Neuen Zeit" und auch sonst mehrfach aufgestellte und inzwischen als durchaus zutreffend erwiesene Annahme, beim Ausbruch eines Krieges werde das ganze Volk geschlossen zusammenstehen, um den Feind von den Landesgrenzen fern zu halten und um so dem eigenen Lande die Schrecken einer feindlichen Invasion zu ersparen, weiß Pannekoek nicht schroff genug zu polemisieren. Es ist, sagt er, überflüssig, nachzuweisen, „daß diese (Kautskys) ganze Darstellung mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat." Und in der weiteren Fortsetzung der Polemik, die sich nunmehr in die „Leipziger Volkszeitung" hinüberzog, erklärt Pannekoek wiederum kategorisch:

> „Das Proletariat wird nicht nach Kautskys sondern nach unseren Erwartungen handeln. Es wird nicht zurückfallen zur nationalistischen, es wird

emporsteigen zur revolutionären Leidenschaft."

Dem Proletariat werde es dann ein Leichtes sein, einmal zur Herrschaft gelangt, innerhalb zweimal 24 Stunden einen fertigen Apparat zur Leitung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu schaffen. . . .

In einer parteioffiziell in den letzten Jahren vor dem Kriege sehr stark verbreiteten Flugschrift „Imperialismus und Sozialdemokratie" war prophezeiht worden:

„In dem Blut und in der Gewalt eines Weltkrieges wird die kapitalistische Welt in der Geschichte versinken. Die historische Stunde wird die Arbeiterklasse bereit finden und bereit sein ist Alles."

In einer im Jahre 1911 in Leipzig erschienenen Schrift „Krieg, Zusammenbruch und Revolution" heißt es:

„Wir zweifeln nicht, daß sofort beim Ausbruch eines Krieges die bekannten Führer der Sozialdemokratie . . . hinter Schloß und Riegel gebracht würden. Woran wir aber zweifeln, ist, ob bei einer solchen Situation die Unterdrückung des Aufruhrs auch gelingen würde. Das Heer ist auf dem Kriegsschauplatze, im Lande bleiben die Reserven. . . . Ob diese Männer wohl bereit wären, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn das Kommando erschallt? Man bedenke: diese Männer wissen, daß das Volk im Aufruhr ist . . . Und diese Männer sollten sich zu Henkern ihrer Volksgenossen hergeben? Wohl kaum. Aber vielleicht würde sich der Klassengegensatz in den Regimentern selbst geltend machen und dann könnte es zu mörderischem Kampfe der Bewaffneten untereinander kommen. Aus diesem entsetzlichen Chaos gäbe es nur e in Entrinnen: Die soziale Revolution, die Diktatur des Proletariats."

Schließlich noch zwei Sätze aus dem Artikel eines sehr bekannten sozialdemokratischen Publizisten, der unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges selbst, in den letzten Julitagen 1914, geschrieben wurde.

Der Artikel schildert die ungeheure wirtschaftliche Panik jener Tage und zieht daraus diese Schlußfolgerung:

„Es ist, als wenn angesichts der Kriegsgefahr der Todesschauer die kapitalistische Gesellschaft durchzuckt. Sie weiß, daß der Krieg, den sie durch dem Imperialismus und die Rüstungshetze heraufbeschworen hat, schließlich das Ende ihrer Herrlichkeit bedeutet, daß er zur sozialen Revolution führen muß."

Auch sonst erschienen in jenen Julitagen von 1914 in zahlreichen sozialdemokratischen Blättern Artikel, die beim Kriegsausbruch „die Götterdämmerung des Kapitalismus" herannahen sahen.

Uebrigens waren es nicht nur sozialdemokratische Politiker und Volkswirtschaftler, die in ihren Voraussagen der kommenden Dinge den Krieg unmittelbar in die soziale Revolution umschlagen ließen, einzelne Schriftsteller aus dem bürgerlichen Lager urteilten nicht anders. So schrieb noch wenige Monate vor dem Kriegsausbruch, im Frühjahr 1914, der Leipziger Unternehmer-Syndikus Martin Schneider in seinem Schriftchen, „Hungersnot nach der Mobilmachung":

„Eine Mobilmachung wird in drei bis vier Tagen die Hungersnot in unsere Großstädte bringen. Hungersnot aber bedeutet den Ausbruch von Hungermeuten, so daß wir nach meiner Meinung auch nach glücklich geführten ersten Schlachten mit einer derartigen Beunruhigung unseres Staatslebens rechnen müssen, daß der Zusammenbruch der Großstädte die Heeresleitung in der Durchführung ihrer taktischen Maßnahmen hindern wird. . . . Die Gefahr, daß mit dem Tage der Mobilmachung Hungersnot in den Großstädten ausbricht, ist die größte, die unser Wirtschaftsleben und unsere Kultur überhaupt laufen kann. . . . Moabit oder Essen in Hungersnot, das gibt die Kommune von 1871!

... Hungersnot bedeutet aber weiter den Zusammenbruch unserer empfindlichsten Rüstung, der Währung. Auch unsere besten Münzgesetze, das vorzügliche System der deutschen Reichsbank, die Geldmittel unserer Großbanken und Sparkassen, das beste Genossenschaftswesen können dann ein Zusammenbrechen unserer Währung nicht verhindern, wenn sprunghaft die Lebensmittelpreise vom Tage der Mobilmachung an in die Höhe gehen. . . In unseren großen Steinhaufen, Großstädten, ist . . . für die hungernde Menge nichts zu holen und nichts zu finden, und auch die Gewerkschaften, als die Stelle, bei der in der Not sofort angeklopft werden wird, können dem Asphalt kein Brot abringen. Neben dem Zusammenbruch unserer Währung und unseres Staatslebens würde ferner Hungersnot auch die Unmöglichkeit bedeuten, die gesamte notwendige Mannschaft zu mobilisieren. Auch wenn die ersten Schlachten für uns günstig ausfallen sollten und wir das Glück hätten, einen Krieg sofort in das Land des Angreifers hineinzutragen, so bessern sich dadurch die Verhältnisse für das Inland nicht, und der mag kommen, der heute mit Demagogengeste die Mittel nennt, aus hungernden Arbeiter-Vororten Mannschaften auszuheben! All' dies muß eintreffen mit der Sicherheit eines Naturgesetzes."

Die Leser sehen, daß zwischen den Vorstellungen, die sich der nationalliberale Syndikus Martin Schneider und der sozialdemokratische Schriftsteller Anton Pannekoek von der Revolution als unmittelbarer Folge des Weltkrieges machten, garkein so großer Unterschied bestand. Was Herr Schneider in den zitierten Sätzen schreibt, das hätte mit ein bischen anderen Worten von der Gegenseite her eben so gut Pannekoek schreiben können.

12. Revolutionäre Ideologie und revolutionäres Erlebnis.

Heute, nach fast 20 Kriegsmonaten, bedarf es keiner Auseinandersetzungen mehr darüber, daß alle diese Prophezeihungen einfach in sich zusammen gefallen sind. Es bedarf keiner längeren Erörterungen mehr über die schon im vorigen Kapitel festgestellte Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise eine Elastizität, eine Anpassungsfähigkeit gezeigt hat, die weder hüben noch drüben ihr irgend Jemand zugetraut hätte. Man braucht — um nur dies Eine anzuführen — sich blos des Ergebnisses der deutschen Kriegsanleihen zu erinnern, um zu begreifen, wie falsch die früher allgemein verbreiteten Vorstellungen gewesen sind, die bürgerliche Gesellschaft werde schon nach ganz kurzer Kriegsdauer auf dem letzten Loche pfeifen.

Also: die Revolution, die wir als Folge des Krieges erwartet hatten, ist nicht gekommen. Diese Revolution, die wir — seien wir doch offen — uns immer mehr oder minder nach dem Schema der alten bürgerlichen Revolutionen vorgestellt hatten, wenn auch etwas proletarisch modernisiert, diese Revolution, die wir uns als Mischung der großen französischen und der großen russischen Revolution gedacht hatten, als ein Ineinanderfließen von Riesendemonstrationen und Aufständen, Massenstreiks und Barikadenbau, diese Revolution ist ausgeblieben, gründlich ausgeblieben!

Aber ist der Krieg deshalb etwa kein revolutionärer Faktor geworden? O doch! Nur daß die Revolution, in die wir durch den Krieg hineingeführt worden sind, so gigantische Dimensionen angenommen hat, daß alle unsere alten, überlebten Revolutionsvorstellungen weit dahinter zurückgeblieben sind. Was wir uns als revolutionäre Kriegsfolgen erträumt hatten, erscheint uns heute wie ein Sturm

im Glase Wasser im Vergleich zu Dem, was wir wirklich erleben. Oder vielmehr: es müßte uns so erscheinen! Aber merkwürdiger Weise gibt es eine große Zahl von deutschen Sozialdemokraten, die vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen, denen es noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen ist, in welcher ungeheuren revolutionären Umwälzung wir mitten drin stehen. Oder wie Dr. Paul Lensch es in seinem ausgezeichneten kleinen Schriftchen: „Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis" (Hamburg, Verlag von Auer & Komp. 31 Seiten) treffend ausgedrückt hat: „Keine Partei hat die Revolution so oft vorausgesagt, keine hat sich selber mit solchem Stolz als revolutionär bezeichnet wie die Sozialdemokratie. Jetzt, wo die Revolution da ist, gleicht sie der törichten Jungfrau, die kein Oel auf der Lampe hat, wenn der Bräutigam plötzlich kommt."

Es würde uns hier viel zu weit führen, und es würde über die Grenzen des Themas, das wir uns in diesem Buche gestellt haben, stark hinausgehen, wollten wir an dieser Stelle die ungeheure Umwälzung, in die uns der Krieg gestürzt hat, im einzelnen schildern. Wir müssen da auf die eben genannte Schrift von Dr Paul Lensch und daneben auch auf unsere eigene kurz vorher erschienene kleine Arbeit: „Zur Lage der Partei" (Hamburg, Verlag von Auer & Komp.) verweisen. An dieser Stelle muß es genügen, nur die allerwichtigsten Momente ganz flüchtig anzudeuten.

Wir Alle sind Zeugen davon gewesen, wie der Krieg gerade das scheinbar starrste und unbeweglichste Herrschaftsmittel des heutigen Staates, das Militärwesen, von Grund aus revolutionär gewandelt hat. Mögen es die leitenden Kreise des Heeres nun gern sehen oder nicht: die allgemeine Demokratisierung der Armee als Folge dieses Weltkrieges ist nicht mehr aufzuhalten! Noch im Jahre 1870 hat der Kriegsminister Roon die Einberufung größerer Kontingente nicht nur des Landsturms, sondern sogar der Landwehr zu den Fahnen als eine revolutionäre Gefahr auf das Hitzigste bekämpft. Heute aber steht außer der gesamten Landwehr und dem gesamten

gedienten Landsturm, der längst restlos zu den Fahnen einberufen worden ist, auch der unausgebildete Landsturm des ersten und zweiten Aufgebotes seit Langem schon unter den Waffen. Damit hat sich von unten herauf die Zusammensetzung der Armee und auch ihres Unteroffizierkorps von Grund aus geändert. *Wir haben heute tatsächlich das Volk in Waffen vor uns, was da draußen in Ost und West unsere Grenzen verteidigt, ist ein Volksheer, — daran läßt sich nicht drehen und deuteln!* Daß es in seinem ganzen Aufbau und nach vielen anderen Richtungen hin noch lange kein Volksheer ist, *wie es dem sozialdemokratischen Ideal entspricht*, versteht sich von selbst. Aber *die Richtung dahin* ist einmal eingeschlgen, *die Grundsteine* zum demokratischen Volksheer der Zukunft sind in diesem Weltkriege gelegt worden. Der Geist der Armee ist auch abgesehen von den rein militärischen Eindrücken des großen Krieges heute schon *auch politisch von Grund aus verschieden* von ihrem Geiste vor etwa zwei Jahren! Und die Tatsache, daß die Schlachten dieses Krieges im Zeichen der alten Bebelschen Forderung nach glanzlosen Uniformen, daß sie, wenn man so sagen darf, *im Zeichen des sozialdemokratischen Feldgrau* geschlagen werden, darf man wohl als eine Art *Symbol* für diesen revolutionären Umwälzungsprozeß ansehen, in dem unser Heerwesen heute mitten drin steht. Ebenso die weitere Tatsache, daß eine der früheſten Kriegsmaßnahmen zwar noch keineswegs die Durchführung, wohl aber *der erste Schritt* zur Durchführung der alten *sozialdemokratischen* Forderung: „Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit" gewesen ist. Wir wiesen darauf ja schon in anderem Zusammenhange hin.

Noch weit bedeutungsvoller aber als diese militärische Revolution ist *die Revolutionierung unseres gesamten Wirtschaftslebens durch den Krieg*. An einer anderen Stelle hat der Verfasser dieser Schrift den hier vor sich gehenden Umwälzungsprozeß so zu skizzieren versucht: „Daß wir uns in einem ungeheuren Prozeß der Um-

organisierung unseres ganzen Wirtschaftslebens mitten drin befinden, steht außer Frage. Und eben so unzweifelhaft ist es, daß sich dieser Prozeß der Umorganisierung in der Richtung auf den Sozialismus hin selbst bewegt. Selbst bürgerliche Nationalökonomen von Ruf und führende Blätter der Großbourgeoisie vom Range der „Kölnischen Zeitung" haben das unumwunden zugeben müssen. Mögen Brotkarten und Milchkarten, Fettkarten und Höchstpreise aller Art, mögen Einrichtungen wie die riesige Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums in der Hedemannstraße in Berlin, mögen die zentralen und lokalen Preisbestimmungskommissionen noch so ausschließlich im Interesse der siegreichen Durchführung dieses Krieges ins Leben gerufen sein, und mag man an ihrer Wirksamkeit mit vollem Rechte noch so Vieles auszusetzen haben: es gehört doch eine unglaubliche Engstirnigkeit dazu, in dem Allen nicht zum mindesten Meilensteine auf dem Wege zum Sozialismus zu erkennen! Die Anarchie des privatkapitalistischen Erzeugungs- und Verteilungssystems, die ganze unorganisierte Produktion von Waren für einen unbekannten und unbestimmten Markt: Das Alles hat in den Stürmen und Wettern dieses Weltkrieges schmählich bankrott gemacht. Und die Ironie der Geschichte hat es gefügt, daß gerade die ausgesprochensten Vertreter des bürgerlichen Herrschaftssystems, die Militärbehörden, die ersten sein mußten, die in der Not der Stunde zu Maßnahmen gezwungen waren, die ganz dem Arsenal der sozialistischen Gedankenwelt entstammten. All diese kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sind nun einmal getroffen worden, nichts kann sie mehr aus der Welt schaffen. Niemand vermag später mehr aufzutreten und zu sagen: es geht nicht — denn alle Welt weiß jetzt, daß es in den Jahren des Weltkrieges eben gegangen ist! Mit rein kapitalistischen Wirtschaftsgrundsätzen wäre in dieser Kriegszeit Deutschland geradewegs in den Abgrund hinein gesegelt. Sozialistische Gesellschaftsprinzipien waren es, die allein das Vaterland vor dem Schlimmsten bewahrten! Das Wort sie sollen lassen stahn! Und wenn es trotzdem durchaus noch nicht so geht, wie es gehen

sollte, wenn es trotzdem noch an allen Ecken und Enden hapert: nun wohl, so liegt das eben daran, daß unser ganzes Wirtschaftsleben noch lange nicht genug durchorganisiert ist, daß wir erst ganz schwache, zaghafte Ansätze von Sozialismus haben, Ansätze, deren Wachsen und Wirken durch die kapitalistische Interessenwirtschaft immer wieder gehemmt wird. An der Tatsache selbst aber, daß sozialistische Gedanken es waren, die sich als Retter erwiesen, ändert das alles nicht das Mindeste.

Und je länger der Krieg dauert, je schwieriger die finanziellen und wirtschaftspolitischen Probleme, das Wiederaufbauen der Friedenswirtschaft sich gestalten, desto mehr erweisen sich staatssozialistische Unternehmungen allergrößten Umfanges als der einzig mögliche Ausweg. Um die Schaffung riesenhafter Monopole, um den allmählichen Ausbau unseres ganzen Wirtschaftssystems zur Bedarfs- und Vorratswirtschaft kommen wir in Deutschland nicht mehr herum!"

Wie der Krieg unsere nationale Wirtschaft von Grund aus revolutioniert, wie er vor Allem auch ein ungeheurer Hebel der Kapitalskonzentration ist und so auch auf diesem Wege dem Sozialismus vorarbeitet, so revolutioniert er auch die Weltwirtschaft. Die bedeutungsvollste Tatsache in dieser Hinsicht ist die Umwandlung Amerikas aus dem Schuldner der alten Welt zu ihrem bedeutendsten Gläubiger, ist die Verlegung des wirtschaftlichen Schwergewichts über den Ozean hinüber, ist die Ersetzung Londons in seiner Stellung als „Bankier der Welt" durch Newyork. Mit einem Worte: die Entthronung Englands, das Karl Marx schon vor nahezu 70 Jahren „den Despoten des Weltmarktes" genannt hat. Mag der Krieg ausgehen wie immer er will: Großbritanniens Stellung in der Welt hat einen Stoß erlitten, von dem das Inselreich sich niemals mehr erholen kann! Und nicht weniger sind — im engsten Zusammenhange damit — die inneren Verhältnisse Englands erschüttert worden. Die Einführung der all-

gemeinen Wehrpflicht in England, die staatlichen Eingriffe in die durch jahrhundertelange Tradition altgeheiligten „Freiheiten" des englischen Bürgers, besonders auch auf dem Gebiete des Produktionsprozesses: das Alles bedeutet für England eine Revolution von so durchgreifender Art, wie wir Kontinentalen es uns kaum vorstellen können. Das prophetische Wort von Karl Marx geht heute in Erfüllung: „Das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg!"

Diesen Weltkrieg aber hat wiederum Karl Marx vor mehr als 67 Jahren so prognostiziert: „England wird wie zu Napoleons Zeit an der Spitze der kontrarevolutionären Armeen stehen, aber durch den Krieg selbst an die Spitze der revolutionären Bewegung geworfen werden und seine Schuld gegen die Revolution des achtzehnten Jahrhunderts einlösen."

Die endliche Verwirklichung dieser Marxschen Voraussage ist es, die sich heute vor unseren Augen vollzieht! Denn das ist das weitaus Wichtigste, aber leider noch keineswegs überall in seiner ungeheuren Bedeutung Erkannte in diesem Weltkrieg: Die grandiose Dialektik der Geschichte hat es so gefügt, daß das in aller Welt als reaktionär verschrieene Deutschland in diesem Kriege die Sache des großen historischen Fortschritts vertritt, während das überall als freiester Staat der Welt gepriesene England, genau wie in den Tagen der Napoleonischen Kriege, die Sache des historischen Rückschritts führt. England vertritt in diesem Kriege durchaus das reaktionäre, Deutschland aber das revolutionäre Prinzip! Den zurückgebliebenen Formen des kapitalistischen Wirtschaftsbetriebes, wie sie in England herrschen, steht in und mit Deutschland die höher entwickelte Form des modernen, organisierten Kapitalismus gegenüber! Und im engsten Zusammenhange damit: dem England, in dessen Arbeitermassen noch kaum der leiseste Hauch des sozialistischen Gedankens hineingedrungen ist, steht gegenüber das Deutschland der stärksten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Welt! So wäre also der Sieg der englischen Koalition der Sieg veralteter For-

men des Kapitalismus über seinen modernsten Typus und zugleich der Sieg proletarischer Rückständigkeit über den proletarischen Sozialismus! Nachdrücklichst und immer von Neuem hat besonders Paul Lensch darauf hingewiesen und diese These eingehend begründet: erst die Stunde der englischen Niederlage in diesem Kriege wird zur Geburtstunde der modernen Arbeiterbewegung in England werden und damit auch für England selbst die Bahn frei machen zu höheren Formen des Wirtschaftslebens!

Von welcher Seite her man also auch die Dinge betrachten mag (und wir konnten hier, wie gesagt, nur ein paar ganz knappe Andeutungen machen): immer ergibt sich, daß auf der Seite Deutschlands in diesem Kriege das einzige Recht steht, das vor dem Richterstuhle der Geschichte Gehör finden wird: *das Recht des historischen Fortschritts!*

Der Verfasser dieser Arbeit selbst hat das schon wenige Monate nach Kriegsausbruch in seiner kleinen Broschüre: „Krieg und Sozialdemokratie" (Hamburg, Verlag von Auer und Comp.) so umschrieben: „Wie die politischen und wirtschaftlichen Gegenwartsinteressen des deutschen Proletariats *den Sieg Deutschlands gebieterisch erheischen*, so erheischen ihn die Zukunftsinteressen des internationalen Sozialismus. Wir handeln — allen Mißverständnissen zum Trotz — in letzter Linie auch im Interesse unserer Arbeitsbrüder in allen Ländern, wenn wir das Aeußerste daran setzen, daß *das* Land siegreich aus dem Kriege hervorgeht, in dem der Kapitalismus am weitesten entwickelt ist und in dem zugleich auch die stärksten Arbeiterorganisationen sich entfaltet haben, Arbeiterorganisationen, in denen der sozialistische Gedanke lebendiger ist und tiefer wurzelt als in der Arbeiterorganisationen irgend eines anderen Landes. *Die Zukunft des deutschen Kapitalismus und damit die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung gefährden, das heißt: auch die Zukunft des internationalen Sozialismus gefährden!* ... So ergibt sich, daß wir grade aus Marxistischen Gedankengängen heraus mit derselben Hingabe, mit der wir früher für den Frieden kämpften, *heute*

für den deutschen Sieg kämpfen müssen. Das verlangt das Interesse der deutschen Arbeiter, das verlangt das Interesse des internationalen Sozialismus!"

* * *

Diese letzten Bemerkungen haben uns über den Gedankengang dieses Kapitels hinausgeführt. Was wir hier klarstellen wollten, war dies: hat der Krieg auch alle sozialistischen Illusionen über die aus ihm hervorwachsende Revolution Lügen gestraft, so hat er dafür eine Revolution ganz anderer Art, eine Revolution von geradezu gigantischer weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Bedeutung eingeleitet, eine Revolution, deren Tragweite und deren Folgen noch garnicht abzusehen sind. Der Krieg hat sich, wie wir das früher einmal ausdrückten, erwiesen als „ein gewaltiger Revolutionär wider Willen, als ein machtvoller Hebel des sozialistischen Fortschritts, als die ungeheure Lokomotive der Weltgeschichte." Der Krieg hat uns über Nacht die Revolution gebracht. Und diese Revolution ist es, die auch die große Krise im Sozialismus gezeugt hat.

13. Der sozialistische Augustblock und seine Gegner.

Damit sind wir nun endlich zu dem Thema zurückgekommen, das wir am Beginn des zweiten Teils dieser Abhandlung, im achten Kapitel, anschlugen. Wir setzten dort auseinander, daß alle bisher gebräuchlichen Maßstäbe für die Beurteilung der heutigen Krise in der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr zulangten, daß sie wie dürre Zweige zerbrochen seien. Inzwischen glauben wir durch das in den letzten vier Kapiteln Ausgeführte einiges Material zur Bildung *neuer* Maßstäbe herbeigebracht zu haben. Wir haben erstens die wichtigsten der in den letzten Jahrzehnten in der deutschen Arbeiterbewegung zur Reife gekommenen Tendenzen kennen gelernt, die — ihren Trägern selbst mehr oder minder unbewußt — die großen Gegensätze dieser Tage vorbereitet haben. Zweitens haben wir uns, soweit das im Rahmen dieser Arbeit möglich war, die durch den Krieg geschaffene, völlig neue geschichtliche Situation und damit die ganz neuen Aufgaben klar zu machen versucht, vor die der Weltkrieg plötzlich die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands gestellt hat. Damit haben wir die beiden wichtigsten Grundelemente zum Verständnis der großen sozialistischen Krise der Gegenwart gewonnen. Um aber *auch dem nichtsozialdemokratischen Leser* diese Krise als Teilerscheinung der ganzen sozialistischen Entwicklung verständlich zu machen, ist es unvermeidlich, daß wir auch hier noch einmal etwas weiter ausholen, früher Gesagtes zusammenfassen und ergänzen.

* * *

Was *war* eigentlich der alte vielerörterte Gegensatz zwischen den sogenannte Radikalen und den sogenannten Revisionisten? Er war durchaus nicht, wie man vielfach angenommen

hat, eine in unversönlichen Widersprüchen der prinzipiellen Anschauungen begründete absolute Kategorie, er war vielmehr — um einen von Karl Marx gern gebrauchten Hegelschen Ausdruck anzuwenden — eine historische Kategorie. Das heißt: er war der politische Ausdruck und die ideologische Widerspiegelung einer ganz bestimmten geschichtlichen Situation. Die in den Schlagworten Revisionismus und Radikalismus gekennzeichneten Gegensätze bildeten keineswegs die ersten in der Arbeiterbewegung durchkämpften Streitfragen und sie werden auch keineswegs die letzten sein.

Wie aus den wechselnden geschichtlichen Bedingungen heraus in der Arbeiterbewegung derartige Strömungen und Gegenströmungen entstehen und einander abwechseln, das haben wir oben an der Stellung der Arbeiter zum Staat erläutert. Ausführlicher hat es der Verfasser dieser Arbeit vor Jahresfrist im „Hamb. Echo" durch einen historischen Rückblick klarzumachen versucht. Wir sprachen dort von den auch in dieser Schrift schon in anderer Beleuchtung flüchtig berührten Kämpfen zwischen der Lassalleanischen und der sogenannten Eisenacher Richtung in der deutschen Sozialdemokratie, Kämpfen, die von der Mitte der sechziger bis zur Mitte der siebenziger Jahre angedauert haben. Diese Kämpfe — so führten wir damals aus — waren mit Naturnotwendigkeit herausgewachsen aus der politischen Situation Deutschlands in der Zeit der Reichsgründung. Die ihnen — sehen wir von untergeordneten Dingen ab — zu Grunde liegende Frage war die, auf welche Weise die nach dem Winterschlafe der fünfziger Jahre neu sich entfaltende deutsche Arbeiterbewegung das alte Programm von 1848/49 „Freiheit und Einheit des Vaterlandes" verwirklichen könne. Lassalle und nach ihm Johann Baptist von Schweitzer, die beide tief im Boden der besonderen preußischen Politik wurzelten, glaubten, das alte revolutionäre Programm der Märztage könne — wie die Dinge einmal lägen — nur dadurch verwirklicht werden, daß die deutschen Arbeiter wenigstens zeitweise gemeinsame Sache machten mit der preußischen Regierung, die damals durch die historischen Notwendigkeiten in eine

durchaus revolutionäre Rolle gedrängt worden war. Auf der andern Seite waren Bebel und Liebknecht (die „Eisenacher") der Meinung, daß eine ihrem Wesen nach reaktionäre Kraft niemals revolutionäre Politik machen könne; sie suchten deshalb — zu einer völlig selbständigen Aktion war die Arbeiterklasse damals noch zu schwach — Anlehnung an die Reste der alten stark partikularistisch orientierten bürgerlichen Demokratie in Sachsen und Württemberg. Zeitweilig *mit* Bismarck oder unter allen Umständen *gegen* Bismarck: so stand damals die Frage und mehr als zehn Jahre — vor und nach 1870 — bewegte sie die Gemüter der deutschen Sozialdemokraten so leidenschaftlich, daß weder ein gemeinsames Marschieren noch ein gemeinsames Schlagen möglich war.

Schließlich aber hat *die Zeit selbst*, die große Lehrmeisterin, die Frage gelöst: sie öffnete einmal den Bebel und Liebknecht die Augen über die kleinbürgerliche politische Ohnmacht der süd- und mitteldeutschen Demokratie jener Tage, sie zeigte auf der andern Seite aber auch den Lassalleanern, daß Bismarck, als ein so starker revolutionärer Faktor er sich in der Tat erwies, doch den alten Traum von Deutschlands Einheit in wesentlich anderer Gestalt verwirklichte, als er einst geträumt worden war. *Es kam eine ganz neue Zeit mit ganz neuen Problemen, ganz neuen Fragestellungen, ganz neuen Gegensätzen.* Alle die alten Differenzpunkte verschwanden nach und nach, die leidenschaftlich bewegten Gegensätze ebbten ab, wenn sich auch fanatische Lassalleaner-Sekten trotz der in Gotha 1875 erfolgten Einigung der Partei und sogar trotz des Sozialistengesetzes bis in die achtziger und teilweise sogar in die neunziger Jahre hinüberretteten. Der Verfasser erinnert sich selbst noch lebhaft einiger solchen alten Lassalleaner, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in Leipzig sehr häufig in Versammlungen das Wort ergriffen und deren ceterum censeo immer wieder war: „Und die (Lassalleschen) Produktivassoziationen mit Staatshilfe sind *doch* das einzig Richtige!" Auch in Hamburg hat eine Gruppe sektenmäßig organisierter Lassalleaner mit nicht den gleichen, aber ähnlichen Gedankengängen bis weit über die

Jahrhundertwende hinaus ihr Leben gefristet. Aber aus der Massenbewegung der Arbeiter selbst waren alle jene alten Gegensätze verschwunden, sobald die historische Situation verschwunden war, aus der sie hervorgewachsen und in der allein sie existenzfähig gewesen waren.

Ebenso war es — um die Parteikonflikte, die in die Tage des Ausnahmegesetzes fielen, hier zu übergehen — bei den Auseinandersetzungen zwischen den „Jungen" und „Alten" in der Sozialdemokratie um das Jahr 1890. Auch dieser Konflikt war durch eine ganz besondere historische Situation hervorgerufen, so sehr es auch allen Beteiligten scheinen mochte, als stießen da zwei ewig unversöhnliche „Prinzipien" aufeinander: das Prinzip der Revolution und das Prinzip der Reform, die in Wahrheit jedoch beide nur zwei Seiten derselben Entwicklung sind, von denen je nach den geschichtlichen Umständen einmal die eine und dann wieder die andere in den Vordergrund tritt.

Wie also sah die Situation aus, aus der der „Unabhängigen"konflikt von 1890 hervorwuchs? Er war bedingt einmal durch die besondere psychologische Atmosphäre, die durch den Druck des Sozialistengesetzes, das zwölf Jahre auf ihnen gelastet hatte, besonders bei den großstädtischen Arbeiterscharen erzeugt worden war und die es diesen Kerntruppen der Partei äußerst schwer machte, sich nun plötzlich in den ganz neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Dazu kam dann die Tatsache, daß das riesige Emporschnellen der Partei bei den Februarwahlen von 1890 die Bewegung mit einem gewaltsamen Ruck zur Massenbewegung hatte werden lassen, deren Tätigkeit naturgemäß wesentlich anders orientiert sein mußte als die größtenteils unterirdische Tätigkeit der im Wesentlichen noch sektenhaft organisierten Partei zur Zeit des Ausnahmegesetzes. Scharen von kleinbürgerlichen Elementen schlossen sich damals der Partei an, sie faßte Fuß in weiten Distrikten des platten Landes, und dies alles erzeugte in der Uebergangszeit jene Reibungsflächen, die dann in den Krisen anfangs der neunziger Jahre zutage traten. Als die Uebergangszeit überwunden war, als

sich die neuen politischen Verhältnisse und auch die Verhältnisse in der Partei selbst konsolidiert hatten, da verschwanden allmählich auch jene Gegensätze, die sich, genau wie einst die Gegensätze zwischen Eisenachern und Lassalleanern, verkleidet hatten in das Gewand „absoluter" Gegensätze, in das Gewand „prinzipieller" Differenzen. In Wahrheit waren auch sie, wie gezeigt, aus ganz bestimmten historischen Situationen herausgewachsen und verschwanden, sobald jene Situation selbst überwunden waren.

Das gleiche gilt nun selbstverständlich auch von den großen Revisionistenkämpfen der letzten anderthalb Jahrzehnte. Auch sie entsprangen nicht absoluten, ewigen Prinzipien, die da miteinander rangen. Auch hier wieder waren es vielmehr eine Reihe von Gegensätzen in der Welt der ökonomischen und politischen Wirklichkeit, die sich in dem Hirn der Beteiligten als solche gegensätzlicher Prinzipien widerspiegelten. Da war einmal der alte tatsächliche Gegensatz, der sich aus der verschiedenartigen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Nord- und Süddeutschlands ergab. Dazu gesellten sich die Widersprüche, die aus den Erfordernissen der immer vielgestaltigeren praktischen Gegenwartsarbeit auf der einen Seite und den bei dem gewaltigen Wachstum der Bewegung nicht minder dringlichen Erfordernissen der grundsätzlichen Aufklärungsarbeit auf der andern Seite resultierten. Allzu optimistische Hoffnungen auf das, was — unter dem Einfluß der seit 1895 herrschenden Hochkonjunktur — an positiven Verbesserungen der Arbeiterlage unmittelbar praktisch zu erzielen sei, wechselten ab mit schweren Enttäuschungen, als die internationale Teuerung jene positiven Errungenschaften zum großen Teil wieder aufhob. Ebenso lösten überschwängliche Hoffnungen nach großen Wahlsiegen und Katzenjammerstimmungen einander ab, wenn die wirklichen Erträge der Parlamentsmühlen sich als gar zu mager erwiesen. Dazu kamen die psychologischen Einwirkungen der großen weltpolitischen Ereignisse des letzten Jahrzehnts, der riesige seelische Eindruck der russischen Revolution auf das Proletariat Mitteleuropas, und noch vieles,

vieles andere. Das alles nun fand seinen parteipolitischen Niederschlag in den Kämpfen um die Budgetbewilligung, in den Kämpfen um die Gestaltung der Maifeier, in den Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften, in den Debatten über das Verhältnis von Massen und Führern zueinander, in den Erörterungen über Massenaktionen.

Die Frage, wer in diesen alten Kämpfen zwischen Radikalen und Revisionisten „recht" und wer „unrecht" gehabt habe, ist beinahe ebenso belanglos wie die heute an allen Philisterstammtischen der Welt mit Vorliebe erörterte Frage, wer die „Schuld" an diesem Weltkrieg trage. Genug: unter die revisionistischen Anschauungen hat die Entwicklung in ungefähr ebensovielen Punkten ihr historisches Siegel gedrückt, wie unter die radikalen Anschauungen. Um — auch hier folgen wir unserer Anfang Februar 1915 im Hamburger Echo veröffentlichten Arbeit — einiges Wenige hervorzuheben: mit ihrer Beurteilung der Widerstandskraft und der Anpassungsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, mit ihrem Skeptizismus in bezug auf die der Arbeiterklasse heute schon mögliche politische und wirtschaftliche Machtentfaltung, mit ihrer hohen Bewertung gewisser Zweige unserer Gegenwartsarbeit — besonders in erzieherischer Hinsicht — haben die Revisionisten recht behalten, ebenso mit ihren Anschauungen über die Wirkungen dieser Gegenwartsarbeit auf die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und nationalem Staat. Unrecht dagegen haben sie gehabt, wenn sie, wie Bernstein, aus der praktischen Betätigung der Arbeiter im Gegenwartsstaate allgemeine Tendenzen zur „Humanisierung und Ethisierung des Klassenkampfes" ableiteten, wenn sie bei der Frage der Verelendungstheorie nur die aufwärtstreibenden Faktoren erblickten (Lohnsteigerungen, Verkürzungen der Arbeitszeit), während sie die niederdrückenden Gegentendenzen (Steigerung der Arbeitsintensität, Teuerung, viel schnelleres Steigen des Wohlstandes der Besitzenden usw.) mehr oder minder übersahen. Unrecht hatten sie auch in ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Krisen, unrecht hatte David, wenn er von der langsam-friedlichen „Aushöhlung" des Kapitalismus ausschließlich durch die de-

mokratische und soziale Reform, verbunden mit der Selbsthilfe der Arbeiter, träumte — alles Dinge, die er ebenso sehr überschätzte, wie sie von der Gegenseite vielfach unterschätzt worden sind. Gerade die ungeheuren Ereignisse unserer Tage, in denen die Not der Zeit auf Wegen, die wahrlich revolutionär genug sind, nicht nur gewaltigste weltpolitische, sondern auch gewaltigste soziale Umwälzungen vorbereitet, haben da manche alte revisionistische Illusion Lügen gestraft. . . . .

So ist es durchaus verständlich, daß viele der alten Revisionisten heute, da alle ihre Vorstellungen von der friedlich-gemütlichen Hinüberentwicklung in die neue Zeit durch die Weltrevolution unserer Tage so grausam zerstört worden sind, ganz und gar die Orientierung verloren haben. Der bekannteste Vertreter dieser Kategorie ist Eduard Bernstein, den überdies gewisse alt-demokratische Illusionen und Ideologien völlig beherrschen und dem auch noch seine in ihren Quellen vorhin blosgelegte unheilbare Anglomanie einen bösen Streich nach dem andern spielt.

Noch hilfloser — und das ist eine grausame Ironie der Weltgeschichte — stehen freilich viele der Radikalen alten Schlages der großen Weltrevolution unserer Tage gegenüber. Diese Revolutionäre der bloßen Theorie hat kürzlich einmal Paul Lensch im „Hamburger Echo" in glänzender Weise wie folgt verspottet:

„Die furchtbarste Katastrophe brach herein und bestätigte nur, was vor dem Kriege die marxistische Schule über die Rolle von Gewalt und Oekonomie in der gesellschaftlichen Entwicklung gesagt hatte. An die Stelle der friedlichen Philisteridylle war jetzt die Weltrevolution getreten, noch grandioser, noch umfassender und aufrüttelnder, als es sich die Radikalen je hätten träumen lassen. Doch was zeigte sich jetzt? Dieselben Radikalen, die vor dem Kriege so gern mit dem Gedanken der gewaltsamen Revolution gespielt, die mit Massenstreik gedroht und die Diktatur des

Proletariats an die Wand gemalt hatten, sie wurden auf einmal die sanftesten Heinriche, die vor jedem Gewaltakt zitterten und an Legitimitätsbedenken einen Metternich beschämten. Jetzt, wo die Revolution da war, sollte plötzlich kein Steinchen in Europa verrückt, kein noch so verschimmelter Vertrag zerfetzt, kein noch so offenbarer Schaden abgestellt werden. Es war wie ein symbolischer Akt, daß die Weltrevolution von deutscher Seite begonnen wurde mit einer bewußten Insurrektion, mit dem Zerreißen der belgischen Neutralität. Man konnte darüber streiten, ob dieser Akt taktisch klug war. Was aber taten unsere Radikalen? Sie jammerten über das gebrochene Recht! Ein Moabiter Staatsanwalt konnte es nicht schöner machen. Und was war das für ein „Recht", dessen Bruch man der deutschen Regierung vorwarf? Hatte das internationale Proletariat bei seiner Festsetzung mitgewirkt? Hatte es an seiner Aufrechterhaltung irgend ein Interesse? — Nichts davon. Lediglich die Geldsackinteressen des weltbeherrschenden Englands sowie die Profitbedürfnisse der belgischen Bourgeoisie hatten hier eine Karikatur auf ein modernes Staatswesen zurechtgeschneidert, vor dem man meinetwegen bei reaktionären Staatsrechtslehrern, niemals aber bei revolutionären Sozialdemokraten Respekt verlangen durfte. Dieses „Recht" war schon tausendmal durchlöchert, war von der belgischen Regierung selber schamlos prostituiert worden, wie die aufgefundenen Aktenstücke inzwischen klärlich bewiesen haben — und da behandelten radikale Sozialdemokraten dieses durch die Verhältnisse längst überholte Zeugnis aus dem Zeitalter des vormärzlichen Absolutismus wie den Beschluß eines deutschen Parteitages, auf dessen Bruch der große Bann steht.

Wie oft sind uns nicht in der Geschichte der großen französischen Revolution ähnliche Rechtsbrüche, wenn sie die französische Republik am Körper des Deutschen Reiches beging, als glorreiche Bekundungen des revolutionären Fortschritts gefeiert worden, der das Morsche und Verfaulte im alten deutschen Reich vollends in Trümmer

legte und so Platz schuf für neue Bildungen. Worin besteht der Unterschied zwischen damals und heute? Die damaligen Weltkriege sind heute allgemein als Ausflüsse der Revolution anerkannt worden und finden daher bei den heutigen Radikalen historisches Verständnis. Der heutige Weltkrieg dagegen gilt ihnen immer noch als die Ausgeburt finsterster Reaktion, und deshalb ist in diesem Kriege nicht recht, was in jenen billig war. Sie merken nicht, daß alle die Redensarten, mit denen sie den heutigen Krieg verurteilen, auch im revolutionären Frankreich vor 120 Jahren gebraucht werden konnten: daß das Volk Not leide, daß der Krieg nur einer handvoll Kapitalisten zu gute komme und nur in deren Interesse geführt werde. So hat dieses mangelnde historische Verständnis unsere Radikalen in eine komische Situation gebracht. So lange die Verhältnisse friedlich waren, waren sie revolutionär; jetzt, wo die Verhältnisse revolutionär sind, sind sie friedlich. Sie befinden sich in einem ewigen Protest gegen die Gegenwart. Sie sind die Theoretiker der Revolution. Vordem schien es so, als protestierten die Tatsachen gegen diese Theoretiker, jetzt haben die Tatsachen den Theoretikern recht gegeben, nun protestieren die Theoretiker wieder gegen die Tatsachen. Sie sind die geborenen Impossibilisten."

Für die von Lensch hier festgenagelte Tatsache, daß dieselben „Radikalen", die der revolutionären Gegenwart so ganz verständnislos gegenüberstehen, den revolutionären Kern *vergangener* geschichtlicher Vorgänge *auch dann* sehr gut herauszuschälen wissen, wenn diesen Kern eine nationale Schale verdeckt, möchten wir auch unsererseits noch einen interessanten Beleg beibringen. Der an geschichtlichem Wissen und an geschichtlicher Urteilskraft weitaus bedeutendste unter den Wortführern der Minderheit ist heute *Franz Mehring*. Trotzdem hat er für die Politik des vierten August nur kalte Ablehnung. *Derselbe* Franz Mehring aber hat vor einigen Jahren in einer Verteidigung Ferdinand Freiligraths gegen die albernen Vorwürfe, er sei im Jahre 1870-71 mit seinem Liede

„Hurra Germania" und mit anderen Schlachtgesängen zum Verräter an seinen revolutionären Idealen von einst geworden, Folgendes geschrieben:

> „In den Gedichten, die Freiligrath in den Kriegsjahren 1870 und 1871 veröffentlichte, ist er sich durchaus treu geblieben; sie stehen in keinem inneren Widerspruch zu seinen Revolutionsliedern von 1848 und 1849. . . . In dem deutsch-französischen Kriege trat ihm wieder ein Stück Revolution im Geklirr der Waffen entgegen; trotz aller diplomatischen Machenschaften und trotz reaktionärer Tendenzen Bismarcks war der Krieg insofern ein Volkskrieg, als die Massen der deutschen Nation zu ihm strömten, um endlich einmal Herren im eigenen Hause zu sein. Diesen Massen hat Freiligrath seine Lieder gesungen, und das war im wesentlichen die gleiche Auffassung des Krieges, wie sie auch Marx in den Manifesten der Internationale dargelegt hat, nur freilich in kritischer Prosa und nicht im poetischen Schwunge."

* * *

So haben wir also heute — um das Gesagte noch einmal kurz zusammenzufassen — diese Situation vor uns: einzelne der Wortführer des alten Revisionismus stehen den Vorgängen unserer Tage mit derselben inneren Verständnislosigkeit gegenüber, wie die meisten Wortführer des alten Radikalismus. Alle diese ehemals feindlichen Brüder haben sich heute zusammengefunden in der Revolte der Minorität der Partei gegen die Politik des vierten August. Bei einzelnen von ihnen kommt noch ein anderes, an sich gewiß durchaus achtenswertes Motiv hinzu. Sie können sich — ganz besonders gilt dies von Karl Kautsky und von Eduard Bernstein — nicht an den Gedanken gewöhnen, daß die alte Internationale tot ist und daß kein Wundertrank der Welt sie mehr zu neuem Leben zu erwecken vermag. So verschließen sie vor der grausa-

men Tatsache gewaltsam beide Augen und versuchen krampfhaft, durch allerlei kleine Mittelchen aus der homöopathischen Hausapotheke von anno dazumal Das wieder zur Gegenwart zu machen, was nun doch einmal unwiederruflich Vergangenheit geworden ist. Versuche mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt! Heilmittel obendrein, die das doch unheilbare Leiden nur noch verschlimmern und schmerzhafter machen!

Daneben spielen in der Opposition ehrliche Ideologen von der Art des hochbegabten Kurt Eisner, des früheren leitenden Redakteurs des „Vorwärts", eine Rolle, die sich unablässig das Hirn zermartern, um herauszubekommen, auf welcher Seite in diesem Kriege „das Recht" und „die Wahrheit" sei. Und da sie nun (wer möchte ihnen das wohl verdenken!) an der Art und Weise, wie im Juli 1914 Oesterreich-Ungarn seine Ultimatum-Aktion gegen Serbien betrieb, Allerlei auszusetzen haben und da ihnen auch sonst bei ihrem rastlosen Studium aller der zahllosen Orange-, Gelb- und Rotbücher manchmal ganz grün und blau vor Augen wird und sie dann die Zentralmächte nicht mehr nur im blütenweißen Gewande der Unschuld und den Vierverband nicht mehr nur als pech-raben-schwarzen Teufel zu erblicken vermögen, so ziehen sie sich verzweifelt in die Beschaulichkeit einer rein ethischen Verdammung dieser schlechten Welt zurück. — Andere wieder sind durch all' das Furchtbare dieses Krieges seelisch derartig mitgenommen, daß sie — ohne klare logische Ueberlegungen — rein stimmungsgemäß zur Opposition abgeschwenkt sind in der höchst unklaren Vorstellung, sie könnten damit an ihrem Teile zur schnelleren Beendigung der blutigen Greuel beitragen. Wieder andere sehen wohl den Krieg gegen Rußland keineswegs ungern, sie kommen aber innerlich nicht darüber hinweg, daß dieser Krieg sich zugleich auch gegen die sogenannten „Demokratien" des Westens richtet. Auch dies gilt vornehmlich wieder bei Eduard Bernstein. — Abermals andere werden in ihrem Denken völlig von der kleinbürgerlich-demokratischen Phrase vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" beherrscht, das sie durch den

Krieg gefährdet glauben, von der Redensart vom Eroberungskrieg und von der Angst vor sogenannten Annexionen. Wieder eine andere Spielart der Opposition bilden Sozialisten vom Charakter der in ihrer Weise ganz prächtigen, der Sache der Arbeiter mit voller Seele ergebenen Klara Zetkin und der Frau Käte Duncker, Frauen, die mit ehrlichstem Fanatismus die doktrinäre These verfechten, daß „dieser Krieg nicht unser Krieg" sei und daß deshalb die Sozialdemokratie grundsätzlich unter keinen Umständen für eine der kriegführenden Gruppen Partei ergreifen dürfe. — Die, die mit Karl Liebknecht den Gedanken der Vaterlandsverteidigung prinzipiell ablehnen und — um mit ihrem Wortführer selbst zu reden — nur „in der Internationale ihr Vaterland erblicken" bilden selbst innerhalb der Minderheit nur eine ganz verschwindend kleine Gruppe.

Bei den weitaus meisten derer, die heute in der Minderheit kämpfen, während sie am 4. August mit der Mehrheit gingen, war das ausschlaggebende Moment für ihre Schwenkung das Versagen der Regierung in so vielen Fragen der Lebensmittelpolitik, das Ausbleiben ernsthafter demokratischer Reformen, der schwindende Glaube an die feierlich verheißene innere „Neuorientierung." Das mögen alle die sich sehr ernst zu Herzen nehmen, die die Verantwortung zu tragen haben!

Dieser buntgemischten Gesellschaft der Opposition steht auch in der Mehrheit durchaus keine innerlich völlig einheitliche Phalanx gegenüber. Auch die Wortführer der Mehrheit können und wollen ihre geistige Herkunft aus verschiedenen Lagern keineswegs verleugnen. Zwischen dem in erster Linie wohl parlamentarisch orientierten Eduard David und dem ganz und gar ökonomisch denkenden Heinrich Cunow sind auch heute die früheren Gegensätze in der Art des Empfindens und in der Methode des Denkens durchaus nicht restlos ausgelöscht. Und ebenso trennt den romantischen Idealisten Anton Fendrich und einen rein kritischen Kopf wie Paul Lensch, der jeglichem Gefühlsüberschwang abhold ist, auch heute noch gar Vieles. Der sehr stark national empfindende Wolf-

gang Heine darf auch heute nicht ohne Weiteres in einen Topf geworfen werden mit einem die Dinge von hoher internationaler Warte aus betrachtenden Publiziſten großen Stils wie Parvus. Aber *Eines* verbindet ſie heute alle: der klare und geſunde Blick für die ehernen Notwendigkeiten der Gegenwart und der nächſten Zukunft. Sie alle, die den einen großen Auguſtblock von Wendel bis Winnig und von Parvus bis Peus bilden, ſind tief innerlich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in dieſem großen Völkerringen das Intereſſe der deutſchen Arbeiterklaſſe mit ehernen Ketten geſchmiedet iſt an das Intereſſe der deutſchen Waffen. Sie ſind davon durchdrungen, daß die wirtſchaftliche, politiſche und kulturelle Zukunft des deutſchen Proletariats, das zugleich Vorhut und Preisfechter des internationalen Proletariats iſt, bei einem Siege der Feinde Deutſchlands vor der furchtbarſten Kataſtrophe ſtände. Aus dieſer klaren Erkenntnis heraus, aber völlig frei von irgendwelchen myſtiſch-verzückten nationaliſtiſchen Verſtiegenheiten, ſtehen deshalb alle dieſe Sozialdemokraten *feſt und unerſchütterlich zu den Fahnen Deutſchlands*. Und ohne im Mindeſten den großen Menſchheitsidealen der Kultur und des Sozialismus untreu zu werden, ohne je ſich zu Beſchimpfungen und Verleumdungen fremder Völker zu erniedrigen, ſind ſie nicht nur mit der Kühle ihres Verſtandes, *ſondern auch mit der vollen Wärme ihres Herzens* bei der Sache Deutſchlands. Denn — wie Anton Fendrich das neulich einmal ausdrückte — : mit halbem und lauem Herzen kann man alles Mögliche auf der Welt tun, „nur keinen ſiegreichen Krieg führen". Und wir möchten unſererſeits dem hinzufügen, daß das von uns Sozialdemokraten ſo oft wiederholte Wort Saint Simons: „Erinnere dich, mein Sohn, daß man *begeiſtert* ſein muß, wenn man große Dinge vollbringen will," wie für den großen ſozialiſtiſchen Befreiungskampf, ſo *auch hier* gilt. Deshalb weiſen wir jene zaghafte Schwachherzigkeit weit von uns, die wohl den Pelz waſchen will, aber ihn nicht naß zu machen wagt. Nichts wollen wir zu tun haben mit jener weichmütigen Inkonſequenz, die zwar die Pflicht zur Vater-

landsverteidigung „prinzipiell" anerkennt, die aber in der Praxis durch ihr parlamentarisches und außerparlamentarisches Tun und Lassen diese Vaterlandsverteidigung aufs Aeußerste erschwert und gefährdet. Da ist uns beinahe jenes kleine (wirklich nur ganz kleine!) Häuflein derer um Liebknecht noch lieber, die auch grundsätzlich von der Vaterlandsverteidigung unter den heutigen Verhältnissen nichts wissen wollen und als deren einzige parlamentarische Vertreter uns kürzlich die Presse die vier (es sind wirklich nur ganze vier!) Reichstagsabgeordneten Liebknecht, Rühle, Henke und Herzfeld vorstellte.

Gerade als alte, in tausend Schlachten erprobte Vorkämpfer im großen Ringen der Klassen sind sich die Wortführer der sozialistischen Mehrheit völlig darüber klar, daß auch im Kampfe der Nationen, wenn die Dinge nun einmal ohne unser Zutun und gegen unsern Wunsch und Willen zur blutigen Entscheidung herangereift sind, nicht mehr sentimentale Redensarten den Ausschlag geben, sondern einzig und allein die größere militärische Macht. Der einmal zur Tatsache gewordene Krieg folgt nicht mehr allen möglichen ethischen und ästhetischen Wünschen, sondern nur noch seinen eigenen Gesetzen. Bei allem unserem Abscheu vor der blutigen Barbarei des Krieges können wir deshalb nur wünschen, daß er — einmal ausgebrochen — nun auch mit der Entschlossenheit und mit den Mitteln zu Ende geführt werde, die den raschesten und gründlichsten Sieg herbeiführen, um so die Menschheit so schnell wie möglich von allen den Schrecknissen dieser Tage zu befreien und die Wiederkehr solcher Schrecknisse für immer unmöglich zu machen.

* * *

Damit dürfte im Wesentlichen Das umschrieben sein, was die Wortführer der sozialistischen Mehrheit heute denken und fühlen. In dieser Mehrheit steht geeinigt vor uns, was jung, lebenskräftig und zukunftsfreudig im alten Radikalismus war

und im alten Revisionismus, Alles, was den Mut hat, den alten bequemen Gedankenschablonen zu entsagen und — unbekümmert um alle altehrwürdig vergilbten Theoreme und um alle eingerosteten Systeme der Welt — es wagt, die neue Zeit mit eigenen Augen zu sehen! Hinter den Wortführern dieser Mehrheit aber steht als kompakte Masse das Millionenheer der deutschen Gewerkschaften. So gut wie geschlossen billigen diese Massen — und sie sind es, die den festen Kern der deutschen Arbeiterbewegung bilden — die Politik des vierten Auguſt. Und an diesem ehernen Wall werden schließlich alle Wogen der Opposition ohnmächtig zerschellen.

Auf diese Massen der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter, die mit klarem Blick und fester Entschlossenheit das Fundament der Mehrheitspolitik bilden, gründen wir auch unsere durch nichts zu erschütternde Zuversicht, daß auch künftig die deutsche Arbeiterbewegung nicht zerfallen wird. Eine zersplitterte, in zahlreiche sich befehdende Gruppen und Grüppchen aufgelöste Arbeiterbewegung würde geradezu ein Verhängnis bedeuten für die Zukunft Deutschlands! Nicht nur für die nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen des Proletariats selbst, dem nach dem Kriege — daran zweifelt Niemand — Kämpfe ernstester Art um seinen Anteil am Arbeitsertrag bevorstehen, sondern auch für die demokratische Neugestaltung unserer ganzen inneren Verhältnisse, die die Vorbedingung sein wird auch für die künftige weltpolitische Geltung Deutschlands! Nur eine machtvoll-geschlossene und damit auch aktionskräftige Arbeiterdemokratie kann die soliden Tragbalken abgeben für das werdende neue Deutschland! Das wissen die deutschen Arbeiter in ihrer ungeheuren Mehrzahl auch viel zu gut, als daß sie blind das Spiel ihrer ärgsten Feinde treiben sollten! Und das täten sie, wenn sie den Sirenengesängen der Spaltungspolitiker um Liebknecht und Rühle herum folgen würden!

Nein! Es wird über kurz oder lang zwar aller Wahrscheinlichkeit nach zu mehr oder minder belanglosen Absplitterungen unter der Führung von unbelehrbaren und hem-

mungslosen Sektenfanatikern kommen, die überwältigend große Mehrheit der sozialistischen Arbeiter aber wird der einheitlich-geschlossenen Massenbewegung des deutschen Proletariats treu bleiben! Eingeschlossen die weitaus meisten Derer, die heute den falschen Propheten der Opposition nachlaufen!

Die letzten Bemerkungen haben uns schon zu der Frage hinübergeführt: Was wird nach dem Kriege werden? Darüber noch einige Worte!

14. Ein Ausblick.

Zu einem der beliebtesten Schlagworte ist heute die Wendung vom „Umlernen" avanciert. Auf der einen Seite ist dies Wort zum gerngebrauchten Deckmantel für alle Diejenigen geworden, die in charakterloser Wankelmütigkeit oder auch in haltloser, von jedem Windhauch hin und her bewegter Schwäche ihre Gesinnung wechseln wie ein altes Hemd, die jeder Tagesmeinung und Modeströmung willenlos nachgeben. Auf der anderen Seite aber werden mit dem gleichen Schlagwort vom Umlernen auch Solche gebrandmarkt, die offenen Auges durch die Welt gehen, die sich neuen Tatsachen und neuen Erkenntnissen nicht ängstlich verschließen, die sich, wenn auch oft genug erst nach schweren inneren Kämpfen, nicht scheuen, rundheraus einzugestehen: in diesem und jenem Punkte habe ich mich getäuscht.

In diesem zweiten, guten Sinnen des Wortes müßte eigentlich jeder Sozialdemokrat stolz darauf sein, ein Umlerner genannt zu werden. Hat sich doch die Sozialdemokratie von jeher stolz gerühmt, die Partei der Wissenschaft zu sein, und kennt doch die Wissenschaft keine ewigen Wahrheiten! Am wenigsten die Gesellschaftswissenschaft, auf deren Grundlage allein die Kunst der Politik möglich ist.

Auf die Gefahr hin, von den revolutionär vermummten reaktionären Lobpreisern des ewig Gestrigen wieder einmal verächtlich in die Wolfsschlucht der Umlerner geworfen zu werden, sagen wir: die deutsche Sozialdemokratie wird aus diesem Weltkriege ganz anders heraus gehen, als sie in ihn hinein ging. Sie wird nicht dort wieder anfangen, wo sie am dritten August 1914 stehengeblieben ist. Der ganze alte Kreislauf von Agitieren und Organisieren, von Protestieren und Demonstrieren wird sich in den alten, nun fehlerhaft und überlebt gewordenen

Formen nicht wiederholen. In dem Einerlei der sorgfältig und gewissenhaft ausgeführten büreaukratischen Tagesarbeit, in der prompten Erledigung des vorgeschriebenen Pensums treuer und in ihrer Art auch künftig notwendiger Kleinarbeit in den Organisationen und in den Parlamenten wird sich das Wesen der deutschen Sozialdemokratie künftig nicht mehr in dem Maße erschöpfen wie vor dem Kriege. Jahrzehntelang aufgespeicherter Kraftvorrat wird sich in ganz anderer Weise als bisher in fruchtbare Tat umsetzen können. Die neue Zeit wird im neuen Deutschland auch eine neue Sozialdemokratie gebären. Versuchen wir das früher darüber hier und da zerstreut in dieser Schrift schon flüchtig Angedeutete zusammenzufassen und zu ergänzen, und so in ein paar großen, allgemeinen Umrissen aufzuzeichnen, worin die deutsche Sozialdemokratie durch diesen Krieg umgelernt hat und worin sie nichts umzulernen hatte!

Ganz allgemein ist zu sagen, daß die großen Grundanschauungen des Sozialismus durch den Krieg nicht nur nicht erschüttert worden sind, sondern daß die Erfahrungen dieser zwei letzten Jahre jene Grundanschauungen in unseren Herzen und Hirnen nur noch fester verankert haben. Wohl aber erscheinen sie uns heute vielfach im Lichte neuer Tatsachen, im Lichte früher ungeahnter Erkenntnisse. Sind die Ziele auch die alten geblieben, so sehen wir doch die Wege, die zu diesen Zielen hinführen sollen, heute vielfach anders als in der Zeit des Vor-August.

So hat man — um von den Einzelfragen nur das Wichtigste herauszuheben — uns Sozialdemokraten neuerdings mit feierlichem Ernst vor die Gewissensfrage gestellt: Seid ihr bereit, den Klassenkampf „abzuschwören"? Niemand von uns denkt daran! Ebensogut könnten wir die Sonne „abschwören", die am Himmel leuchtet, oder das Meer, das an unsere Küsten brandet! Denn wie diese so ist auch der aus den Gegensätzen der Klassen mit Notwendigkeit entspringende Klassenkampf keine Theorie, keine Hypothese, kein wissenschaftliches System, sondern eine Tatsache der

rauhen Wirklichkeit. Nicht die Sozialdemokratie hat den Klassenkampf erfunden, sondern die wirtschaftliche Entwicklung selbst hat ihn erzeugt und er ist genau so alt wie die geschriebene Geschichte der Menschheit. Ob er sich nun abspielte zwischen Freien und Sklaven im alten Griechenland, ob er sich abspielte unter Patriziern und Plebejern im alten Rom oder zwischen den Leibeigenen und Feudalherren des Mittelalters, unter dem Landadel und dem städtischen Bürgertum der Zeit vor 1789 und vor 1848, oder ob er wie heute vornehmlich aber keineswegs ausschließlich ausgefochten wird zwischen der Großbourgeoisie und dem industriellen Proletariat: das Alles macht in der Sache selbst natürlich keinerlei Unterschiede aus. Also: von uns Sozialdemokraten zu verlangen, wir sollten den Klassenkampf abschwören, ist eine vollendete Sinnlosigkeit! Der Klassenkampf wird auch nach dem Kriege bestehen bleiben, so lange die Bedingungen bestehen bleiben, die ihn erzeugen.

Was sich aber nach dem Kriege in Deutschland ändern kann und hoffentlich auch ändern wird, das sind die Formen dieses Klassenkampfes. Aus dem Arsenal dieses Kampfes verschwinden müssen die elenden vergifteten und vergiftenden Waffen, mit denen sich vor dem Kriege bei uns zu Lande die Wortführer der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen und politischen Anschauungen zu befehden pflegten. Diese Formen, die so beliebte persönliche Verunglimpfung und sittliche Infamierung des Meinungsgegners, die gesellschaftliche Boykottierung und politische Verfehmung der Andersdenkenden, die polizeiliche und gerichtliche Drangsalierung der Opposition — diese ganzen alten kulturlosen Methoden des politischen Kampfes, die nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Nordeuropa völlig unbekannt sind, dürfen nach dem Kriege nicht wiederkehren! Zumal sie mit dem Wesen des Klassenkampfes selbst ja nicht das Allermindeste zu tun haben. Selbst in Süddeutschland ist in dieser Hinsicht ja heute schon Manches besser als in Nord- und Mitteldeutschland und wie der Süden vieles von uns angenommen hat, so sollten wir im Norden uns nicht scheuen,

in den Formen der politischen Auseinandersetzungen vom Süden zu lernen.

Diese dringend erforderliche Abschleifung der Methoden unseres politischen Kampfes wird wesentlich durch ein Moment erleichtert werden: im Kriege haben wir neu gelernt, was wir vorher fast ganz vergessen hatten, daß es außer den Klassengegensätzen innerhalb einer Nation auch etwas gibt, was allen Klassen dieser Nation gemeinsam ist. Mögen die, die an theoretischen Haarspaltereien selbst in diesen Tagen noch Vergnügen finden, sich so viel sie wollen darüber streiten, wie dieses Etwas entstanden sei, wie man es definieren und katalogisieren müsse — uns Anderen genügt, daß es eben da ist! Und fasse man den Begriff der Nation nun so oder so, fasse man ihn eng oder weit, denke man über seine Beziehungen zum Rassenbegriff und zum Staatsbegriff wie immer man darüber denken wolle: wir deutschen Sozialdemokraten haben uns in diesem Kriege nun einmal wieder als Teil, und wahrlich nicht als den schlechtesten Teil der deutschen Nation fühlen gelernt und dieses Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volke wollen wir uns von Niemandem mehr rauben lassen. Weder von rechts noch von links! Und damit basta! Wir kehren auf einer neuen Windung der großen historischen Spirale zurück zu dem gesunden deutschen Nationalgefühl des wackren alten Demokraten Ludwig Uhland, zu dem Nationalgefühl der revolutionären Freiheitsänger Georg Herwegh und Ferdinand Freiligrath und zu dem guten deutschen Fühlen eines Hoffmann von Fallersleben. Die Herzen aller dieser Männer glühten nicht nur für die Freiheit, sie glühten auch für Deutschland, wie denn überhaupt in den Tagen um Achtzehnhundertachtundvierzig herum die beiden Begriffe Freiheit und Deutschland einen schönen vollen Akkord gaben. Dabei wollen wir natürlich die deutschen Gefühle eines Uhland und Freiligrath nicht etwa sklavisch kopieren — wir wissen sehr gut, daß heute das deutsche Nationalgefühl im Zeitalter des Imperialismus seelisch wesentlich anders fundiert ist als damals in den Zeiten des werdenden Nationalstaats — aber ebensowenig wie jene

alten bürgerlichen Revolutionäre wollen wir uns künftig unseres Deutschtums noch schämen! Wie wollen aus ihrem Beispiel lernen, daß revolutionär empfinden und deutsch empfinden einander nicht ausschließt! Was an uns liegt, wollen wir tun, daß wir künftighin mit Freude und Stolz bekennen dürfen: civis germanus sum — ich bin ein deutscher Bürger! Denn zwar gewiß nicht von der Achtung, wohl aber von der kritiklosen Ueberschätzung alles fremden Wesens, an der wir deutschen Sozialdemokraten vor dem Kriege so arg krankten, haben uns die letzten beiden Jahre hoffentlich ein für alle Male geheilt! Und ebenso von der nicht minder kritiklosen Unterschätzung unseres eigenen Volkstums! Wer an dieser kritiklosen Unterschätzung auch nach dem Kriege noch festhalten sollte, dem ist nicht zu helfen. Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen. . . . .

Wie wir im nationalen Fühlen zurückgehen werden auf die großen revolutionären Patrioten wie Freiligrath und Herwegh, so werden wir in unserem Verhältnis zum deutschen Staatsgedanken zurückgehen müssen auf Lassalle und Schweitzer! Oder besser gesagt: wieder vorwärts gehen in der Richtung auf Lassalle und Schweitzer! Auch dies natürlich abermals mit dem nötigen Körnchen Salz und mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß der deutsche Staatsgedanke in unseren Tagen, da die Umrisse des werdenden Mitteleuropa sich immer deutlicher aus den brauenden und wogenden Nebeln dieses Weltkrieges abheben, einen ganz anderen Inhalt haben muß, als in den Tagen, in denen Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein schuf und zugleich mit Bismarck über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verhandelte! Wir sind uns in diesem Kriege bewußt geworden, wie sehr sich die deutsche Staatsidee trotz aller ihr anhaftenden Schönheitsfehler und schwereren Gebrechen politisch, organisatorisch und militärisch bewährt hat. Wir haben die innere Abneigung gegen diese deutsche Staatsidee, die uns Jahrzehnte lang bewußt oder unbewußt, eingestanden oder nicht eingestanden beherrscht hat, aufgegeben, weil wir sie ehrlicher Weise nicht mehr aufrecht erhalten konnten.

In Verbindung damit sind wir uns auch der ungeheuren Macht der Staatsgewalt erst in diesem Kriege völlig bewußt geworden. Weil uns ihre Betätigung oft nicht gefiel, hatten wir uns daran gewöhnt, diese Staatsgewalt mitsamt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft als innerlich schon völlig verfault und vermorscht anzusehen. Auch davon hat uns der Krieg gründlich kuriert . . . .

Zugleich aber sind wir uns der tiefen inneren Verwandtschaft der besten Seiten des deutschen Staatsgedankens mit den besten Eigenschaften unserer deutschen Arbeiterbewegung selbst bewußt geworden in diesem Kriege! Der auch von den Franzosen und Engländern in früheren Tagen so oft gepriesene Idealismus des Volkes der Dichter und Denker (damals waren wir noch keine Boches und Barbaren!) der Sinn unseres Volkes für Theorie und Abstraktionen, sein Sinn für Ordnung und Organisation, für Disziplin, Unterordnung und Opferwilligkeit: hat das Alles nicht, so weit es verloren gegangen war, in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung seine schönste Auferstehung gefeiert, und soweit es noch lebendig ist im deutschen Staatswesen: spiegelt es sich da nicht am Herrlichsten wieder abermals in der deutschen Sozialdemokratie? In allen seinen Lichtseiten, aber auch in allen seinen Schattenseiten! — Nicht zum Wenigsten ist die deutsche Arbeiterbewegung ein echtes Kind des deutschen Geistes auch in ihrem Internationalismus, in ihrem offenen Sinn und in ihrem empfänglichen Herzen für die nationale Eigenart auch anderer Völker, in ihrer freudigen Aufnahmefähigkeit für alles Gute und Große, woher es immer kommen möge. Daß auch in dieser Richtung die deutsche Arbeiterbewegung vielfach über das Ziel hinausgeschossen ist, deuteten wir eben schon an, aber auch diesen Fehler teilt sie mit den Deutschen überhaupt.

Das führt uns zu einer zweiten unsinnigen Forderung, die man heute vielfach an die deutsche Sozialdemokratie stellt: wie den Klassenkampf, so soll sie auch den Internationalismus abschwören. Auch das wird sie nicht tun! Ebensowenig wie der Klassenkampf ist auch der Internationalismus eine Er-

findung der Sozialdemokratie. Höchstens hat sie wie jenen so auch diesen in eine Art wissenschaftliches System gebracht. Der Internationalismus ist uns nicht bloß — in der Form des Weltbürgertums — überkommen von den großen deutschen Dichtern und Denkern um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts herum, er ist auch — in seinen modernen Formen — das legitime Kind des Kapitalismus. Wie dieser auf der einen Seite den nationalen Gedanken zu höchster Blüte emporgetrieben hat, so hat er auf der anderen Seite zahllose Schranken niedergerissen, die bis dahin die Länder und Völker von einander getrennt hatten. Das Verkehrswesen und das Nachrichtenwesen, Finanz und Industrie, Handel und Wandel, Technik, Wissenschaft und Kunst: Alles hat der moderne Kapitalismus internationalisiert. Und wie die katholische Kirche, wie die Börsen nach dem Kriege ihre internationalen Beziehungen wieder aufnehmen werden, wie die Banken das Gleiche tun werden, die Universitäten und Akademien aller Art, so wird es auch die Arbeiterbewegung tun, weil sie es tun m u ß. Die Gewerkschaften werden auch künftig international zusammen arbeiten, die Genossenschaften werden es tun und über kurz oder lang werden, wenn auch gewiß viel schwerer, und wenn auch sicher in ganz anderen Formen als früher, schließlich auch die politischen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen versuchen. Daß dieser Internationalismus der Arbeiterbewegung, dessen Wesen wir in einer anderen Arbeit („Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland") zu umschreiben versucht haben, mit „Vaterlandsverrat" nicht das mindeste zu tun hat, dürfte nach dem Erlebnis dieser letzten zwei Jahre auch dem Blödesten klar geworden sein.

So werden wir also auch den Internationalismus der Arbeiterbewegung nicht abschwören. Und ebensowenig schwören wir i h r l e t z t e s i n t e r n a t i o n a l e s K u l t u r z i e l ab, nur, daß wir uns inzwischen bewußt geworden sind, welche ungeheuren Hemmnisse die verschiedenartige kulturelle Entwicklungshöhe der einzelnen Völker seiner Verwirklichung für lange, lange Zeit hinaus noch in den Weg stellen wird! Es wird nicht

so gehen, wie wir es uns in unseren Träumen so oft ausgemalt hatten: in wenigen Jahrzehnten alle modernen Kulturvölker diesseits und jenseits des Ozeans ein einziger großer Wirtschafts- und Bruderbund! Wir wissen heute, daß das Alles langsam, sehr, sehr langsam von Statten gehen wird (viel zu langsam für unsere Ungeduld!) und daß wir um die Zwischenglieder der Schaffung großer Imperien im Sinne von Mitteleuropa sicher nicht herumkommen werden. Der Weg, der uns einst so nah und einfach schien, sieht sich heute weit beschwerlicher und weiter an. Der Gipfel des hohen Berges, den wir fast schon mit Händen greifen zu können glaubten, ist in weite Ferne gerückt. Trotz alledem aber bleibt dieser Gipfel das Ziel, das nicht unsere Willkür sich gesteckt hat, sondern das von den ehernen Notwendigkeiten der Geschichte selbst der menschlichen Entwicklung vorgezeichnet erscheint.

Auch unseren Abscheu vor dem Kriege schwören wir nicht ab. Ganz im Gegenteil! Grade all das Furchtbare, was die Menschheit in diesen letzten zwei Jahren hat durchleben müssen, hat nicht nur unseren, der Sozialisten, Abscheu vor dem Kriege noch vertausendfacht, er hat diesen Abscheu auch allen fühlenden Menschen ohne jeden Unterschied der Partei mitgeteilt. Mag der Krieg noch so viele Einzelne zu ungeheuren sittlichen Leistungen emporreißen, an das Märchen, daß er ganz allgemein die Menschen veredele, glaubt heute Niemand mehr und das alte Wort, der Krieg sei „ein Element der göttlichen Weltordnung" klingt uns heute — nach fast zwanzig Kriegsmonaten — wie freche Blasphemie. Wo in dieser Weise Millionen von Menschen durch den Krieg zu fanatischen Friedensfreunden erzogen worden sind, da sollten ausgerechnet wir Sozialisten durch ihn zu Kriegsschwärmern geworden sein? Nein und dreimal nein! Es wird vielmehr eine der Hauptaufgaben der Völker sein, wenn einmal dieses furchtbare Gemetzel beendet sein wird, auf Mittel und Wege zu sinnen, diesen Krieg wirklich zum letzten aller Kriege zwischen europäischen Kulturvölkern zu machen. Aber wir wissen heute auch, daß das nicht allein

in unserer Hand liegt und keineswegs in erster Linie von unserem guten Willen abhängt. Und so werden wir auch nach dem Kriege dafür sorgen müssen, daß unser Volk nicht wehrlos dasteht und wir werden versuchen müssen, dieses Bedürfnis der Wehrhaftigkeit nach Möglichkeit in Einklang zu bringen mit unseren sozialdemokratischen Militärforderungen. Außerdem werden wir Alles daransetzen müssen, schon im Kriege und durch den Krieg Verhältnisse zu schaffen, die uns eine bessere Gewähr gegen feindliche Angriffe bieten, als sie bisher bestanden hat. Daß solch Streben durchaus nicht unsozialistisch ist, kann man bei Lassalle, bei Marx und bei Engels auf hundert Seiten nachlesen — und außerdem sagt es uns unser gesunder Menschenverstand.

Im Uebrigen aber haben wir in diesem Kriege gelernt, den Krieg nicht nur, wie wir das in den letzten Jahren allzuausschließlich getan hatten, von der Seite seiner ethischen Furchtbarkeit aus anzusehen. Der Krieg bedeutet nicht nur Wunden und Tod, Grauen und Verwüstungen, er bedeutet nicht nur Verzweiflung, Jammer und Tränen — wir haben gelernt, auch die andere Seite seines Janus-Antlitzes zu sehen, die Seite, auf der uns der Krieg als ungeheurer Hebel des historischen Fortschritts erscheint. Darüber sprachen wir ja schon.

Auch ihre theoretischen Ansichten über die besten Verfassungsformen des Staatswesens wird die Sozialdemokratie nicht abschwören, wenn auch die frühere Begeisterung zahlloser deutscher Arbeiter für die bürgerliche Republik ganz beträchtlich abgekühlt worden sein dürfte durch das, was wir heute über die schwere Mitschuld der Herren Poincaré und Genossen an der Entfachung dieses Weltbrandes wissen. Ebenso durch allerlei Beobachtungen unserer Feldgrauen in den okkupierten französischen Gebieten! Auch das, was wir seit dem Sommer 1914 in den Vereinigten Staaten von Amerika erleben, hat sicher die Begeisterung der deutschen Arbeiter für die bürgerliche Republik durchaus nicht gehoben. — Welche Formen das sozialistische Staatswesen der Zukunft aufweisen wird, ist dabei durchaus eine Frage für sich. Nie-

mandem darf es verwehrt sein, nach wie vor rein gedanklich die Republik für die bessere und rationellere Staatsform zu halten und Niemand darf — das gilt auch für diese Dinge — seiner Ueberzeugung wegen künftig geächtet und verfolgt werden. Auch mancher Nichtsozialdemokrat würde ja sogar schon für die Gegenwart die Einrichtungen der französischen Republik denen des russischen Zarismus trotz alledem weit vorziehen! — Aber was die Hauptsache ist: mit der praktischen Politik im neuen Deutschland haben alle diese theoretischen Erwägungen nicht das Mindeste zu tun. Wie sich da in den nächsten Jahrzehnten das Verhältnis zwischen Monarchie und Arbeiterklasse gestalten wird, das wird von der ersten mindestens ebensosehr abhängen wie von der zweiten. Unbedingte Voraussetzung dafür, daß sich dies Verhältnis in der Zukunft erträglicher gestaltet als in der Vergangenheit ist allerdings, daß die Monarchie sich den unumgänglich notwendigen demokratischen Reformen unseres Staatswesens, besonders in Preußen, künftig nicht mehr hemmend in den Weg stellt.

Die Durchführung solcher Reformen wird der Sozialdemokratie Gelegenheit geben, noch in ganz anderer, in weit umfassenderer Weise als vor dem Kriege und auch noch in weit größerem Umfange als während des Krieges selbst auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens praktisch mitzuarbeiten. Immer wird dabei — wir verweisen auf das, was wir eben über den Klassenkampf gesagt haben — das Interesse der Arbeiterklasse der Kompaß ihres Handels sein, genau wie für die Politik der Konservativen das Interesse der ländlichen Besitzer ausschlaggebend ist. Doch wird die Sozialdemokratie in dieser ihrer Vertretung der Arbeiterinteressen künftig manches von ihrem bisherigen Doktrinarismus aufgeben — unbeschadet der Energie, mit der sie diese Interessen auch in den kommenden Tagen verfechten wird. So wird sie besonders in den Fragen der Steuer- und der Handelspolitik vorurteilslos an eine Prüfung der neuen hier auftauchenden Probleme herangehen, oder vielmehr: sie steht in einer solchen Prüfung schon mitten drin. Besonders

in der durch die Kriegserfahrungen in eine ganz neue Beleuchtung gerückten Frage, wie die Sorge für die einheimische landwirtschaftliche Produktion in besseren Einklang als bisher zu bringen ist mit den Interessen der Konsumenten wird die Sozialdemokratie um eine sehr ernste Selbstprüfung nicht herauskommen; sie wird zu entscheiden haben, ob sich ihre bisherige Haltung da in allen Einzelheiten noch wird aufrecht erhalten lassen.

Daß bei dieser Entscheidung die Lebensinteressen der Arbeiter und der anderen großen Massen der werktätigen Bevölkerung in ihrer Eigenschaft als Konsumenten nach wie vor in erster Linie werden berücksichtigt werden müssen und daß deshalb keine Gefahr vorliegt, die Sozialdemokratie werde je in das Lager der Hochschutzzöllner abschwenken, das versteht sich am Rande. Im Uebrigen bleibt die Prüfung aller dieser sehr schwerwiegenden Probleme am besten den kommenden ruhigeren Zeiten vorbehalten. Hier sollte nur ganz generell auf ihre künftige große Bedeutung auch für die Sozialdemokratie aufmerksam gemacht werden. —

Die unendlich erweiterte praktische Mitarbeit auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, die der Sozialdemokratie nach dem Kriege harrt, wird ganz von selbst auch eine Aenderung des taktischen Verhältnisses zwischen ihr und einzelnen Gruppen der anderen Parteien herbeiführen. Man mißverstehe uns nicht: die Sozialdemokratie wird sich nicht etwa nunmehr dogmatisch für ewige Zeiten auf die allein seligmachende parlamentarische Methode festlegen! Nichts wäre unhistorischer gedacht als solches einseitige Einschwören auf ganz bestimmte Formen des Kampfes! Und wer weiß, welche großen revolutionären Erschütterungen auch im Schoße der Zukunft noch schlummern! Aber unbefangener, innerlich freier, seeelisch weniger beengt von gewissen Wort-Zwangsvorstellungen als bisher wird in Zukunft die deutsche Sozialdemokratie die parlamentarischen Waffen handhaben können. Keine bindenden Parteitagsresolutionen werden ihr in Zukunft mehr mit der Kraft eines Konzilbeschlusses vorschrei-

ben, unter allen Umständen taktisch so und nicht anders bei Wahlen und im Parlament zu verfahren. Die bloße Wortangst vor Wahlbündnissen und Kompromissen wird verschwinden, ebenso auch die aus Schwäche resultierende und daher früher ganz berechtigte, heute aber sinnlos gewordene Angst vor zeitweiligen parlamentarischen Arbeits„blocks" und die hysterische Furcht vor der Uebernahme politischer Verantwortlichkeit. Man wird nicht mehr aus knieschlotternder Angst um die „Reinheit" des Prinzips die besten Möglichkeiten ungenutzt vorübergehen lassen, dem Prinzip in der Welt der Wirklichkeiten nun auch tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen — was doch schließlich das Wichtigste ist. Wir werden nicht mehr so viel wie früher mit aufgeblasenen Backen und großen Worten revolutionär schwätzen — dafür aber desto durchgreifender, im Parlament wie draußen, revolutionär zu wirken suchen. Aufs Handeln kommt's an, nicht darauf, sich an seinen eigenen Phrasen zu berauschen und sich selbst in eine phantastische Traumwelt hineinzusteigern! Das hat die feldgraue sozialistische Kerntruppe in diesen schweren Jahren draußen an der Front gelernt und, von aller bloßen Wortgläubigkeit ein für alle Male gründlich geheilt, wird sie diese Erkenntnis nach dem Kriege der ganzen Partei mitzuteilen wissen. Standen wir bisher in unserer ganzen praktischen Politik noch allzu stark unter den ideologischen Nachwirkungen der Jahre 1789 und 1848, so werden uns künftig weit mehr die „Ideen von 1914" (wie man sie genannt hat) beherrschen — die Ideen der großen Um- und Neugestaltung durch die Kraft der Organisation, Ideen, die uns gewiß nicht erst der Krieg zu bringen brauchte, die aber bisher im Kampfe mit der revolutionären Phraseologie von anno dazumal immer wieder unterlagen.

Soviel wird man über diese Dinge wohl heute schon sagen dürfen, ohne in den schlimmen Ruf eines leichtherzigen und leichtfertigen Propheten zu geraten.

In weit höherem Maße noch als bisher wird die Sozialdemokratie in Zukunft über den Rahmen einer bloßen proletarischen Interessenvertretung hinaus zu einer großen deut-

schen Kulturpartei werden. Sie wird da an ihre guten Traditionen aus den Tagen der Kämpfe um die lex Heinze anknüpfen können. Für Millionen von Männern und Frauen, die zwischen den großen wirtschaftlichen Interessentenschichten stehen, für alle diese Männer und Frauen aus der sogenannten „Intelligenz", aus dem neuen Mittelstande der Techniker, Ingenieure, Industrieangestellten und sonstigen Privatbeamten, aus den Kreisen des Beamtentums und der Lehrerschaft wie aus den freien Berufen, für alle sie war es bisher das Odium der „Vaterlandslosigkeit", das sie vom Anschluß an die Sozialdemokratie fernhielt. Dieses Odium ist jetzt beseitigt — dem Anschluß steht nichts mehr im Wege. Daß ein derartiger riesenhafter Zustrom, wie er aus diesen Kreisen nach dem Kriege zu erwarten ist, auf das Wesen der Sozialdemokratie nicht ohne Einfluß bleiben kann versteht sich von selbst. Sie wird immer mehr aus dem „Turm" der geistigen und politischen Isolierung herauskommen, sie wird auch die letzten Ueberbleibsel ihres alten Sektencharakters ablegen. So wird der Sozialdemokratie, im politischen Leben des neuen Deutschland eine ganz andere Rolle zufallen, als ihr im alten Deutschland beschieden war.

Aber sie wird darum nicht aufhören, eine sozialdemokratische Partei zu sein, deren klar erkanntes und bewußt erstrebtes Endziel die sozialistische Neugestaltung unseres gesamten Gesellschaftslebens ist! Um noch einmal auf das Thema vom „Abschwören" zu kommen: ebensowenig wie den richtig verstandenen Klassenkampf und ebensowenig wie den richtig verstandenen Internationalismus wird die Sozialdemokratie ihre großen gesellschaftlichen Zukunftsideale abschwören — heute nicht und niemals! Aus diesen Idealen, die nicht von Träumern und Phantasten spielerisch erfunden, die nicht von weltfremden Stubengelehrten am Studiertisch ausgeheckt worden sind, sondern die nichts anderes bedeuten als den lebendigen Ausdruck großer geschichtlicher Notwendigkeiten der Zukunft, aus ihnen hat die deutsche Arbeiterbewegung von jeher ihre beste Kraft gesaugt, durch sie allein hat sie vielen Millionen das Leben erst lebenswert gemacht. Und wie der Krieg selbst, dieser

gewaltigste Revolutionär aller Zeiten, mit dem verglichen unsere alten Revolutionsträume uns heute fast kindlich anmuten, wie er selbst die Heilsamkeit und Unentbehrlichkeit sozialistischer Gesellschaftsprinzipien tausendfach in grandioseſter Weise dargetan hat, das haben wir ja an anderer Stelle dieser Schrift schon gezeigt. — Nur gilt auch hier wieder das schon mehrfach Gesagte: wir sehen die Wege zur Verwirklichung unserer Ziele heute vielfach anders als noch vor zwei Jahren. Vieles ist jetzt schon handgreifliche Wirklichkeit geworden, was uns damals noch weit entfernt schien. Die „Not" hat hier, um mit dem Dichter zu reden, wieder einmal revolutionär „an einem großen Tag" das vollbracht, was sonst nur „Jahrhunderten gelingt." Anderes dagegen wieder erscheint uns heute weit in die Ferne gerückt, was uns früher ganz nahe dünkte. Aber gleichviel: das Ziel selbst, das große und im besten Sinne revolutionäre Ziel der endlichen vollen Menschwerdung der Menschheit durch den Sozialismus bleibt das alte: S'ist der Geschichte ehernes Muß! Und heute so wenig wie jemals in früheren Tagen denkt auch nur ein Sozialdemokrat daran, dieses hehre und stolze Hochziel all seines Strebens feige zu verleugnen!

* * *

Damit sind wir am Ende. Wir haben den Boden gezeichnet, auf dem die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands bereit ist, im neuen Deutschland und am neuen Deutschland freudig mitzuarbeiten. Noch einmal hat die Stunde geschlagen, in der — ungeachtet aller Klassengegensätze und Klassenkämpfe — eine innere Einigung des deutschen Volkes, eine Eingliederung auch der deutschen Arbeiterschaft in das Staatsganze möglich ist. Mehr als einmal sind solche günstigen Stunden versäumt worden. Wer daran Schuld hatte, darüber zu reden ist in diesem Augenblick müßig. Genug: noch einmal, und gewiß zum letzten Mal, ist eine solche Stunde gekommen. Möge man sich in allen Lagern bewußt sein, daß es eine historische Stunde ist, die wir

erleben! Soll wirklich abermals die Rückständigkeit preußischer Herrenhäusler Alles wieder verderben? Soll Mißtrauen und Aengstlichkeit gewisser Schichten der Bureaukratie den eben aufgehenden Samen abermals zertreten? Wird man die noch einmal ausgestreckte Hand der deutschen Arbeiter, die jetzt zu vielen Hunderttausenden ihre Treue zu Deutschland mit ihrem Herzblut besiegelt haben, abermals brutal zurückstoßen? Dann würde aus dieser offenen Hand von Neuem die geballte Faust werden — und zwar von Rechts wegen! Geht nicht eine sehr ernste und gründliche „Neuorientierung" auch auf der anderen Seite vor sich, dann ist auch die große innere Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit geworden! Es gibt hüben und drüben Elemennte, die nichts sehnlicher erwarten als einen solchen Ausgang! Darüber möge man sich nicht täuschen!

Und schon haben diese Elemente manchen Erfolg erzielt. Das Ausbleiben großzügiger innerer Reformen, gewisse schwere Fehler in der Nahrungsmittelversorgung und Anderes haben, wie wir früher schon schilderten, der Opposition in der Sozialdemokratie ganze Ströme von Wasser auf ihre Mühlen geleitet. Die Zusammenstöße zwischen Stroebel und der äußersten Rechten im preußischen Abgeordnetenhause waren ebenso nach dem Herzen Derer um Liebknecht wie sie nach dem Herzen Derer von Pappenheim gewesen sind. Ein Hand-in-Handarbeiten, wie es verhängnisvoller nicht gedacht werden kann! Soll es so weiter gehen? Sollen abermals, genau wie nach 1848, die Toten den Lebenden die Donnerworte entgegenschleudern müssen: „Was unser Tod Euch zugewandt — verlottert und verloren"?

Das kann, das darf nicht sein! Trotz aller trüben Erfahrungen gerade der letzten Wochen leben wir noch immer der frohen Hoffnung und der festen Zuversicht: das deutsche Volk wird alle diese Zettelungen von rechts und von links elend zu Schanden machen, es wird die Gunst dieser seltenen, dieser einzigen Stunde zu nützen wissen. Ungeheures, Uneinbringliches steht auf dem Spiele! Eine Weltenwende auch

unſerer inneren Geſchichte iſt herangebrochen! Und ſo gewiß es iſt, daß die weitaus bedeutungsvollſte Arbeit auch für dieſe große Neuwerdung im Inneren die Wackeren leiſten, die dort draußen auf den Schlachtfeldern für uns kämpfen und bluten, ſo tief wir davon durchdrungen ſind, daß ihrer Tat gegenüber alle unſere Worte nichts anderes ſind als ein armſeliger Notbehelf, ſo kommen doch auch die Daheimgebliebenen um die Pflicht nicht herum, auch an ihrem beſcheidenen Teile dazu mitzuhelfen, daß heute ſchon das Morgen vorbereitet werde. Einen Bauſtein zu dem großen Werke möchten auch dieſe Blätter beitragen. Es gilt die deutſche Zukunft! Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!

15. Die Spaltung vom 24. März 1916.

Seit Wochen war diese Arbeit abgeschlossen, eben sollte ihr letzter Bogen in die Presse gehen, als ein Ereignis eintrat, das zwar lange genug in der Luft gelegen hatte, auf dessen Möglichkeit auch in dieser Schrift hingewiesen wurde, das aber schließlich doch, besonders wegen der begleitenden Umstände, mit der Wucht einer schmerzlichen Ueberraschung wirkte: die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 24. März 1916. Die Vorgänge selbst sind bekannt: Ohne die Fraktion oder auch nur den Fraktionsvorstand rechtzeitig von ihrer Absicht zu unterrichten, lehnte gegen ausdrücklichen Fraktionsbeschluß eine aus achtzehn Mann bestehende Minderheit der Reichstagsfraktion an jenem Tage das Etatnotgesetz ab. Da dies Notgesetz nach allgemeiner parlamentarischer Auffassung keinerlei politische, sondern ausschließlich formelle Bedeutung hat, so stellte sich schon rein äußerlich das Vorgehen der Minderheit als eine mit voller Absicht herbeigeführte Provokation der schwersten Art dar. Diese Provokation wurde noch wesentlich verschärft durch Ton und Inhalt der Rede, mit der der frühere Fraktionsvorsitzende Hugo Haase im Namen der achtzehn Dissidenten die Aktion begründete. Seine Rede war von Anfang bis zu Ende der Sache nach nichts anderes als eine schroffe Kritik an der ganzen bisherigen Kriegspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in deren Namen Scheidemann es denn auch an einer ebenso würdigen wie scharfen Antwort nicht fehlen ließ. Es kam zwischen Mehrheit und Minderheit der Fraktion vor versammeltem Reichstag zu wüsten Lärmszenen, wie sie in der Geschichte aller Parlamente in dieser Art beispiellos dastehen. In der unmittelbar folgenden Fraktionssitzung wurde zwar noch von einer Seite ein ganz schüchterner Versuch gemacht, die formelle Konstatierung der äußeren Spaltung, die innerlich

ja längst vollzogen war, etwas hinauszuzögern. Aber dieser Versuch stieß hüben wie drüben auf Ablehnung. Allgemein fühlte man: es geht nicht mehr weiter! Das Geschwür war überreif geworden — es mußte geschnitten werden. In einer sehr deutlichen Resolution erklärte die Fraktionsmehrheit, gegen den Widerspruch von fünfzehn zwar mit der Minderheit sympathisierenden, der alten Fraktion aber auch weiterhin angehörenden Mitgliedern, Haase und seine näheren Freunde nicht nur des Disziplinbruchs, sondern auch des Treubruchs für schuldig und sprach ihnen die Rechte ab, die aus der Fraktionsgemeinschaft erwachsen. Daraufhin traten diese achtzehn Abgeordneten zu einer neuen Fraktion zusammen, die sich in unbeabsichtigter Selbstverspottung „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" nennt. Der Berliner Volkswitz aber hat für diese neue Fraktion auf der Stelle einen anderen Namen gefunden — den Namen: „Fraktion Falscher Haase" . . . . .

Die Mitglieder der neuen Fraktion sind die Abgeordneten Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Herzfeldt, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil. Zum Vorstand der neuen Fraktion wurden die Abgeordneten Haase, Ledebour und Dittmann gewählt.

Neben den zwei sozialistischen Fraktionen gibt es im Reichstage jetzt noch eine dritte Gruppe sozialistischer Abgeordneter — die Gruppe Liebknecht—Rühle. Diese beiden sind sozialdemokratische „Wilde" — um nicht zu sagen: wilde Sozialdemokraten . . .

Am 25. März legte Hugo Haase dann endlich auch sein Amt als Vorsitzender der Partei nieder, nachdem der Parteivorstand nahezu einmütig sein und seiner Gefolgschaft Verhalten aufs Schärfste verurteilt hatte. Für Montag den 27. März wurde telegraphisch der Parteiausschuß nach Berlin zusammenberufen, um die politischen und organisatorischen Folgerungen aus den jüngsten Ereignissen zu ziehen.

* * *

In diesem Augenblick steht wie jeder andere Sozialdemokrat so auch der Verfasser dieses Buches noch so stark unter dem frischen Eindruck dessen, was uns die letzten Tage gebracht haben, daß es ihm unmöglich ist, in ruhiger Darstellung die Folgen und die Tragweite aller dieser Vorgänge abzuschätzen. Deshalb nur ein paar Worte:

Wir haben uns in dieser Schrift nach Kräften bemüht, der sozialdemokratischen Minderheit und ihren Führern alle nur denkbare Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Immer wieder haben wir sie gegen die Verdächtigung ihrer Motive und gegen die Verunglimpfung ihrer Person in Schutz genommen. Dennoch müssen wir sagen: so tief schmerzlich diese letzten Ereignisse sind — es ist gut, daß es so gekommen ist! Für den Augenblick wirkt die Fraktionstrennung wie ein reinigendes Gewitter. Die sozialistische Luft war seit Monaten überladen mit elektrischer Spannung, die Atmosphäre war schlechterdings unerträglich geworden — die Entladung kam, weil sie kommen mußte! Es war ein durchaus unmöglicher Zustand, in dem wir zuletzt leben, und nirgends vielleicht fühlte man das tiefer als im preußischen Abgeordnetenhaus. Immer wieder ist es da dem Schreiber dieser Zeilen so gegangen, daß, sobald Kriegsfragen und die große Not des Vaterlandes behandelt wurden, er innerlich sich den Weinhausen und Pachnicke, den Campe und Friedberg, ja sogar noch weiter rechtsstehenden Gegnern im Grunde weit mehr verbunden fühlte als den Liebknecht und Ströbel, den Adolf Hoffmann und Hofer. Da hat man denn wohl mehr als einmal den Sitzungssaal verlassen, um nicht auch offen den Gegnern gegen die eigenen Fraktionskollegen recht geben zu müssen. . . . Das war ein unwürdiger und innerlich unwahrer Zustand, dem so oder so ein Ende gemacht werden mußte. Nun ist die Zeit der faulen Kompromisse vorbei, nun hat jeder Teil seine volle Aktionskraft erlangt und kann, ungehemmt durch die nervenzermürbenden inneren Reibungen der hinter uns liegenden Tage, seine Politik treiben, die Politik, wie sie Pflicht und Gewissen vorschreiben. . . .

Trotz alledem sind wir auch heute noch fest von Dem durchdrungen, was wir am Schlusse des 13. Kapitels sagten: die Spaltung der Führerschaft wird vielleicht eine zeitweilige, wird gewiß aber keine dauernde Spaltung auch der Arbeitermassen nach sich ziehen. Mögen ihnen zunächst auch in einzelnen Großstädten Schaaren mißleiteter Proletarier nachlaufen — gar bald werden die Dissidenten ein Häuflein Offiziere ohne Soldaten sein! Fanatiker und Dogmatiker, wie sie die Führerschaft der neuen Fraktion bilden, sind nicht die Männer, mit denen sich eine große Massenbewegung machen und auf die Dauer aufrecht erhalten läßt! Die Führer einer solchen Massenbewegung müssen aus ganz anderem Holze geschnitzt sein als die Haase und Herzfeldt, Stadthagen und Bernstein! Ihre Klasseninteressen werden, dessen sind wir gewiß, die Massen doch schließlich wieder zusammen führen!

Käme es anders, so wäre das ein schweres Unglück, vor dem unser Land und seine Arbeiterklasse der gute Genius des deutschen Volkes bewahren möge!

Zur Bibliographie der sozialistischen Kriegsliteratur.

Max Adler: Prinzip oder Romantik? Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt.

Paul Axelrod: Die Krise und die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie Zürich, Genossenschaftsdruckerei.

M. Beer: Sozialistische Dokumente des Weltkrieges, Heft 1—4, Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz (A. Baumeister).

—, Jean Jaures. Ebenda.

Erwin Belger: Die Sozialdemokratie nach dem Kriege. Berlin, Concordia.

Eduard Bernstein: Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg. Tübingen, J. C. B. Mohr.

Anna Blos: Krieg und Schule. Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz (A. Baumeister).

Julian Borchardt: Vor und nach dem vierten August. Berlin-Lichterfelde, Verlag der Lichtstrahlen.

Adolf Braun: Internationale Verbindung der Gewerkschaften. Tübingen J. C. B. Mohr.

Heinrich Cunow: Die Türkei und Ägypten. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

—, Parteizusammenbruch? Ebenda.

Eduard David: Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung. Bielefeld, Buchhandlung der Volkswacht.

—, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Ernst Drahn: Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler. Gautzsch bei Leipzig, Verlag Felix Dietrich.

K. Eichhorn: Sozialdemokratie und Arbeiterpolitik nach dem Kriege Hildesheim, August Lax.

Kurt Eisner: Treibende Kräfte. Berlin, Neues Vaterland.

Anton Fendrich: Der Krieg und die Sozialdemokratie. Stuttgart Deutsche Verlagsanstalt.

Germanicus: Der springende Punkt. Verlag?

Hermann Greulich: Krieg und Internationale. Zürich, Gewerkschaftsdruckerei.

Konrad Haenisch: Krieg u. Sozialdemokratie. Hamburg, Auer & Komp.

—, Deutsche Sozialdemokraten — sozialdemokratische Deutsche! Chemnitz, Landgraf & Komp.

—, Wo steht der Hauptfeind. Berlin-Karlshorst, Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister).

—, Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland. Ebenda.

—, Zur Lage der Partei. Hamburg, Auer & Komp.

—, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg. Berlin, Verlag C. A. Schwetschke & Sohn.

Wolfgang Heine: Kultur und Nation. Chemnitz, Landgraf & Komp.
—, Gegen die Quertreiber! Dessau, Verlag des Volksblattes.
— und Karl Hildebrand: Zwei Reden. Stuttgart, Verlag der Schwäbischen Tagwacht
Hugo Heinemann: Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit. Chemnitz, Landgraf & Komp.
Junius: Die Krise der Sozialdemokratie. Zürich, Verlagsdruckerei Union.
Karl Kautsky: Die Internationalität und der Krieg. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
—, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund. Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt.
—, Ueberzeugung und Partei. Leipzig, Leipziger Buchdruckerei, A. G.
— Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.
Wilhelm Keil: Das deutsche Volk im Kriege. Ulm, Ulmer Volksbuchhandlung.
Wilhelm Kolb: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Karlsruhe, Geck & Komp.
Hermann Kranold: Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund als sozialdemokratische Aufgabe. Berlin-Karlshorst, Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister).
—, England — unser Feind für immer? Tübingen, Buchhandlung Kloeres.
Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim: Imperialismus und Demokratie. Hamburg, Verlag von Heinrich Laufenberg.
—, Demokratie und Organisation. Ebenda.
— und Karl Herz: Organisation, Krieg und Kritik. Ebenda.
Karl Legien: Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Berlin, Verlag der Gewerkschaftskommission.
Paul Lensch: Das englische Weltreich. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
—, Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Ebenda.
—, Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis. Hamburg, Auer & Komp.
Hugo Poetzsch: Der Friede und die Internationale. Berlin-Karlshorst. Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister).
Ludwig Radlof: Vaterland und Sozialdemokratie. Leipzig, Duncker und Humblot.
Erich Rother: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Berlin, Heimann & Sohn.
Philipp Scheidemann. Es lebe der Friede! Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
Carl Severing: Sozialdemokratie und Völkerhaß. Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz (A. Baumeister).
Friedrich Stampfer: Sozialdemokratie und Kriegskredite. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Leon Trotzki: Der Krieg und die Internationale. Zürich, Verlag Der Kampf.
Hermann Wendel: Weltkrieg und Sozialdemokratie. Dresden, Kaden & Komp.
August Winnig: Der Weltkrieg vom Standpunkt des deutschen Arbeiters. Hamburg, Deutscher Bauarbeiterverband.
—, Der Burgfrieden und die Arbeiterschaft. Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz (A. Baumeister).
—, Zur Neuorientierung der Sozialdemokratie. Ebenda.
Richard Woldt: Großindustrie und Kriegswirkungen. Ebenda.
Luise Zietz: Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg. Stuttgart, J. H. W. Dietz.
Waldemar Zimmermann: Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft. Jena, Gustav Fischer.

Sammelwerke.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien. Verlag S. Hirzel, Leipzig.
Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Herausgegeben von Wilhelm Jansson. Berlin-Karlshorst, Verlag der Internationalen Korrespondenz. (A. Baumeister).

Anonyma.

Der Krieg und die Sozialdemokratie. Zürich, Schweizerischer Grütliverein.
Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
Für die Einheit der Partei! Ebenda.
Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren. Berlin-Karlshorst Internationale Korrespondenz (A. Baumeister).
Die proletarische Jugendbewegung in der Kriegszeit. Berlin SW. 68, Fritz Ebert.

Zeitschriften.

Die Neue Zeit. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.
Der Kampf. Wien, Erste Wiener Volksbuchhandlung.
Sozialistische Monatshefte. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte.
Die Glocke. München, Verlag für Sozialwissenschaft.
Die Lichtstrahlen. Berlin-Lichterfelde, Verlag der Lichtstrahlen.
Correspondenzblatt. Berlin, Verlag der Generalkommission.
Internationale Korrespondenz. Verlag von A. Baumeister, Berlin-Karlshorst.
Vorbote. Bern, Unionsdruckerei.

E. A. Schwetschke & Sohn

Verlagsbuchhandlung

Berlin W 57 Gegründet 1729

Eine Auswahl von gediegenen Verlagswerken wissenschaftlichen und belletristischen Inhalts.

E. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Armin, 40 Jahre Elsaß-Lothringen. Betrachtungen eines Verwaltungsbeamten. M. 2.—

Bie, Prof. Dr. O., Romantik in Italien. Mit 2 Bildern. M 2.—

Conrady, W. v., Aus stürmischer Zeit. Ein Soldatenleben vor 100 Jahren. M. 6.— eleg. geb. M. 7.50

Cramm, Wirkl. Geh. Rat Freiherr v., Heitere Erinnerungen aus meinem Leben M. 1.80 geb. M. 2.50

Eckart, R., Deutsche Burgen und Schlösser im Schmuck der Dichtung. M. 3.— eleg. geb. M. 4.—

——, Die Fürsten des Welfenhauses in ihren Beziehungen zu Kunst und Wissenschaft. M. 2.—

Eggeling, O., Bilder aus Italiens Hauptstädten. M. 1.—

Friedensburg, F., Königin Luise. Drei Szenen aus Preußens Prüfungszeit. M. 2.50 eleg. geb. M. 3.50

„Deutschland". Monatsschrift f. d. gesamte Kultur.

Unter Mitarbeit von Ed. v. Hartmann, Th. Lipps, Berth. Litzmann, O. Pfleiderer und Ferd. Tönnies. Herausg. v. Graf v. Hoensbroech.

Preis der Semesterbände (Früher M. 12.—) jetzt M. 4.—

Die 9 erschienenen Bände dieser Zeitschrift enthalten eine Fülle ausgezeichneter Beiträge von bleibendem Werte aus allen Wissensgebieten; hervorragendste zeitgenössische Gelehrte Schriftsteller, Theologen, Kunsthistoriker, Nationalökonomen sind darin vertreten.

Gedanken zur Els.-lothring. Verfassung M. —.60

Ist das Reichsland deutsch? Von * * * M. 3.50

Kressner, Generalmajor, Unter preuß. Banner. Friedens- und Kriegserinnerungen eines alten Offiziers. Geb. M. 5.—

Liman, Dr. P., Bismarck. Zum 10jähr. Todestag M. 2.—

Rust, F., Kapit.-Leutn., Marinesorgen. M. 2.—

Spieser, H., Elsaß-Lothringen als Bundesstaat. M. 2.—

Aeltere historische Werke des Verlages.

Briefe Friedrich des Frommen, Kurfürsten von der Pfalz. Herausg. v A. Kluckhohn, 3 Bde. M. 12.—

Eckermann, Religionsgeschichte und Mythologie der Slawen, Finnen und Preußen. 2 Bde M 7.—

——, — der Kelten M. 4.—

Lindner, Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel. 2 Bde. (Früher M 17.—) M. 12.—

Frantz, der große Kampf zw Kaisertum u. Papsttum, z. Zt. des Hohenstaufen Friedrich II. M. 4.—

Nippold, Wilhelm III., Prinz von Oranien, Erbstatthalter von Holland, König von England. Eleg. geb. M. 7.80

——, Oliver Cromwell Wilhelm III und ihre Feinde von heute. (Literarischer Anhang zu vorstehendem Werke) M. 2.—

——, Die Regierung der Königin Maria Stuart, Gemahlin Wilhelm III. M. 1.60

Nitzsch, die Sagenpoesie der Griechen. 2 Bde M. 10.50

Planck, das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter. 2 Bde. (Früher M. 24.—) M. 12.—

Rive, Geschichte d. deutschen Vormundschaft. 2 Bde. M. 12.—

Sepp, Orient u. Occident. 100 Kapitel über die Nachtseite d. Natur. Zauberwerk und Hexenwesen. M. 6.—

Voigtel-Cohn, Stammtafeln zur Geschichte der Europ. Staaten. 1. Deutschland und die Niederlande. M. 15.—

Wachsmuth, Geschichte deutscher Nationalität 3 Bde. M. 10.—

——, Geschichte politischer Parteiungen alter und neuer Zeit. 3 Teile. (Früher M. 25.—) M. 12.—

——, Hellenische Altertumskunde. 2 Bde. M. 12.—

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Reise des Deutschen Kronprinzen durch Ceylon und Indien

Von Dr. Oscar Bongard (Distriktschef a. D.)
Mit 133 Bildern, darunter eigenhändige Aufnahmen Sr. Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen Wilhelm. Mark 3.— eleg. gebunden Mark 4.50

Aus der Chronik der Herzogin von Dino, späteren Herzogin von Talleyrand u. Sagan (1840–1862)

Herausgegeben von Fürstin Anton Radziwill
Übersetzt von Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Cramm
Mark 8.— eleg. gebunden Mark 10.—

Kaiser Maximilian II. bis zu seiner Thronbesteigung (1527–1564)

Ein Beitrag zur Geschichte des Übergangs von der Reformation zur Gegenreformation. Von Professor Dr. R. Holtzmann. (Früher M. 18.—.) M. 12.—

Entwicklung der deutschen Poesie von Klopstocks erstem Auftreten bis zu Goethes Tode

Von Prof. Dr. J. W. Loebell. 3 Bände. Mark 13.

Die Psychologie des jüdischen Geistes

Von Dr. S. M. Mélamed
Preis Mark 3.50, eleg. geb. Mark 5.—
Ein Bild von der Werdung und Entstehung des jüdischen Geistes, das einen gründlichen Einblick in den Genius dieses Volkes gibt.

Zurück zum Idealismus

10 Vorträge von A. v. Hartmann M. 3.60
gebunden M. 4.60

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Unterhaltungsliteratur.

Altendorff, E., Gretchens Badereise. Eine lustige Geschichte in Vers und Bild. M. 2.– geb. M. 2.80

Benkard, Chr., Unter Halbmond und Kreuz. Roman. geb. M. 3 50

Blumenthal, C. v., Die Tochter Salomos. Ein dramat. Gedicht. M. 1.50 geb. M. 2.30

Borngräber, O., König Friedwahn Trauerspiel. M. 2.50

Bornstein, P., Aus Dämmerung und Nacht. Gedichte. M. 1.50

Eysell-Kilburger (Clara Blüthgen), Neue Gedichte. geb. M. 3.—

Fouqué, Fr. de la, Ausgew. Werke. jeder Band M. 1.50

—, Lebensgeschichte. (Eigene Aufzeichnungen.) M. 3.—

Harder, Agnes, Rahel Baldbereit. Novelle. M. 2.– geb M. 2.80

Hartmanns v. d. Aue, Erzähl. Gedichte a. d. Mittelhochdeutsch. übers. v. Friedr. Koch. M 2.–

Hütte, M. L., Ueberwunden. Ein Spiel der Liebe in 5 Aufzügen. M. 1.50

Meyer, O., Nord und Nebel. Lieder und Balladen. M. 1.80 geb. M. 2.50

Nippold, W. K. A., Der Zeiten Wende. Histor. Drama. M. 3.—

Peters, A., Jugendklänge. Gedichte. M. 2.– eleg. geb. M. 3.—

Rath, W., Prinzessin Sida. Märchenkomödie. M. 1.—

Riegel, H., Italien. Blätter. 2. A. 2 Bde. M. 4.—

—, Bunte Bilder a. d. Natur u. Leben 2. A. 2 Bde. M. 4.—
Beide Werke zusammen M. 6.—

Streckfuß, K., Der Italiän. Dichtkunst Meisterwerke. Abt. 1: Ariosto, Rasender Roland. (4.–) M. 2.50

Trümpelmann, A., Ein Herzensbund und sein Bruch. Schauspiel. M. 1.—

Walther v. d. Vogelweide, Gedichte n. d. Lachmannschen Ausgabe d. Urtextes. Übers. v. Fr. Koch. M. 2.—

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Peter Rosegger,
Volksreden über Fragen und Klagen, Zagen und Wagen der Zeit
M. 2.– geb. M. 2.80

Aus der Welt der deutschen Frau
von **Marie Martin,** 2. Aufl., M. 3.–, eleg. geb. M. 4.–

Laura Frost, Von der Mutterliebe.
(und andere Aufsätze) M. 3.–, geb. M. 4.–

Das Problem der Ehe.
Von **Gabriele Reuter.** M. 1.–, geb. M. 1.50

E. v. Hase,
Aus der Heimat der Kartoffel
Chilenische Skizzen M. 3.50, geb. M. 4.50

In der Pampa
Argentinische Skizzen M. 3.–

Weltbrand.
Roman von **Karl Bleibtreu.**
Preis M. 3.– geb. M. 4.50

Hans Ostwald.
Die Versuchungen des Herrn Welsch
Eine komische Berliner Geschichte. Preis M 3.–, geb. M. 4.–

Von der Wolga bis zur Donau
Ausgew. Novellen und Erzählungen von Tolstoi, Gorki, Sienkiewicz, Andrejew, Kuprin u. a. Uebertr. v. M. Besmertny.
M. 2.–, geb. M. 3.–.

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Weihnachtsnovität 1915

Georg Katz,

Lotte Lands Traum vom Glück

Preis 3 Mark, eleg. gebd. 4 Mark.

Es ist ein Vergnügen auf ein Buch zu stoßen, das, wie der vorliegende Roman, von der ersten bis zur letzten Seite interessant ist. Der Verfasser hat die Gabe, flink und flott zu erzählen und dabei das Wesentliche in einer endgültigen Form vorzuführen. Er vermeidet überflüssige Abschweifungen, zugestutztes Rankenwerk, ausschmückende Episoden und ablenkende Gedankenblitze, lauter Mittel und Mätzchen, wodurch Halbtalente mit literarischem Ehrgeiz über die Armut der Erfindung oft hinwegzutäuschen suchen. Einfach ist der Inhalt: ein verheirateter Mann verliebt sich in ein junges Mädchen, das ihm in ihrer tiefen Liebe alles opfert. Also ein Thema, das schon zu oft behandelt wurde. Aber Katz versteht es, ihm eine neue Seite abzugewinnen, indem er zwei edle Menschen schildert, die nach ihrer Charakteranlage nicht anders handeln können, als sie eben handeln. Man kann auf diesem knappen Roman einige Worte anwenden, die ein Kritiker der „Lehrerstimme“ über desselben Autors „Marionetten der Liebe“ gebraucht hat: „Mit glänzender Technik enthüllt er uns die Seelen seiner Helden, in die Tiefen des menschlichen Innern gibt er uns Einblicke.“ M. S.

Von demselben Verfasser:

Marionetten der Liebe

Der ergreifende Liebesroman eines jungen Arztes

Preis 3 Mark, gebd. 4.50 Mark

„Ein hochtalentvolles Werk eines stark empfindenden Dichters“
Berliner Tageblatt

„Es sind Seiten in dem Buch, in denen feingewählte Worte zart ziselierte Bilder in uns erwecken, wie wir sie auf den Goldschmiedearbeiten alter Nürnberger Meister finden.“
Graudenzer Gesellige.

FEB 6 1934

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Aus dem Leben der beiden ersten deutschen Kaiser und ihrer Frauen

Forschungen u. Erinnerungen v. Prof. Dr. F. Nippold
Mark 8.— geb. Mark 9.—

Nach Niederschriften über eine Reihe von Audienzen bei Wilhelm I. und Friedrich III., sowie aus weiteren Aufzeichnungen über die Kaiserinnen Augusta und Friedrich und unter Benutzung eines reichen, bisher unbekannten Quellenmaterials.

Das Haus Hohenzollern / Ein patriotisches Gedenkbuch in Wort und Bild

Mit Beiträgen von Fedor v. Zobeltitz, Walter Bloem, Carl Bleibtreu, Börries Frhrn. v. Münchhausen u. a.
Mit 21 vierfarb. Porträts v. Kunstmaler Ew. Ostendorff
In Prachteinband Mark 6.—

„Dieses ist das wahre Hohenzollernbuch"; die große Zeit, die wir durchleben, rechtfertigt nur zu sehr den Wunsch, daß dieses in **fesselnder Form der Darstellung** gehaltene Werk — **die ruhmreiche Geschichte der Hohenzollernfürsten** — in weiteste Kreise des deutschen Volkes dringen möge!

Friedrich der Große

Vierfarbig. Kunstblatt 50×65 cm mit Facsimile, ein Meisterwerk von Prof. Georg Schoebel. Preis M. 2.—

Die Unterschrift wurde mit Unterstützung des Königl. Kriegsministeriums aus einem unveröffentlichten Briefe des großen Königs vom Geh. Staatsarchiv ausgewählt.

Schönster Zimmerschmuck für Haus, Schulen und Aemter.

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Vor kurzer Zeit ist in unserem Verlage erschienen:

Salamon Dembitzer,

Aus engen Gassen

Deutsch von Stefania Goldenring

Preis kartoniert M. 1.50, Luxusausgabe M. 5.—

Inhalt: Mein Städtchen / Ein Besuch in Lancut / Die Stadt K.... / Die Grenadierstraße / Das diamantene Antwerpen / Die letzten Tage in Antwerpen (August 1914)

In der von Kautsky herausgegebenen Wochenschrift „Die Neue Zeit" schreibt Redakteur L. Lessen über dieses Buch:

Dembitzers Name ist seit einiger Zeit in verschiedenen deutschen Zeitungen und Zeitschriften aufgetaucht. Zumeist hat er Proben eines starken und beachtenswerten lyrischen Talents gegeben. Was er bot, war Jargondichtung: jiddisch. Seine galizische Heimat sang und klang in seinen Rhytmen. Die weiten Ebenen, die kleinen Judenstädte, mit denen uns in der Literatur Emil Franzos als einer der ersten bekannt machte, erstanden vor unseren Augen aufs neue. Und doch ist das, was uns Dembitzer zu sagen hat, reiner, echter, tiefer. Das macht die soziale Note, die in seiner Dichtungen bewußt angeschlagen wird. Das grenzenlose Elend des jüdischen Proletariers, der als Handwerker oder Hausierer kargem Broterwerb nachgehen muß, schwingt in Dembitzers Versen und schwingt auch in jenen charakteristischen Skizzen, die in dem vorliegenden dünnen Büchlein vereinigt sind. Jahrtausendealtes Leid durchzittert jede Zeile dieses Buches. Eine suchende Sehnsucht durchgeistert die mannigfaltigen, feinen Stimmungsbilder, die, mit dem Auge des Künstlers gesehen, in hoher Formschönheit und knapper Geschlossenheit festgehalten sind. Es ist wie das Klagen einer leisen Harfe, was in diesen Szenen rastloser Werkeltage und stiller Sabbatstunden flüstert. Nichts Erhebendes ist es, aber ein tiefes Mitfühlen, das auch den unbefangenen Leser in seinen Bann zwingt. Die Skizzen, welche galizische Heimatluft umwittert, erscheinen mir am ausgereiftesten. Auch die „Grenadierstraße" und „Die letzten Tage in Antwerpen" sind Stücke einer fein geschliffenen Kunst, die ihre Worte mit großem Bedacht wägt und mit einem gewählten Geschmack zu setzen versteht. Im Jargon klingt manches noch intimer, noch wärmer. Allein auch der von Stefania Goldenring besorgten Übertragung ins Deutsche muß man volle Anerkennung angedeihen lassen

E. Fechner's Buchdruckerei (H. Scholz) Guben.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 15 23 08 016 5